

**RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS**

AUF DER SUCHE NACH DER
ZIVILGESELLSCHAFT.

UCKERMARK, ENDE 2001

INHALT

SEITE 02: Vorwort

SEITE 02: Was ist Zivilgesellschaft?

SEITE 03: Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft
AUTORENKOLLEKTIV

SEITE 09: Chronik rechtsextremer Aktivitäten in der
Uckermark seit August 2000

URSACHENANALYSE

SEITE 16: Wie rassistisch ist der Alltag von Flüchtlingen
in der Uckermark?

CHRISTIN MEILE / ANKE GUTERMUTH

SEITE 18: Wer über Rechtsextremismus reden will, darf
zum Kapitalismus nicht schweigen –
*Über die Begrenztheit von antirassistischen
Strategien im Kapitalismus*

MONIKA KOCH

SEITE 22: Im Osten nichts Neues –

*Zum Zusammenhang zwischen der
DDR-Sozialisation und Rechtsextremismus
heute*

CHRISTIAN THEUERL

SEITE 27: Die Instrumentalisierung des Gewaltbegriffs

HOLGER ZSCHÖGE

SEITE 30: Zur Rolle der Medien bei der
Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und
Rassismus in der Uckermark

HOLGER ZSCHÖGE

SEITE 33: Jugendpolitik in der Uckermark

Interview mit Diana Gnorski

SEITE 35: Das Vermächtnis Clara Zetkins –

Der Umgang mit Rechtsextremismus in der Schule

ANNE SCHRÖDER

GEGENSTRATEGIEN

SEITE 38: Akzeptanz von Intoleranz? –

*Chancen und Grenzen der akzeptierenden
Jugendarbeit am Beispiel des Jugendclubs
„Bruchbude“ im uckermärkischen Milnersdorf*

KATJA ALTENBURG

SEITE 41: Emanzipatorische Jugendarbeit –
Möglichkeiten und Grenzen

SUSANNE LANG

SEITE 44: Lokale Bündnisse gegen rechtsextreme
Aktivitäten in der Kommune – *Versuch einer
vergleichenden Betrachtung zu Erfolgen und
Grenzen der „Bürgerbündnisse gegen Rechts“*

REINHARD WIENKE

SEITE 46: Das Prinzip Opferperspektive

KAY WENDEL

SEITE 48: Aktivitäten der „Flüchtlingsinitiative Prenzlau“

BETHI MURIITHI

SEITE 49: Das Beispiel: Der Aktionstag

„Jugend für Demokratie und Toleranz“

MICHAEL SKOWASCH

ANHANG

SEITE 51: Positivliste

SEITE 52: Was tun?

SEITE 54: AutorInnenverzeichnis

SEITE 55: Abkürzungsverzeichnis

SEITE 55: Kontaktadressen

SEITE 56: Der Verein „Pfeffer und Salz“ e.V. stellt sich vor

RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS
INHALT UND IMPRESSUM

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: AutorInnenkollektiv
„Pfeffer und Salz“ e.V., PF 1119, 16272 Angermünde

Telefon: 03331 / 25 28 46, 0173 / 2 15 18 51

E-Mail: pfefferundsaltz-ev@gmx.net

V.I.S.D.P.: Daniela Gloger

GESTALTUNG: Robert Schumann (www.grauwert.net)

DRUCK: Druckhaus Treptow

1. Auflage: 3000 Stück (Dezember 2001)

Die Herausgabe dieser Broschüre wurde gefördert durch die
Amadeo-Antonio-Stiftung.





VORWORT

RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS
SEITE 02

Als wir im Sommer 2000 die erste Recherchebroschüre mit dem Titel **DENN WIR WISSEN, WAS SIE TUN - RECHTSEXTREMISMUS IN DER UCKERMARK** veröffentlichten, gab es viele ermutigende Zuschriften. Allein daraus ließe sich eine zweite Broschüre schreiben. Viele Menschen forderten uns auf, nicht bei der Analyse der Situation stehen zu bleiben sondern auch Konzepte zu diskutieren, was man dagegen tun könnte. Dies wollen wir mit dieser Broschüre leisten.

Rund 18 Monate haben wir in der Uckermark nach der Zivilgesellschaft gesucht, haben Ursachen von Rechtsextremismus analysiert und Gegenstrategien diskutiert. Hauptmethode waren wieder Interviews mit rund 50 Menschen aus der Uckermark. Wir haben unendlich viele Materialien zu den verschiedensten Themen gesammelt und ausgewertet, haben regelmäßig Zeitung gelesen und untereinander diskutiert. Dazwischen kam die öffentliche Debatte zu Rechtsextremismus im Sommer letzten Jahres. Zwischen Hoffnung und Misstrauen haben wir wahrgenommen wie auf einmal Positionen, für die wir vorher verfeimt wurden, politisch korrekt waren. Ganz genau haben wir deshalb geschaut, was von dieser Debatte in der Uckermark angekommen ist und was tatsächlich zu einer Veränderung der Situation geführt hat. Viele Entwicklungen haben uns nur darin bestärkt, weiter an der Broschüre zu schreiben. Ziel ist es vor allem, die längst wieder eingeschlafene Debatte neu zu aktivieren. Wir wollen sie endlich in die Uckermark tragen, aber gleichzeitig deutlich machen, die Uckermark gibt es in den neuen Bundesländern überall. Zivilgesellschaft kann nur in einem umfassenden gesellschaftlichen Diskurs entstehen und der hat kommunal meist noch nicht einmal begonnen.

Wir freuen uns, dass wir für die Erarbeitung der Recherchebroschüre kompetente AutorInnen gewinnen konnten. So entstand ein höchst interessanter Mix aus regionalen Bezügen, fachlichen Aussagen und verallgemeinerungswürdigen Thesen. An dieser Stelle soll deshalb unser Dank an alle stehen, die uns bei der Erarbeitung der Broschüre geholfen haben: InterviewpartnerInnen, AutorInnen, Sponsoren und Gestalter. Unsere Broschüre beinhaltet für viele NutzerInnen interessante Ansätze. Sie richtet sich aber in erster Linie an potentielle zivilgesellschaftliche Akteure. Am Beispiel der Uckermark haben wir versucht, exemplarisch darzustellen, welche Ursachenkomplexe zur Zeit diskutiert werden und welche Gegenstrategien möglich sind.

Zugegeben, unsere Analyse ist zum Teil nicht sehr optimistisch. Aber es ist die Realität. Und vielleicht steht uns ja im Osten Deutschlands ein ähnlich schmerzhafter Weg bevor wie ihn die 68er im Westen beschritten haben. Wir hoffen, diesen Weg mit unserer Broschüre ein klein wenig geebnet zu haben.

SCHREIBEN SIE UNS, bestellen sie weitere Exemplare, kritisieren sie uns oder nehmen sie Aktionen zum Vorbild, nur tun sie etwas – im Sinne einer Zivilgesellschaft!

WAS IST ZIVILGESELLSCHAFT?

Zivilgesellschaft ist ein Begriff, der schon lange in der politischen Diskussion verwendet wird. Zivilgesellschaft oder Community, wie man in den USA sagt, wird meist als ein Prozeß erklärt, „... **IN DEM DIE INDIVIDUEN UND GESELLSCHAFTLICHEN GRUPPEN IHRE MÖGLICHKEITEN DER FREIHEIT ZWISCHEN STAAT UND ÖKONOMIE ENTFALTEN.**“ (Anetta Kahane) Wir wollen es für uns so formulieren: Zivilgesellschaft bedeutet nicht-staatliches Engagement im Sinne von Emanzipation und bewußter Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen. Solch eine Begriffsbestimmung benennt indirekt schon eine Kernfrage, ob nämlich nicht kapitalistische Ökonomie und kapitalistischer Staat immer Grenzen der Wirksamkeit von Zivilgesellschaft setzen. Deshalb meinen wir, dass zivilgesellschaftliche Akteure nur mit dem Blick auf solche Grenzen tatsächlich etwas erreichen können. Aufgabe der verschiedenen Akteure zivilgesellschaftlichen Engagements in einer modernen Demokratie muß es sein, den Spielraum eigenen Handelns im Sinne von Freiheit, Gleichwertigkeit und Menschenrechten für alle ständig zu erweitern. Die eben genannten Werte mit Zivilgesellschaft zu verbinden, ist nicht nur im historischem Verständnis erklärbar, sondern wichtig zur Abgrenzung von rechtsextremen Bestrebungen, quasi Gegengesellschaften im Sinne ihrer Werte zu etablieren. Bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus kann und muß es sehr verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure geben. Dazu gehören Individuen, die sich unabhängig von ihrem sozialen Stand und Beruf für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, besonders aber Initiativen und Organisationen, die aus spontanem Handeln kontinuierliche Prozesse entwickeln. Solche Initiativen haben wir bei Kirchen und Gewerkschaften, freien Trägern und Bildungseinrichtungen, in der Jugendarbeit und der Kultur, bei Parteien und antirassistischen Initiativen gesucht. Dabei haben wir hinterfragt, wie sich zivilgesellschaftliches Handeln dokumentiert. Im Zusammenhang mit unserem Thema heißt das insbesondere:

- 01.** Wie wird das Problem wahrgenommen, benannt und analysiert?
- 02.** Welches Handeln in Form konkreter Aktionen und Projekte hat dies zur Folge?
- 03.** Sind solche Aktionen das Ergebnis eines Konzeptes, das Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Gleichwertigkeit zur Grundlage hat?
- 04.** Treten die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteure mit diesen Konzepten in einen öffentlichen gesellschaftlichen Diskurs?
- 05.** Hat all das Einfluß auf das gesellschaftliche Klima in der Region?

Solche Fragen haben wir unseren Interviewpartnern gestellt und dabei immer im Hinterkopf gehabt, was Anetta Kahane im Bulletin des ZDK 1/2000 zusammenfassend gesagt hat: „... *nur in einer lebendigen Zivilgesellschaft (wird) immer wieder die Öffentlichkeit für menschenrechtliche Themen hergestellt und durch alle gesellschaftlichen Schichten hindurch der Prozess des gesellschaftlichen Diskurses neu angeregt. ... durch Individuen in ihrer Freiheit und Gleichwertigkeit, durch vermittelnde Organisationen, durch NGO's und die demokratische, kritische Öffentlichkeit.*“

AUTORENKOLLEKTIV: AUF DER SUCHE NACH DER ZIVILGESELLSCHAFT

In den vergangenen Monaten haben wir uns in der Uckermark auf die Suche begeben. Wir haben versucht, die Zivilgesellschaft zu finden. In der Debatte im Sommer des Jahres 2000 war uns immer wieder erklärt worden, wenn etwas helfen könnte gegen Rechtsextremismus und Rassismus, dann wäre dies die **ZIVILGESELLSCHAFT**. Also haben wir gedacht, suchen wir sie hier in unserer Heimatregion. Nach der Analyse der Situation in der ersten Recherchebroschüre wollten wir herausfinden, wo liegen die Ursachen für die aus unserer Sicht weitgehend unveränderte Situation und welche Gegenstrategien gibt es. Und vielleicht hängt beides ja zusammen: Da, wo es keine oder wenige Gegenkräfte, kaum Gegenstrategien und selten Aktionen gegen Rechtsextremismus und Rassismus gibt, ist das womöglich auch ein Grund für die Dominanz der Szene. Grundlage unserer Suche waren Interviews mit Menschen, die in irgendeinem Bezug zum Thema stehen. Das waren Jugendliche, Betroffene und Opfer rechtsextremer Gewalt, Sozialarbeiter, Journalisten, Lehrer, Pfarrer und Politiker. Dabei haben wir ein umfassendes Bild erhalten. Es wurde ergänzt durch die vielen eigenen Erfahrungen unseres Vereins und seiner Mitglieder, die sich zum Teil seit Jahren als Akteure eben dieser Zivilgesellschaft verstehen. Dieses Bild wollen wir in diesem Artikel gemeinsam beschreiben. Allerdings ist das nicht ganz einfach. „Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft“ standen wir vor einer Fülle von Problemen.

Da war zum ersten die Frage zu beantworten, was Zivilgesellschaft eigentlich ist. Je größer die Zahl unserer Interviewpartner, um so mehr verschiedene Antworten dazu gab es. Einmal wurden uns sogar Zivilpolizisten als Beitrag zur Zivilgesellschaft angeboten. Wir haben uns deshalb erst einmal selbst zum Begriff Zivilgesellschaft verständigt (siehe Begriffsbestimmung) und darauf dann auch unsere Fragen und diesen Artikel aufgebaut.

Zum anderen haben wir lange gestritten, an welche Interviewpartner wir uns wenden. Wir haben uns dafür entschieden, vor allem mögliche zivilgesellschaftliche Akteure anzusprechen und dagegen, die politischen und staatlichen Verantwortungsträger zu befragen. An öffentlichen Äußerungen, der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, kurz gesagt an ihren Taten waren sie auch so recht gut einzuordnen.

Eine weitere Frage war der Beobachtungszeitraum, den wir unserer Analyse zu Grunde legen sollten. Entsprechend unseren Prinzipien haben wir die Geschichte mit einbezogen. Ohne eine konsequente Auseinandersetzung mit unserer Geschichte, sowohl der DDR, als auch der letzten Jahre wird sich am gesellschaftlichen Klima nicht wirklich etwas ändern.

Nicht zuletzt müssen wir darauf hinweisen, dass es uns natürlich nicht möglich war, alle Regionen dieses großen Landkreises zu untersuchen. Sicher haben wir einige interessante Projekte nicht gefunden und manche Problemregion gar nicht erst betreten. Unser Weg durch die Uckermark folgt deshalb eher dem Wirken der zivilgesellschaftlichen Akteure, die wir befragt haben und beschreibt die Situation in ausgewählten Städten und Gemeinden.

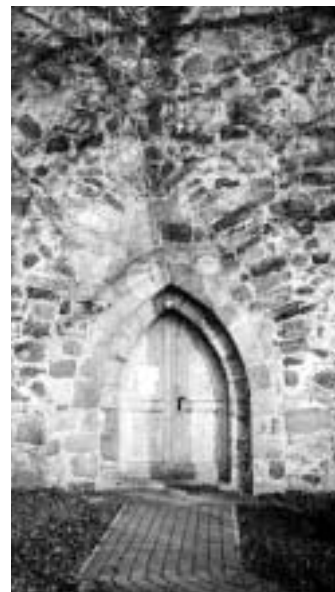
01. ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AKTEURE: Eine erste wichtige Erkenntnis war die, dass Zivilgesellschaft in der Uckermark ganz stark, wenn nicht sogar fast ausschließlich vom Engagement einzelner Menschen abhängig ist. Wenn irgendwo eine Aktion stattfindet, Projekte initiiert, Diskurse angesprochen oder Bündnisse organisiert werden, so ist dies oft solchen engagierten **Einzelpersonen** zu verdanken. Wir haben sie in fast allen gesellschaftlichen Institutionen gefunden. Sie arbeiten als Pfarrer oder Lehrer, Sozialarbeiter oder in Parteien. Manchmal kommen sie sogar aus eigentlich staatlichen Institutionen wie der Polizei. Nicht wenige von ihnen haben über Jahre Ablehnung, Ignoranz und Ausgrenzung erfahren, nicht selten erleben sie noch heute solche Reaktionen besonders bei denen, die emanzipatorischem Engagement ablehnend gegenüberstehen.

So mussten sich zum Beispiel die Initiatoren einer völlig gewaltfreien und sehr erfolgreichen Aktion gegen einen NPD-Stand in Gartz, die, um das oben gesagte zu belegen, aus PDS und CDU kamen, bei der darauffolgenden Stadtverordnetenversammlung gegenüber den SPD-VertreterInnen rechtfertigen. Die NPD sei eine legale Partei und jede Aktion gegen sie eine Provokation. In Prenzlau war ein von einem Pfarrer initiiertes Schweigemarsch gegen eine geplante NPD-Demonstration Anlass für Kritik durch den Bürgermeister.

So würde nur unnötig Gewalt heraufbeschworen, so dessen Argumentation. Das Beispiel der Parteien zeigt schon, dass der Name der jeweiligen Institution eigentlich beliebig austauschbar ist. Auf die Person kommt es an. Sport- und besonders Fußballvereine haben meist nicht allzu viel mit Politik zu tun. Noch seltener trauen sie sich eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus. Ist doch nicht selten ein Teil ihrer Spieler aus eben diesem Milieu. Trotzdem finden in Prenzlau Sportfeste unter Einbeziehung der AsylbewerberInnen statt, organisiert von einem engagierten Sozialarbeiter, der gleichzeitig begeisterter Sportler ist. Eigentlich gibt es ja bereits ein Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Institutionen. Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, gemeinnützige Jugend-, Bildungs-, Kultur- und Sportvereine, zum Teil auch Parteien, Medien und Unternehmerverbände sind freiwillige, nicht-staatliche Zusammenschlüsse mit dem Ziel, gegebene Freiheiten im Sinne eigenen Engagements und natürlich durch die Vertretung bestimmter gesellschaftlicher Interessen auszufüllen. Allerdings schränkt diese Begriffsbestimmung schon wieder ein. Nicht wenige der genannten Institutionen hängen stark von staatlichen Förderungen ab. Eigene Interessen müssen nicht zwangsläufig von Werten wie Demokratie und Menschenrechten ausgehen. Trotzdem haben wir auf der Suche nach der Zivilgesellschaft geschaut, welche Rolle diese Organisationen in der Uckermark spielen. Da wo Zivilgesellschaft aus verständlichen historischen Gründen nicht über lange Zeit wachsen konnte, müssten sie eine Art Rahmen oder Korsett für zivilgesellschaftliches Engagement bilden, so unsere Hoffnung und Vermutung.

Gewerkschaften spielen in der Uckermark insgesamt eine sehr geringe Rolle. Dies hat sicherlich mit dem niedrigen Organisationsgrad und die Konzentration auf die Tarifauseinandersetzung zu tun. Zivilgesellschaftlich im Sinne einer Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus sind sie bisher kaum in Erscheinung getreten. Da mal ein Funktöner, der beim Angermünder Bündnis materielle Hilfe zusagt, in Schwedt mal eine öffentliche Veranstaltung auf dem Platz der Befreiung, die aber auf Grund der Anwesenheit der Szene eher mit einem unguten Gefühl für die Beteiligten endete. Das Mobile Beratungsteam der RAA versucht zur Zeit, unter Einbeziehung der Gewerkschaften Betriebsvereinbarungen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung am Arbeitsplatz zu fördern, weit sind sie hier noch nicht gekommen. Wohl gibt es überregional Studien des DGB zu rechtsextremen Einstellungen unter den eigenen Mitgliedern, steht die Position der Gewerkschaften in deren Satzung, gibt es in der Bundesrepublik durchaus Auseinandersetzungen zum Beispiel zur Standortlogik oder beteiligen sich besonders Jugendorganisationen der verschiedenen Einzelgewerkschaften an Aktionen gegen Rechtsextremisten – in der Uckermark ist davon nichts zu spüren.

Kirchen waren in der DDR Zufluchtsort für all diejenigen, die in irgendeiner Form nicht Teil der gesellschaftlichen Mehrheit sein wollten oder konnten. Oppositionsgruppen, ökologisch interessierte Menschen, Punks und Grufties, selbst Linke und Marxisten suchten und fanden nicht selten in Räumen der Kirche Asyl und Unterstützung. Bei unserer Reise durch die Uckermark haben wir festgestellt, dass sich an dieser Situation für die Kirche wenig geändert hat. Ob in Templin, Schwedt, Sternhagen oder Brüssow, nicht selten sind die Räume und die Strukturen der evangelischen Kirche in der Uckermark der letzte und einzige Zufluchtsort für nicht-rechte Jugendliche. Unterschiedlich ist meist nur die Haltung der Pfarrer. Mal unterstützen sie den demokratischen und menschenrechtlichen Wertbildungsprozess „ihrer“ Jugendlichen, mal ist ihnen deren Seelenheil im Sinne der christlichen Religion wichtiger. Aber wo wir in unserer Reise auch hinkamen, junge engagierte Leute mit alternativem Outfit trafen wir zuerst in den Jungen Gemeinden – mit und ohne christliche Weltanschauung. Es bleibt für uns eine große Frage, ob sich





die Kirche in der Uckermark dieser Situation wirklich bewußt ist. Auf anderen Gebieten möglicher Aktivitäten konnten wir beobachten, dass das Verhalten der Institution Kirche wie oben beschrieben von der Position einzelner Akteure abhängig ist. In Angermünde arbeitet sie nicht immer spannungsfrei mit anderen Institutionen zusammen. Am gleichen Tag werden so ein „Tierisch toller Tag“ durch die Kirche und der „Tolle Tag der Toleranz“ durch das Bündnis organisiert. In Prenzlau wiederum laufen solche Veranstaltungen, Ausstellungen oder die Beratung von Flüchtlingen gar nicht ohne das gleichberechtigte Engagement der Kirche. Ziemlich deutlich wird aber, dass es kein abgesprochenes oder auf Synoden beschlossenes inhaltliches Vorgehen gibt. Trotz der Veranstaltungsangebote der Evangelischen Akademie auch in Schwedt, gibt es kein Konzept oder gar Prinzipien des Umgangs mit diesem Thema in der Kirche. Ob also Religion, Finanzen und Personalstellen (Diakonie) oder zivilgesellschaftliche Positionen wichtiger sind, hängt ausschließlich von den Haltungen der betroffenen Personen und oben genannten objektiven Bedingungen vor Ort ab.

Wohlfahrtsverbände sind in der Uckermark die Träger der meisten sozialen Projekte. So betreut die AWO viele Dorfjugendclubs im Norden der Uckermark, die Volkssolidarität ist Träger für Streetworkprojekte, das DRK hat Jugendclubs in seiner Obhut und die Diakonie Stellen für die Betreuung und Beratung von Ausländern. Im Rahmen dieser Projekte haben sie mit rechtsextremen Werten, Strukturen und Personen mehr als genug zu tun. Trotzdem sind Wohlfahrtsverbände insgesamt nicht als zivilgesellschaftlicher Akteur zu erkennen. Wohl wissen wir von einzelnen Veranstaltungen, aber meist gehen diese nicht über Informationsvermittlung (Ausstellungen des Verfassungsschutzes) oder einmaligen Begegnungen mit AusländerInnen hinaus. Konzepte der Jugendarbeit sind in der Regel nicht auf eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus oder gar Rassismus orientiert. Die wenigen festen Stellen beschränken sich auf Sozialarbeit im klassischen Sinne, in den Problemregionen agieren nicht selten Beschäftigte auf ABM-Basis ohne fachlichen Hintergrund. Jugendarbeit wird eher als Betreuungs- und Angebotsarbeit angesehen, möglichst politisch neutral. Soziale oder gar politische Projekte der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus sind oft eher Nebenprodukte möglicher finanzieller und personeller Förderung. Wenn wieder einmal Stellen oder Projektmittel aus Sonderprogrammen ausgeschüttet werden, sind sie oft dabei und kurzfristig werden Flüchtlinge betreut, findet eine internationale Begegnung oder eine Diskussionsrunde über Gewalt statt. Ist das Geld alle, laufen die Projekte eben aus. Die dadurch bedingte Abhängigkeit von staatlichen Zuschüssen führt außerdem zu inhaltlicher Selbstbeschränkung. Ein Blick auf die Projekte, die in den letzten Jahren über Landesgelder des Programms „Tolerantes Brandenburg“ in der Uckermark gefördert worden, läßt dies deutlich werden. Bei unseren Interviews haben wir festgestellt, dass manche Mitarbeiter durchaus andere Vorstellungen von ihrer Arbeit haben als ihre Träger, aber sich auf Grund der Begrenztheit ihrer Mittel und ihrer Arbeitszeit nicht dazu in der Lage sehen, diese umzusetzen. Wohlfahrtsverbände haben oft ein nicht unbeträchtliches materielles und personelles Potential, überregionale Strukturen und fachliche Erfahrungen, auch aus den alten Bundesländern. Für die Förderung einer Zivilgesellschaft in der Uckermark ist dies bisher weitgehend ungenutzt geblieben.

Eine Besonderheit in den neuen Bundesländern sind große **außerbetriebliche Bildungswerke**. Sie haben oft eine Art Monopolstellung auf dem Ausbildungssektor, aber auch auf vielen anderen sozialen Gebieten. Dies ist auch in der Uckermark so. Ob Angermünder Bildungswerk (ABW) oder Uckermärkischer Berufsbildungsverein Schwedt (UBV), Bildungswerke in der Uckermark bilden nicht einfach nur aus, sondern betreiben Hotels und Jugendeinrichtungen, Internetcafés und Kegelbahnen. Besonders in den Berufsvorbereitungsklassen, aber auch in vielen Ausbildungsberufen ist das Klientel rechtsextrem orientierter Jugendlicher stark vertreten. Eigentlich sprechen also viele Gründe dafür, dass solche Bildungswerke eine bedeutende Rolle in einem zivilgesellschaftlichen Netzwerk der Region spielen. Nach unseren Recherchen ist dem aber nicht so. Wohl gibt es immer wieder einzelne internationale Austauschprojekte wie die das ABW, wohl ist der

UBV seit Jahren Träger eines Projektes für die Beratung von Flüchtlingen (wenn auch mit sehr unterschiedlicher Qualität der Besetzung der Personalstelle). Eine Auseinandersetzung mit der großen Mehrheit ihrer Schüler ist aber kaum zu erkennen. Dafür reicht manchmal ein Blick auf die Schüler das ABW, wenn sie von der Ausbildung kommen. In keiner anderen Bildungseinrichtung Angermündes sind deren Werte auch äußerlich an Kleidung und Symbolik so deutlich zu erkennen. „Sie sind sich ihrer großen Verantwortung wohl nicht bewusst“, so die oft gehörte Einschätzung unserer Interviewpartner. Dazu kommt, dass die außerbetriebliche Ausbildung von den staatlich beauftragten Institutionen des „Toleranten Brandenburg“ praktisch nicht erfaßt wird. Weder RAA, noch MBT oder die Schulkoordinatoren sind dafür zuständig. So kommt auch von außen kaum Hilfe, wenn sich eine oft demotivierte Schülerschaft rechtsextrem äußert und darstellt. Nicht wenige nicht-rechte Schüler ziehen eine Ausbildung weit weg von der Uckermark einer Stelle in den Bildungswerken vor. Auch bei vom Ansatz her wichtigen Projekten zeigt sich das Dilemma der Bildungswerke. Da ständig und von überall her Finanzen für den Gesamtbestand eingeworben werden müssen, werden, wenn es sich lohnt, auch Projekte, die sich mit Rechtsextremismus und Rassismus beschäftigen, aufgebaut. Doch sind diese ausschließlich an den Fortbestand der Förderung gebunden. Auf ABM- und SAM-Basis wechseln die dort Beschäftigten so oft, dass gar keine fachliche Arbeit möglich ist. In Bündnissen, bei gemeinsamen Aktionen oder der öffentlichen Positionierung ist von den Bildungswerken der Uckermark nicht viel zu spüren. Nicht selten sind sie personell stark mit den kommunalen politischen Entscheidungsträgern verbunden und stützen deren politische Position. Vielleicht helfen in Zukunft ja Initiativen von außen wie das Projekt „Heimat“ des „Forum Arbeit e.V.“ und der RAA, das auch in Angermünde begonnen hat.

Bei der Diskussion über Gegenstrategien zu Rechtsextremismus und Rassismus haben wir in der Vergangenheit immer wieder Argumentationen gehört, die erklären, in Schwedt, Prenzlau, Gartz oder irgendwo anders gäbe es doch so viele **Jugendclubs, Sportvereine, Kultureinrichtungen, Feuerwehren, Schützenvereine** u.s.w., da habe der Rechtsextremismus gar keine Chance beziehungsweise werde schon im Vorfeld erfolgreich bekämpft. Der Bürgermeister von Schwedt hat diese Argumentation schon 1993 angeführt und verwendet sie noch heute. An ihr ist etwas Richtiges und viel Falsches. Richtig ist, selbstorganisierte Vereine sind eigentlich zivilgesellschaftliche Akteure, da sie vom Grundsatz her „... ihre Möglichkeiten der Freiheit zwischen Staat und Ökonomie entfalten.“ (A. Kahane). Falsch ist, daraus zu schlussfolgern, dass sich deren Engagement auch an der Einforderung von demokratischen und menschenrechtlichen Werten orientiert. Im Gegenteil, bei der Recherche rechtsextremer Alltagsercheinungen ist uns in der Uckermark immer wieder aufgefallen, dass Rechtsextremisten statt eigene Strukturen zu schaffen, bestehende besetzen und nutzen. Sie halten sich in Jugendräumen auf, sind in Sportvereinen aktiv und dominieren Diskotheken. Ein klassisches Beispiel sind die vielen Dorf- und Stadtfeste. Fast überall werden diese kulturellen Höhepunkte ehrenamtlich von Vereinen vorbereitet und durchgeführt. Und fast überall sind sie der Anziehungspunkt für die rechtsextreme Szene. Ob beim Oktoberfest in Schwedt, den Angermünder Blasmusiktagen, dem Parkfest in Brüssow oder dem Mittelalterfest in Templin – fast überall ist eine übermäßige Präsenz der Szene, besonders natürlich in den Abendstunden, zu beobachten. Regelmäßig kommt es zu Gewaltausbrüchen und anderen Straftaten. Für AusländerInnen und „linke“ Jugendliche ist der Besuch eines solchen Festes kaum noch möglich und sie tun es auch nicht mehr. Die Veranstalter wollen und können ihre Konzepte bisher kaum in Frage stellen.

Selbst wo inzwischen wegen regelmäßiger Gewalttaten wie in Brüssow die BesucherInnen wegbleiben, bedeutet dies nicht, etwas zu tun. Die Situation in Sportvereinen ist ähnlich. Besonders beim Fußball ist ein Teil der Spieler, oft auch der Zuschauer rechtsextrem orientiert. Als aktive Gestalter von Zivilgesellschaft fallen solche Vereine natürlich nicht auf. In manchen Fällen wie bei „Germania Templin“ verstecken sich hinter Fußballvereinen gleich direkt rechtsextreme Strukturen. Wir wollen natürlich nicht vergessen, dass es auch Ausnahmen gibt, wohlgemerkt aber Ausnahmen und nicht die Regel. Das Museum in Templin hat Ausstellungen und Feste zu „Fremden in der Uckermark“ organisiert, die Uckermärkischen Bühnen Schwedt unterstützen antirassistische Jugendinitiativen und organisieren selbst Veranstaltungen, die Völkerverständigung und Solidarität zum Ziel haben. Es gibt Vereine, die als Träger von Jugendarbeit eine fachlich solide Arbeit leisten und sich in kommunale Diskussionen zu Rechtsextremismus und Rassismus einbringen wie das Jugendkulturzentrums in Angermünde, die IG Frauen in Prenzlau oder der EJF in Gartz.

Parteien stehen im Osten Deutschlands vor einem prinzipiellen Problem. Bis auf die PDS haben sie kaum eine aktive und für zivilgesellschaftliche Aktivitäten ansprechbare Basis. Die Aktiven sitzen meist in den Parlamenten und Verwaltungen, haben oft quasi-staatliche Funktionen. In diesen Funktionen haben sich ihre inhaltlichen Vorstellungen mittlerweile so stark angenähert, dass sie eigentlich beliebig austauschbar sind. Wichtige Positionen, welche die Mutterparteien zu den Themen Asyl, Menschenrechte, Rassismus und Rechtsextremismus vertreten, sind in der Uckermark oft nicht mehr zu erkennen. SPD und PDS hatten schon in der Hochzeit rechtsextremer Aktivitäten in Schwedt eine satte 2/3 Mehrheit, ohne dass dies irgendeinen Einfluß auf das gesellschaftliche Klima gehabt hätte. Auch in der Analyse der Situation ähneln sie sich stark. Es geht undifferenziert gegen Extremismus und Gewalt, da sind sich die Parteien von PDS bis CDU einig. Veranstaltungen und Projekte außerhalb von Parlamenten finden äußerst selten statt und haben kaum Einfluß auf die Kommunalpolitik. Bleibt wie schon mehrmals angemerkt das Engagement Einzelner. Gerade da bewahrheitet sich die oben genannte These von der Austauschbarkeit der Parteienamen. Wir haben zivilgesellschaftlich aktive Parteimitglieder der CDU in Gartz getroffen, PDS-Mitglieder in Angermünde oder Grüne in Schwedt. Meist war ihnen vollkommen klar, dass sie in ihrer eigenen Partei Minderheitenpositionen vertreten oder zumindestens ziemlich allein bei diesem Thema stehen.

Medien in der Uckermark haben wir bewußt einen eigenen Artikel gewidmet. Zu deutlich waren die Aussagen der Mehrheit unserer InterviewpartnerInnen: Ihr Wunsch nach einer Informationsquelle und einem Diskussionsforum Lokalzeitung erfüllen diese überhaupt nicht. Zum Teil haben wir richtig Wut und Enttäuschung darüber aus den Gesprächen mitgenommen.



UnternehmerInnen, so haben einige unserer GesprächspartnerInnen gesagt, würden beginnen, sich zu engagieren. So waren bei einer Podiumsdiskussion zum „Tag der Toleranz“ in Angermünde zum ersten Mal verschiedene UnternehmerInnen der Stadt dabei und haben sich aktiv eingebracht. Auch an der Aktion Angermünder SchülerInnen, mit Postkarten für Toleranz zu werben, haben sich dieses Jahr schon mehr Geschäfte der Stadt beteiligt, als an der Aktion Noteingang ein Jahr zuvor. Für die Uckermark insgesamt können wir diesen positiven Trend nicht bestätigen. Offensichtlich bedarf es eines sehr langen und kontroversen Diskussionsprozesses wie eben in Angermünde, um Unternehmer zum Handeln für ein Klima von Toleranz und Weltoffenheit in ihrer Stadt zu bewegen. Andere Beispiele hingegen gibt es mehr als genug. KneipenbesitzerInnen, die keine Probleme mit Rechtsextremisten als Dauergäste haben wie in den Dörfern der nördlichen Uckermark, wo regelmäßig Konzerte und große Treffen stattfinden, Zeitungsläden, die rechtsextreme Publikationen vertreiben wie in Angermünde und Schwedt, Handwerksfirmen, denen es völlig egal ist, welche Werte ihre Auszubildenden vertreten.

VERALLGEMEINERT MUSS MAN SAGEN, dass sich eigentlich fast alle der untersuchten potentiellen zivilgesellschaftlichen Institutionen nicht besonders verantwortlich fühlen für eine wichtige Stellung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus. Gewerkschaften kümmern sich vorrangig um die Tarife, Kirchen mehr um das Seelenheil, Bildungswerke um ihre Förderungen und Parteien konzentriert um die Strassenbausatzungen. Rechtsextremismus kommt nur dann vor, wenn der Leidensdruck zu groß wird und die Konflikte unüberschaubar. Dies alles soll nicht das Engagement einzelner Menschen schmälern, die versuchen, in ihren Organisationen Raum für zivilgesellschaftliches Wirken zu bereiten, aber oft genug allein gelassen werden. Uns ist aufgefallen, dass sich in einem ländlichen Raum wie der Uckermark unter extrem schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen und einer weit verbreiteten Abwehrhaltung gegenüber allem, was Ruhe und Ordnung stören könnte, starke Abhängigkeitsverhältnisse entwickelt haben. Im Grunde existiert fast überall eine kommunalpolitische Elite, welche die gesellschaftlichen Positionen vorgibt und allem Engagement außerhalb ihrer Kreise misstrauisch gegenüber steht.

Deshalb muß an dieser Stelle kurz auf die Rolle der **politischen Verantwortungsträger** in der Uckermark eingegangen werden. Politische Verantwortungsträger in unserem Landkreis haben Rechtsextremismus und Rassismus jahrelang nicht wahrgenommen, verharmlost und unterschätzt. Zum großen Teil ist dies noch heute so. Lange Zeit war schon die Benennung des Problems ein Sakrileg, wurden engagierte Menschen kriminalisiert und ausgegrenzt wie in Schwedt und Rechtsextremismus direkt (durch die Bereitstellung von Räumen) und indirekt (durch weitgehende Übereinstimmung von Weltbildern) unterstützt. In vielen Regionen der Uckermark ist dies bis heute so. „Rechtsextremismus ist für unseren Bürgermeister kein besonderes Thema“, kreuzten fast alle unserer Interviewpartner auf den Fragebögen an. Wenn doch Positionen bezogen werden mußten, dann wurde tunlichst vermieden, die Worte Rechtsextremismus oder gar Rassismus zu verwenden wie dies der Prenzlauer Bürgermeister anlässlich eines geplanten NPD-Aufmarsches im letzten Jahr tat. Angermünde ist inzwischen eine Ausnahme. Lange hat es gedauert, aber der Angermünder Bürgermeister ist heute fast schon so etwas wie ein Vorbild. Er hat akzeptiert, dass Angermünde (wie andere Kommunen auch) ein Problem hat, benennt es, bezieht Stellung und unterstützt das örtliche Bündnis „Für eine welt-offene, tolerante und gewaltfreie Stadt“.

Auch auf Kreisebene gibt es leise Bewegung. Noch vor vier Jahren sorgte unsere kleine Jugendzeitschrift *cult* für heftige Reaktionen, unter anderem, weil sie die Themen Rechtsextremismus und Rassismus aufgriff. Zensur, die Streichung von Förderungen und Kriminalisierung als Extremisten und Gewalttäter waren die Konsequenzen des zuständigen Schulrates und des 1. Beigeordneten auf eine Ausgabe der *cult*. Heute haben sich Politiker verschiedener Parteien und einzelne zivilgesellschaftliche Aktivisten im Ausschuss „Tolerante Uckermark“ zusammengefunden. Sie haben es sogar geschafft, einen Kreistagsbeschluss auf den Weg zu bringen,

der die Abschaffung der Gutscheinregelung und Bargeld für Asylbewerber in Brandenburg fordert. Fast schon eine Sensation in dem Land, wo sonst fast ausschließlich Ausgrenzung und Diskriminierung von Flüchtlingen an der Tagesordnung politischen Handelns sind. Trotzdem, insgesamt stellen die politischen Verantwortungsträger in der Uckermark eher ein Hindernis, denn eine Unterstützung für zivilgesellschaftliches Engagement da. In Brüssow haben weder Verwaltung noch Parlament auf die Initiative Jugendlicher reagiert, illegal geklebte NPD-Plakate zu entfernen. In Schwedt musste ein Jugendclub aus Plakaten ein Symbol entfernen, das zeigt, wie ein Hakenkreuz in einen Mülleimer geworfen wird – zu politisch. Solche Beispiele auch aus der jüngeren Vergangenheit ließen sich beliebig fortsetzen. Selbstbestimmtes politisches Engagement ist vielen PolitikerInnen fern.

Dass sich trotzdem immer wieder nicht-rechte **Jugendinitiativen** zusammenfinden, die in ihren Kommunen gegen Rechtsextremismus und Rassismus aktiv werden, ist eine ermutigende Tatsache. Dass wir heute in Schwedt tatsächlich eine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas in der Jugendszene beobachten können, ist fast allein dem Wirken solcher Initiativen zu verdanken. Sie heißen „Flash Too“, sos (Soul of Schwedt) oder PUKK (Politik und Kritische Kultur) und sie haben mit ihren Aktionen, Events, Konzerten und öffentlichen Positionen das geschafft, wozu keiner der oben genannten Institutionen in der Lage war. Es ist wieder möglich, in Schwedt weitgehend angstfrei HIP-HOP'er, Raver, EBM'er oder gar Punk zu werden, Jugendliche haben wieder subkulturelle Alternativen. Unterstützung für diese Arbeit hatten sie nur wenig, aber es ist schon ein Fortschritt, dass sie nicht mehr wie ihre Vorgänger als Linksextremisten kriminalisiert und vertrieben werden. Eigentlich gibt es solche jugendlichen Initiativen fast überall. Wir haben sie in Templin im evangelischen Jugendkeller, in Prenzlau als Punks und HIP-HOP'er und in einigen Dörfern um Brüssow (Klockow, Carmzow) getroffen. Aber als gesellschaftliche Minderheit waren und sind ihre Möglichkeiten stark eingeschränkt. Eine Jugendpolitik, die gerade sie fördert, bildet und unterstützt, gibt es in der Uckermark nicht.

Wir wollen zum Schluss auf die Arbeit einer Brandenburger Besonderheit verweisen: Staatlich geförderte Institutionen, die im Rahmen des Landesprogrammes „Tolerantes Brandenburg“ den Auftrag haben, Zivilgesellschaft zu entwickeln. Zu diesen Institutionen gehören in der Uckermark die **RAA Angermünde, das Mobile Beratungsteam Barnim/Uckermark, die kommunalen Koordinatoren gegen Rechtsextremismus und das Beratungsnetzwerk Schule**.

Eigentlich ist deren Arbeit ein Paradoxon. Der Staat kümmert sich darum, dass zivilgesellschaftliche Strukturen entstehen. Diese Situation führt zwangsläufig zu Konflikten. Gerade staatliche Stellen haben in der Uckermark sehr genau hinge-

schaut, ob das Engagement der von ihnen geförderten Institutionen in den vorgegebenen Grenzen bleibt. Besonders die RAA, die im Übrigen von unseren Interviewpartnern am meisten angegeben wurde, wenn es um Unterstützung bei eigenen Projekten ging, hat dies in der Vergangenheit zu spüren bekommen. So zum Beispiel, wenn sie alternative Jugendprojekte unterstützte wie in Schwedt und Angermünde oder ihre Abgeordneten Lehrer kaum Unterstützung durch das Schulamt erhielten. Beim Beratungsnetzwerk Schule war hingegen staatliches Eingreifen nicht nötig. Bei Projektangeboten und Fortbildungsmaßnahmen zu Rechtsextremismus an Schulen war der Landkreis Uckermark lange Zeit einsames Schlusslicht in Brandenburg, ohne dass das Schulamt deswegen seine Positionen änderte. Der erste koordinierende Lehrer war als CDU-Abgeordneter in Prenzlau mehr mit seiner politischen Karriere beschäftigt und verstand das Sammeln von Unterschriften gegen die doppelte Staatsbürgerschaft als Beitrag gegen Fremdenfeindlichkeit. Viele kommunale Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sind in ihren Wirken kaum wahrnehmbar. Manchmal treten sie gemeinsam mit dem Verfassungsschutz in Dorfküchen auf, wie jüngst in Crussow. Ansonsten „wollen sie wohl lieber keine schlafenden Hunde wecken“, sagte uns ein Interviewpartner. In Gartz allerdings ist es der kommunale Koordinator, der maßgeblich das dortige Bündnis formte und entwickelte. Wir halten das Wirken dieser Institutionen insgesamt für wichtig. Sie geben Diskussionsanstöße, vermitteln bei Konflikten und unterstützen eigene Projekte. Wer etwas machen will, kann sich durchaus zuerst an sie wenden.

Neben Gartz ist Angermünde die einzige Kommune in der Uckermark, wo sich ein Bündnis gebildet hat. Das zeigt schon, inwieweit sich tatsächlich ein Netzwerk im Sinne zivilgesellschaftlichen Engagements entwickelt hat oder eben nicht. Deshalb fällt es uns an dieser Stelle nicht leicht, die Arbeit dieser beiden Bündnisse auch kritisch zu hinterfragen. Sicher, der Fakt, dass sich zivilgesellschaftliche Akteure, PolitikerInnen und staatliche Institutionen zusammengefunden haben, um gemeinsam für Toleranz und Demokratie in ihren Kommunen zu streiten, ist hoffnungsvoll. Von beiden Bündnissen gingen konkrete Aktionen, so gegen einen NPD-Stand in Gartz und gegen rechtsextreme Ausmärsche in Angermünde, aus. Beide Bündnisse haben es geschafft, einzelne AktivistInnen zusammenzuführen und beiden kann eine öffentliche Wirkung auf die gesellschaftliche Diskussion bescheinigt werden. Trotzdem gibt es Grenzen. Zwei wollen wir benennen. Bei beiden Bündnissen gibt es inhaltliche Barrieren, die lieber nicht überschritten werden. Es gibt einfach politische Themen, über die nicht gesprochen wird. In Gartz ist es die Rolle des BGS. Der BGS ist Mitglied im Bündnis und hat sich sogar Aufkleber der Aktion Noteingang an die Türen seiner Einrichtung geklebt. Während uns allein die Vorstellung, ein Flüchtling würde diese Tür nutzen, Angst macht, wird dies im Gartzter Bündnis nicht thematisiert. In Angermünde haben wir selbst versucht, einen inhaltlichen Minimalkonsens zu diskutieren. Was verstehen wir unter Toleranz, wie weit geht Toleranz, welche Aktionsformen gegen Rechtsextremismus werden toleriert? „Es würde das Bündnis sprengen“, meinte ein Vertreter der Stadt zu dieser Auseinandersetzung. Vielleicht hat er da sogar Recht. Da sind die Grenzen solcher bürgerlicher Bündnisse. So ist für Jugendliche mit ihren Werten, Alltagserlebnissen, Aktionsformen und Symbolen oft wenig Platz und Akzeptanz.

02. ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN: Wir wollen an dieser Stelle versuchen, Zivilgesellschaft nach ihren Aktivitäten zu untersuchen und zu beurteilen. Im Folgenden wird also in einer logischen Reihenfolge dargestellt, wie Zivilgesellschaft in der Uckermark agiert oder auch nicht. Voraussetzung aller Aktivität, so meinen wir, ist die reale **Wahrnehmung der Problemlage**. Das ist in der Uckermark bis heute völlig unzureichend passiert. Brüssow hat gar kein Problem, die Schwedter Politik war schon immer „antifaschistisch“, in Prenzlau sind nur Auswärtige aktiv und anderswo geht es eigentlich nur um schlichte Jugendgewalt, ohne politischen Hintergrund, so die Auffassung vieler. Selbst unsere Analyse in der ersten Recherchebroschüre bot in der Uckermark keinen Anlaß zur Auseinandersetzung mit der Situation. Wohl haben sie auch hier viele gelesen, Reaktionen, Einladun-



„AKTION NOTEINGANG“.
ORIGINAL UND PERFIDE COPY.
AUFKLEBER AN EINER
ANGERMÜNDER GÄRTNEREI



gen zu Vorträgen und Diskussionen haben wir jedoch nur von außerhalb des Landkreises erhalten. In Beantwortung der Frage, wer denn in der Uckermark solche Analysen liefern würde, tauchte hingegen immer wieder die Polizei auf. Das ist einerseits ein erfreulicher Aspekt, da die Polizei in der Region tatsächlich schon seit längerem und sehr deutlich das Problem benennt, manchmal auch gegen den Widerstand der kommunalpolitischen Eliten wie in Templin und Schwedt. Allerdings tut sie das aus unserer Erfahrung nur da, wo sie tatsächlich gefragt wird und unter gesellschaftlichen Druck agiert. So bleibt der Nordosten der Uckermark ein weißer Fleck, obwohl gerade da eine rechtsextreme Alltagshegemonie vorherrscht, die kaum Beispiele kennt. Dort fragt eben niemand.

Die Möglichkeiten von **Aktionen gegen Rechtsextremismus und Rassismus** sind sehr vielfältig. Es soll nicht verschwiegen werden, dass es natürlich auch in der Uckermark eine ganze Reihe interessanter Projekte und Initiativen gegeben hat. Einige haben wir in unserer Broschüre in der Positivliste vorgestellt und zur Nachahmung empfohlen. Unter zivilgesellschaftlichem Aspekt müssen wir aber feststellen, dass richtige Projekte eher dünn gesät sind. „Richtig“ heißt für uns, dass solche Projekte bewußt in die gesellschaftliche Auseinandersetzung zu Rechtsextremismus und Rassismus eingreifen, dabei deutlich Position bezogen wird, den Betroffenen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Probleme selbst darzustellen (und nicht nur als StatistInnen zu fungieren) und dass auf langfristige Wirkungen im Sinne von Selbstorganisation zivilgesellschaftlicher Akteure geachtet wird. Diese Bedingungen zur Grundlage gemacht, so wie wir dies beim Projekttag „Jugend für Demokratie und Toleranz“ getan haben, schränkt aus unserer Sicht die Zahl beispielhafter Projekte in der Uckermark stark ein. So halten wir wenig von einmaligen interkulturellen Begegnungen, in denen Fremde nur als Exoten und Statisten einbezogen werden. Es ist sicher nichts dagegen zu sagen, als sehr niedrigschwelligen Einstieg in die Diskussion auch mal zu kochen und zu trommeln. Wenn aber an Gymnasien nach vielen möglichen Projektangeboten noch immer französisch, russisch, englisch, polnisch, chinesisches Kochen als ein entscheidender Beitrag der interkulturellen Bildung verkauft wird, ist das ein Armutszeugnis. Dass SchülerInnen, die ständig nur solche Formen der Auseinandersetzung erfahren haben, bei unserem Projekttag nicht viel mit den Themen Asylrecht, emanzipatorischer Jugendarbeit, Entwicklungspolitik und Rassismus anfangen konnten, ist nur zu verständlich und wirft ein bezeichnendes Licht auf die sonstigen Projektangebote in der Uckermark. Bei unseren Interviews haben wir bewußt nach verschiedenen Aktionsformen und deren Akzeptanz gefragt. Dabei wurde deutlich, dass solche Aktionsformen, die anderswo als ziviler Ungehorsam wichtiger Bestandteil zivilgesellschaftlicher Aktionen sind, hier kaum Akzeptanz finden. Schon das Entfernen rechtsextremer Propaganda wird vielerorts als schlimmer angesehen als das Anbringen. Zusammenfassend kann man sagen, das sich in der Uckermark konkrete Projekte und Aktionen auf internationale Begegnungen und Diskussionen, meist eher untereinander, beschränken. Bei größeren Aufmärschen der rechtsextremen Szene wie in Angermünde und Schwedt waren nicht Kreativität und inhaltliche Positionsbestimmung die Gradmesser für Gegenstrategien, sondern die Angst vor möglichen Provokationen und gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Deshalb haben wir immer wieder nach **Konzepten** gefragt. Wir glauben, dass nur die Entwicklung eigener, fachlich und politisch fundierter Konzeptionen dazu führen kann, dass einzelne Veranstaltungen und Aktionen Erfolg haben. Nur auf der Basis solcher Konzepte kann man eigentlich diskutieren. Leider haben wir kaum Konzepte der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus gefunden. Einzig das MBT berät zivilgesellschaftliche Institutionen in Richtung der Entwicklung von Konzepten und Strategien. Fast alle oben genannten zivilgesellschaftlichen Akteure agieren entweder spontan „aus dem Bauch heraus“ oder haben überregionale Konzepte, die keine kommunale Widerspiegelung erfahren wie bei Gewerkschaften und Parteien. So ist es denn auch nicht verwunderlich, dass wir immer wieder neu mit Ideen wie: „Man muß doch nur mal mit den Jungs reden.“ oder dass die Bereitstellung von Räumen das Problem lösen könnte, konfrontiert werden. Die Konzeptionslosigkeit, mit der in der Uckermark an das Problem Rechtsextremismus herangegangen wird, halten wir für verheerend. Für einzelne zivilgesellschaftlich engagierte Menschen fehlt damit auch ein inhaltlicher Rahmen, in dem sie sich anerkannt bewegen können. Was moralisch erlaubt ist, wird quasi immer wieder neu und meist von den kommunalpolitischen Eliten definiert. Wer dabei durch das Raster fällt, ist politisch diskreditiert. Deshalb standen wir bei der Erarbeitung unserer Recherchebroschüre vor einem großen Problem.

Wir wollten verschiedene **gesellschaftliche Diskurse zu Ursachen und Gegenstrategien** aufgreifen und analysieren und dabei natürlich schauen, wie der Diskussionsstand in der Uckermark ist. Zu den meisten, in der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung genannten Themen haben wir in der Uckermark schlicht keine Diskussionspartner gefunden. Es gab Ausnahmen. Wir haben in Milnersdorf fachlich fundiert über Akzeptierende Jugendarbeit gesprochen, wir konnten feststellen, das sich im Ausschuss „Tolerante Uckermark“ ein zwar mühevoller, aber spannender Meinungsbildungsprozess zu Formen staatlicher Ausgrenzung gegenüber AsylbewerberInnen vollzieht. Das war es aber schon fast. Bei unseren Interviews ernteten wir bei Fragen nach Zusammenhängen zwischen kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen und Rechtsextremismus oder zwischen **DDR-Geschichte** und rechtsextremen Wertebildern heute meist nur Unverständnis und Achselzucken. Insbesondere die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, die wir, wie in einem Artikel beschrieben, für sehr wichtig halten, hat in der Uckermark nicht einmal angefangen. Konkrete Projekte haben wir nur in Angermünde bei der Arbeitsgemeinschaft „Wir an die Jugend 2022“ und am Gymnasium Prenzlau gefunden. Dort setzen sich Schüler mit Unterstützung einiger Lehrer und des Geschichtsvereins ziemlich regelmäßig auch mit DDR-Geschichte auseinander. So zum Beispiel mit dem letzten Auftritt von W. Biermann in Prenzlau oder dem Protest gegen die Stationierung sowjetischer Hubschrauber in der Stadt. Ansonsten sind Fragen, wie zum Beispiel Vertragsarbeiter in der Uckermark gelebt haben, welche Bedeutung das einzige DDR-Militärgefängnis in Schwedt gespielt hat, ob die Betonung von Sekundärtugenden wie Ordnung und Disziplin noch heute eine wichtigere Rolle spielt als das Thema Rechtsextremismus oder nicht zuletzt, ob es denn in der Uckermark schon zu DDR-Zeiten Rechtsextremismus und Rassismus gegeben hat, unbeantwortet geblieben. Das alles hat aus unserer Sicht einen wichtigen Einfluss auf das Alltagsklima in der Uckermark. Da, wo Menschen nicht bereit sind, sich mit der eigenen Geschichte auseinander zu setzen, wird weiter eigenes Handeln unmöglich bleiben und statt dessen nach dem starken Staat gerufen. Gerade Lehrer, selbst solche, die das Problem wahrnehmen, verlangen als einzige Idee, Rechtsextremisten etwas entgegenzusetzen, „dass der Staat endlich etwas tut!“ Nach unseren Erfahrungen halten wir es geradezu für eine Bedingung zivilgesellschaftlichen Engagements: Eigenes Handeln, eigene Positionen immer wieder zu hinterfragen und zu lernen, sich nicht darauf zu verlassen, dass der Staat etwas tut.

UND RÖRDER

So bleibt aus unserer Sicht die **öffentliche Wirkung** des vorhandenen zivilgesellschaftlichen Engagements gering. Viele zivilgesellschaftliche Akteure wissen nichts voneinander, kennen keine anderen Konzepte und Diskurse. Im Alltagsbewußtsein der Bevölkerung kommt Zivilgesellschaft kaum vor. Das hat natürlich auch damit zu tun, das die lokalen Medien ihre zivilgesellschaftliche Verantwortung nicht wahrnehmen und diesen Prozess nicht für die Öffentlichkeit reflektieren. Ein sehr interessantes Beispiel dafür sind zivilgesellschaftliche Akteure und Initiativen im Nordosten der Uckermark, von denen bisher kaum jemand etwas weiß, obwohl sie in ihrem Rahmen äußerst erfolgreich agieren.

Auf unserer Reise durch die Uckermark haben wir die ständig wachsende Gruppe von Menschen kennengelernt, die aus Berlin, Potsdam, anderen Großstädten und den alten Bundesländern in die Uckermark kommen, um sich dort ein neues Leben frei von Zwängen, verbunden mit der Natur, selbstorganisiert und selbstbestimmt aufzubauen. Sie bauen sich alte Bauernhöfe wieder auf, wohnen in Bauwagen, betreiben ökologische Landwirtschaft, organisieren alternative Kulturveranstaltungen und bauen freie Schulen und Kindergärten auf. In einer Region wie der Uckermark sind sie schon vom äußeren Bild als Fremde zu erkennen. Genau deshalb waren sie von Anfang an Ziel äußerst gewaltsamer Angriffe der rechtsextremen Szene. Bauwagen wurden abgebrannt, Bauernhöfe angegriffen, bei Festen wurden die Fremden verprügelt – die ganze Palette rechtsextremer Aktionsformen haben die „Besetzer“ oder Autonomen, wie sie von der rechten Szene genannt werden, erlebt. Aber dann haben sich diese gewehrt. Ihre Formen der Auseinandersetzung waren und sind genau die zivilgesellschaftlichen Aktionen, die wir anderswo in der Uckermark vergeblich gesucht haben: Sie organisierten Telefonketten, um sich bei Überfällen zu unterstützen. Sie gingen in die Gemeindevertretungen und haben diese zum Handeln gezwungen. Sie haben die Eltern der Täter aufgesucht und zur Rede gestellt. Sie haben Medienöffentlichkeit geschaffen und die staatlichen Institutionen ziemlich deutlich an ihren rechtsstaatlichen Auftrag erinnert. Nicht zuletzt haben sie Alternativen geschaffen: Arbeitsplätze, Kindergärten, Kulturangebote. Heute stellen die Zugewanderten in einigen Dörfern der Region fast schon die Mehrheit. Nicht, dass es dort keine Rechtsextremisten mehr gäbe wie in Wallmow, aber das Klima hat sich verändert, die kulturelle Hegemonie haben andere. Teil einer Zivilgesellschaft sind die „Neuen“ aber nicht geworden. Sie haben sich ihre eigene geschaffen, weil feststellt haben, sonst gibt es dort nichts. Also konzentrieren sie sich auf ihre Lebensweise, Kultur und Arbeit und mischen sich kaum in politische Debatten ein, auch wenn sie beim Beispiel Brüssow praktisch vor der Nase liegen.

Wir haben in den letzten Monaten eine Menge gelernt auf unserer Reise durch die Uckermark. Wir waren in Angermünde, Schwedt, Gartz, Brüssow, Prenzlau, Templin und Milnersdorf. Bei der Suche nach der Zivilgesellschaft haben wir überall engagierte Menschen getroffen. Meist waren sie ziemlich isoliert. Eine Zivilgesellschaft im Sinne eines informellen Diskurses und der gemeinsamen Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus haben wir in der Uckermark nicht finden können. Ein bißchen macht uns das Angst. Wenn wir die letzten 11 Jahre zusammenfassen, haben sich in der Uckermark unglaublich viele rechtsextreme Gewalttaten ereignet. Ganze Generationen Jugendlicher sind in einer Atmosphäre von Intoleranz, Inhumanität, Vorurteilen und Ausgrenzung aufgewachsen. Dieses gesellschaftliche Klima wurde lange Zeit überhaupt nicht in Frage gestellt. Zivilgesellschaftliche Strukturen gab es nicht. Einzelne Menschen, die das ansprachen, wurden als Nestbeschmutzer und Extremisten kriminalisiert und vertrieben. Dass sich heute in einigen wenigen Regionen zarte zivilgesellschaftliche Pflänzchen regen, freut uns. Wir haben dies gespürt, an der Bereitschaft zu reden, an einer verstärkten Sensibilität gegenüber den Tätern, am Einsatz konkreter Menschen. Das Beispiel Angermünde zeigt uns bei allen Defiziten, dass etwas möglich ist und ein Wandel bewerkstelligt werden kann. Ein entscheidender Durchbruch hin zu einer offenen, toleranten, selbstbestimmten Gesellschaft ist das jedoch noch lange nicht.

AKTUELLE EREIGNISSE SEIT DEM ERSCHEINEN DER ZWEITEN AUFLAGE DER RECHERCHE- BROSCHÜRE CHRONIK

ANGERMÜNDE 23.06.2000

Der Bund der Nationalen Jugend klebt selbst gestaltete Aufkleber „Für ein unabhängiges Reich“ im gesamten Stadtgebiet. (Augenzeugen)

PRENZLAU 23.06.2000

Zwei Asylbewerber werden von einer Gruppe Jugendlicher mit einer Schreckschußpistole und den Worten „Ich mach dich tot“ bedroht. (MOZ 26.06.2000)

BRÜSSOW 25./26.06.2000

Am Gerüst der evangelischen Kirche wird die Reichskriegsflagge gehisst. (Augenzeugen)

GROSS ZIETHEN (BEI ANGERMÜNDE) 22.07.2000

Treffen bei G. Reinholz im Bungalow. Die folgende Party wird durch die Polizei aufgelöst. Indizierte Musik wird dabei sichergestellt. (MOZ 25.07.2000)

ANGERMÜNDE 29.07.2000

Mehrere rechtsgerichtete Jugendliche unternehmen Raubüberfälle auf andere Jugendliche und verletzen zwei dabei erheblich. (MOZ 01.08.2000)

ANGERMÜNDE 01.08.2000

Treffen der Kader aus Angermünde und Eberswalde bei D. Dahlig zur Vorbereitung der Aktionen zum Hess-Gedenktag. (Augenzeugen)

SCHWEDT 05.08.2000

Die Polizei beschlagnahmt Kassetten mit rechtsextremer Musik, nachdem mit diesen in voller Lautstärke der Innenhof eines Hauses beschallt wurde und sich Bewohner beschwert hatten. (MOZ/TSP 07.08.2000)

PRENZLAU 05./06.08.2000

Unbekannte beschmieren Traföhäuser, Telefonzellen und einen China-Imbiss mit Hakenkreuzen und SS-Runen. (MOZ/TSP 07.08.2000)

TEMPLIN 09.08.2000

Im Vorfeld des Hess-Gedenktages werden in Templin rund 200 Aufkleber eines „Nationalen Widerstandes Barnim/Uckermark“ geklebt und zwei Transparente an Autobahnbrücken angebracht. (UK 11.08.2000)

ANGERMÜNDE 14.08.2000

Gewaltsamer Übergriff auf Aussiedlerjugendliche im Angermünder Neubaugebiet. Die Täter verletzten außerdem einen unbeteiligten Kneipengast. Die Polizei stellte in ihrer Wohnung rechtsextremes Propagandamaterial und Musik sicher. (MOZ 16.08.2000)

ANGERMÜNDE 16./17.08.2000

In Angermünde werden rund 300 Aufkleber des „Nationalen Widerstandes Barnim/Uckermark“ zum Hess-Todestag geklebt. (Augenzeugen)

TEMPLIN 19./20.08.2000

In einer Gartenanlage feiern etwa 20 Rechtsextremisten mit Nazimusik und „Sieg-Heil“-Rufen. Die Polizei löst die Feier auf und nimmt 17 Personen vorläufig fest. (ORB 21.08.2000)

MESCHERIN 25.08.2000

Ein 28-jähriger Mann zeigt während dem Landesdorffest öffentlich den Hitlergruß. (MOZ 28.08.2000)

PRENZLAU 25.08.2000

Im Stadtgebiet werden Aufkleber zum Hess-Todestag geklebt. (MOZ 28.08.2000)

PRENZLAU ANFANG SEPTEMBER 2000

Zwei rechte Jugendliche beschimpfen, beleidigen und schlagen eine 46-jährige Frau aus Afghanistan und ihre 11-jährige Tochter in einer Bushaltestelle. (MOZ)

TRAMPE BEI BRÜSSOW

Beim „Pflaumenfest“ des Dorfes werden ein Dutzend vermeintlich „Linke“ von über 50 rechten Jugendlichen aus allen Orten der Umgebung attackiert, geschlagen und gejagt. (Augenzeugen)

SCHWEDT 17.09.2000

Drei Jugendliche werden in einer Wohnung wegen des Abspielens verfassungsfeindlicher Musik festgenommen. (MOZ 19.09.2000)

PRENZLAU 17.09.2000

Das Gymnasium in Prenzlau wird mit Hakenkreuzen und ausländerfeindlichen Parolen beschmiert. (Berliner Zeitung 19.09.2000)

ANGERMÜNDE 22./23.09.2000

Die Polizei stellt drei Jugendliche aus Angermünde die illegal Plakate der Jungen Nationaldemokraten mit einem Bild der verbotenen Hitlerjugend klebten. (MOZ 25.09.2000)

BRÜSSOW 01.10.2000

Die Polizei löst ein Straßenfest auf, nachdem rund 80 vorwiegend rechtsextrem orientierte Jugendliche randaliert und andere Besucher, darunter vermeintlich „Linke“ tätlich angegriffen hatten. (MOZ 04.10.2000)

GRAMZOW 03.10.2000

An einer Autobahnbrücke entfernt die Polizei zwei Transparente mit rechtsextremen Parolen („Das Reich kommt wieder“) (MOZ 04.10.2000)

SCHWEDT 07.10.2000

Gegenüber dem jüdischen Friedhof wird ein 1-Meter hohes und breites Hakenkreuz in eine Mauer geritzt. (MOZ 09.10.2000)

BAGEMÜHL 07.10.2000

Rund 50 Rechtsextremisten aus Mecklenburg Vorpommern und der Uckermark prügeln sich vor der Gaststätte „Zur Linde“. (Berliner Zeitung 10.10.2000)

GARTZ/O. 08.10.2000

Eine Gruppe Spätaussiedler wird nach einem Schiffsausflug tätlich angegriffen und geschlagen. Ein Auto wurde beschädigt. (MOZ 10.10.2000)

ANGERMÜNDE 13.10.2000

Rund 40 Rechtsextremisten veranstalten in der Innenstadt eine öffentliche Trauerfeier für einen tödlich verunglückten Kameraden. Dabei werden mindestens zwei Unbeteiligte tödlich angegriffen. (Augenzeugen)

TEMPLIN 11.10.2000

Ein Jugendlicher aus Milmersdorf zeigt öffentlich den Hitlergruß. (TVAL 13.10.2000)



EINE DER NPD-DEMONSTRATIONEN IN ANGERMÜNDE

RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS
SEITE 10

BRUCHHAGEN 20.10.2000

Rund 100 Rechtsextremisten nutzen die Beerdigung ihres Kameraden für eine politische Demonstration. Die Unfallstelle ist mit rechtsextremen Symbolen geschmückt. (Augenzeugen)

ANGERMÜNDE 21.10.2000

Beim Oktoberfest werden mehrere linke Jugendliche, auch aus dem Verein „Pfeffer und Salz“, von Rechten angegriffen und zum Teil so schwer verletzt, das sie im Krankenhaus behandelt werden müssen. (MOZ 26.10.2000, Augenzeugen)

ANGERMÜNDE 21.10.2000

Die Polizei unterbindet einen weiteren Versuch einer öffentlichen Trauerfeier für den o.g. verunglückten Kameraden. (Augenzeugen)

ANGERMÜNDE 29./30.10.2000

Die NPD-Kameradschaft verklebt im Stadtgebiet hunderte Aufkleber gegen das NPD-Verbot. (Augenzeugen)

PRENZLAU ANFANG NOVEMBER

Der Nationale Widerstand Barnim-Uckermark bringt ein Flugblatt in den Umlauf, das in demagogischer Weise gegen einen farbigen deutschen Schüler der Grabow-Schule hetzt. (Augenzeugen)

PRENZLAU 12.11.2000

Polizei geht gegen vier Männer vor, die „Sieg Heil“ brüllten. (Berliner Zeitung 13.11.2000)

BRÜSSOW NOVEMBER

Zwei Autos mit „Glatzen“ aus Wallmow und Brüssow machen Jagd auf „Linke“. Dabei wird ein Auto zerstört und ein Privathaus angegriffen. (Augenzeugen)

GÜNTERBERG 29.11.2000

Auf dem Jüdischen Friedhof werden Grab- und Gedenksteine umgestürzt. (MOZ 1.12.2000)

GARTZ/O. ENDE NOVEMBER 2000

Auf dem Marktplatz und Hinweisschildern des Fördervereins werden Hakenkreuzschmierereien entdeckt. (MOZ/Augenzeugen)

BOITZENBURG 02.12.2000

Ein 17-jähriger Russlanddeutscher wird von einem Gleichaltrigen mit Springerstiefeln getreten, mit der Faust ins Gesicht geschlagen und als „Russenpack“ beschimpft. (MOZ 04.12.2000)

UCKERMARK NOVEMBER/DEZEMBER

Die NPD gibt die erste Ausgabe eines „Uckermark Boten“ heraus. Darin wird u. a. gegen die Kleiderordnung an der Ehm Welk-Gesamtschule in Angermünde polemisiert, über Veranstaltungen zum Volkstrauertag z.B. in Gartz berichtet und gegen das drohende NPD-Verbot protestiert. (Augenzeugen)

UCKERMARK DEZEMBER

Der „Wegweiser“, eine Zeitschrift der „Nationalen Bürgerinitiativen“ erscheint in der 12. Ausgabe unter anderem mit einem Artikel zur Situation in Gartz/O.. (Augenzeugen)

SCHWEDT 28.12.2000

Zwei Rechtsextremisten greifen einen vermeintlich „links“ aussehenden Jugendlichen an, verletzen ihn schwer und jagen anschließend ihren Hund auf ihn. Das Opfer mußte im Krankenhaus behandelt werden. (MOZ 31.12.2000)

SCHWEDT 31.12.2000

Einer afghanischen Flüchtlingsfamilie werden zum wiederholten Male Steine und Knallkörper auf den Balkon und in die Wohnung geworfen. Ein Antrag, Schwedt verlassen zu dürfen wird von der Ausländerbehörde abgelehnt. (FR 22.02.2001)

SCHWEDT 06.01.2001

Sieben Jugendliche werden nach „Sieg Heil“-Rufen in Gewahrsam genommen. (MOZ 08.01.2001)

BERKHOLZ BEI SCHWEDT 07.01.2001

Eine Gruppe von 14 rechten Jugendlichen bedroht und nötigt einen 18-jährigen bei sich zu Hause. Dabei drohen sie, das Haus zu stürmen, wenn er sich nicht einer Schlägerei stelle. (MOZ/Berliner Zeitung 09.01.2001)

SCHWEDT 08.01.2001

Per SMS werden einer Schwedterin zwei Hakenkreuze und rechte Parolen geschickt. (MOZ 10.01.2001)

SCHWEDT 11.01.2001

Drei Jugendliche laufen angetrunken und „Sieg Heil“ rufend durch die Stadt und belästigen andere Bürger. Im April werden sie deshalb zu gemeinnütziger Arbeit verurteilt. (MOZ 19.04.2001)

SEBNITZ ENDE JANUAR 2001

Auf der Gästeseite der Homepage der Stadt Sebnitz verweigert sich auch eine Gruppe namens „Schwedter Glatzen“ unter anderem mit dem Spruch „Ehre für Rudolf Hess“. (MOZ 30.01.2001)

GÜNTERBERG 26./27.01.2001

In mehreren Dörfern verteilen die Republikaner Muster von Euroscheinen mit Parolen gegen dessen Einführung. (Augenzeugen)

ANGERMÜNDE 27.01.2001

Die NPD-Kameradschaft trifft sich am Bahnhof zur gemeinsamen Fahrt und Aktion. Dabei wird auch NPD-Propagandamaterial verteilt. (Augenzeugen)

GARTZ/O. 02.02.2001

Ein 16-jähriger Schüler zeigt vor versammelter Klasse den Hitlergruß. (MOZ 08.02.2001)

ANGERMÜNDE 10.02.2001

Fünf Jugendliche werden in Gewahrsam genommen, nachdem sie im Zug Musik mit verfassungsfeindlichem Inhalt gespielt hatten. (MOZ 12.02.2001)

GARTZ/O. 24.02.2001

Die NPD macht auf dem Parkplatz vor dem Plusmarkt einen Infostand. (MOZ 26.02.2001)

ANGERMÜNDE 02.03.2001

In der Nacht werden Plakate zum Gedenken an Horst Wessel im Stadtgebiet geklebt. (Augenzeugen)

WARTIN 04.03.2001

Das sowjetische Ehrenmal der Gemeinde wird mit vier Hakenkreuzen beschmiert. (MOZ 06.03.2001)

SCHWEDT 10.03.2001

Die Polizei wird wegen wiederholten Abspielens von Musik mit rechtsradikalem Inhalt in die Wohnung eines 18-jährigen gerufen. (Berliner Zeitung 12.03.2001)

SCHWEDT 16.03.2001

Drei rechtsextreme Jugendliche beschimpfen, schlagen und treten einen 20-jährigen Mann aus Armenien. (MOZ 17.03.2001)

KERKOW 17.03.2001

Die Kameradschaft Barnim/Uckermark versucht zum wiederholten Male eine Konzertveranstaltung des Vereins „Pfeffer und Salz“ zu stören. (Augenzeugen)

GARTZ 16.03.2001

Eine 13-jährige Schülerin malt Hakenkreuze auf ihren Arm. Eine Durchsuchung ihrer Tasche fördert weitere gewaltverherrlichende Schriften zu Tage. (MOZ 19.03.2001)

SCHWEDT 16.03.2001

Acht rechtsextreme Jugendliche randalieren am Bahnhof. Die Polizei wird mit „Sieg Heil“-Rufen begrüßt. (MOZ 19.03.2001)

ANGERMÜNDE 09.04.2001

Die Eingänge der Ehm-Welk-Gesamtschule wurden in der Nacht durch hunderte NPD-Aufkleber zugeklebt. Die Szene der Schule feiert den Erfolg überschwenglich. (Augenzeugen)

SCHWEDT 16.04.2001

Die Polizei wird wegen Abspielens rechtsextremer Musik und Ruhestörung in eine Wohnung gerufen. Bei den 24-36jährigen wird auch eine Reichskriegsflagge sichergestellt. (MOZ 18.04.2001)

SCHWEDT 22.04.2001

Eine Arztpraxis und ein Wohnblock werden mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen besprüht. (MOZ 24.04.2001)

SCHWEDT 27.04.2001

Zehn alternative Jugendliche werden am Kanal von einer größeren Gruppe rechtsextremer Jugendlicher provoziert und beleidigt. Einige werden gestoßen. (Augenzeugen)

SCHWEDT 28./29.04.2001

Schaufenster in der Berliner Strasse werden mit rechtsextremen Parolen beschmiert. (MOZ 30.04.2001)

MILMERSDORF ENDE APRIL

Die NPD nutzt das drohende Aus des Projektes „Bruchbude“, um verstärkt Aufkleber und Flugblätter am Jugendklub zu verteilen. (TSP 08.05.2001)

BAGEMÜHL 26.05.2001

Zum letzten Mal Disco im örtlichen Jugendclub. Obwohl schon länger einer der großen Treffs der Szene aus der ganzen Region, ist erst der Versuch, einen anderen Besucher aufzuhängen, Grund für die Schließung. Der Haupttäter, ein Schläger aus der rechtsextremen Szene erhält zwei Jahre Haft. (Augenzeugen)

ANGERMÜNDE 24.05.2001

Zwei bekannte Rechtsextremisten der Stadt greifen zum wiederholten Male einen Jugendlichen an. Ein Mann, der eingreift, wird ebenfalls geschlagen, wehrt sich aber dann und schlägt die Angreifer in die Flucht. Die Polizei nimmt alle Beteiligten in Gewahrsam. (Augenzeugen)

GREIFFENBERG 24.05.2001

„Greiffenberger Jugend feiert den Herrentag“ unterschreibt die MOZ ein Bild, auf dem ausschließlich kurzhaarige Jugendliche zu sehen sind. Es ist die Party der regionalen Szene, bei der auch indizierte Musik gespielt wird und rechte Parolen gerufen werden. (Augenzeugen, MOZ 26.05.2001)

PRENZLAU 29.05.2001

Eine Gruppe von zehn Jugendlichen greift zwei kolumbianische Familien mit ihren kleinen Kindern an einer Bushaltestelle an. Sie werden beleidigt, geohrfeigt und mit Steinen beworfen. (Berliner Zeitung 14.06.2001)

ANGERMÜNDE 08.06.2001

Am Bahnhof trifft sich eine Gruppe von Rechtsextremisten mit ihren Autos, grölt Parolen und spielt rechtsextreme Musik. Auf den Autos sind rechtsextreme Symbole und Aufschriften wie „Withe Power“ angebracht. (Augenzeugen)

BOITZENBURG 16.06.2001

Die kleine Stadt wird mit rechtsextremer Propaganda überschwemmt. Grund ist die Kandidatur eines NPD-Vertreters zur Bürgermeisterwahl am 24. Juni. (MOZ 19.06.2001)

ANGERMÜNDE 22.06.2001

In der Stadt werden Plakate mit dem Aufruf zu einer Demonstration am 14.07. in Neubrandenburg geklebt. Ein Bürger informiert nachts die Polizei, die allerdings nur ein Auto kontrolliert, in dem Drogen vermutet werden. Die in unmittelbarer Nähe versteckten rechten Jugendlichen bleiben unbehelligt. (Augenzeugen)

ANGERMÜNDE 22.06.2001

Zwei Rechtsextremisten fahren durch die Stadt und fotografieren Büro, Autos und Mitglieder des Vereins „Pfeffer und Salz“, angeblich für eine Anti-Antifabroschüre. (Augenzeugen)

GRERSWALDE 22.06.2001

Schüler der Gesamtschule halten auf der Rückfahrt von der Klassenfahrt nach Italien ein selbst gemaltes Plakat mit der Aufschrift „Ihr Juden sollt vergasen, ab in euer Land“ gegen die Heckscheibe des Busses. Erst aufgebrachte Autofahrer machen Busfahrer und Lehrer auf das Plakat aufmerksam. (MAZ 03.07.2001)

PRENZLAU 26.06.2001

Ein sechsjähriges iranisches Mädchen wird unmittelbar vor dem Asylbewerberheim von einem Kleintransporter überfahren. Am nächsten Tag stirbt sie an ihren schweren Verletzungen. Der Wagen schleift das Mädchen noch 25 Meter mit, die beiden Insassen kümmern sich nicht um das Mädchen, sondern beleidigen die geschockten Flüchtlinge am Heim mit rassistischen Sprüchen. Gegenüber der Polizei, die erst 20 min. später eintrifft, tauschen FahrerIn und Beifahrer die Plätze. (MOZ 05.07.2001, Augenzeugen)

GRÜNBERG 14.07.2001

Die Polizei löst ein Treffen von 15 RechtsextremistInnen auf. Besitzer des Grundstücks ist ein Berliner, der angeblich keine Ahnung von der Art des Treffens hatte. (MOZ 17.07.2001)

POTZLOW 14.07.2001

Der Bürgermeister des Ortes ertappt 6 Jugendliche dabei, als sie mit Stiften ein großes Hakenkreuz an die Bushaltestelle schmieren. (MAZ 20.07.2001)

PRENZLAU 19.07.2001

Im Stadtgebiet werden die schwarzen Aufkleber des „Nationalen Widerstandes Berlin Brandenburg“ geklebt. Die Polizei nimmt nach Bürgerhinweisen 6 Verdächtige fest. (MAZ 20.07.2001)

PARSTEIN 27.07.2001

10 betrunkene Jugendliche auch aus Dörfern der Uckermark greifen einen türkischen Imbissbesitzer tätlich an. (MOZ 30.07.2001)

WARNITZ 04.08.2001

Polnische Jugendliche werden auf dem Campingplatz angepöbelt und beleidigt. (MAZ 06.08.2001)

UCKERMARK AUGUST

Kameradschaften aus der Uckermark mobilisieren zu einer Demonstration in Frankfurt/O. am 15.09.2001. (Augenzeugen)

SUCKOW 11.08.2001

Acht rechte Jugendliche greifen drei linke Jugendliche an und verletzen einen von ihnen schwer. Erst das Eingreifen eines Vaters verhindert weitere Gewalttaten. (Augenzeugen)



SCHWEDT 12.08.2001

Die Polizei stellt in einem Auto an der Agip-Tankstelle eine CD mit volksverhetzender Musik sicher. (MOZ 14.08.2001)

SCHWEDT/GRAMZOW 13./14.08.2001

In beiden Orten werden Aufkleber zum Gedenken an den Todestag von Rudolf Hess geklebt. An einer Autobahnbrücke bei Gramzow wird außerdem ein Transparent mit entsprechendem Inhalt angebracht. (MOZ, Berliner Zeitung 15.08.2001)

PRENZLAU 21.08.2001

Zwei Jugendliche werden beim Verteilen von Propagandamaterial zum Hess-Todestag festgenommen. (Ruppiner Zeitung 23.08.2001)

PRENZLAU/ANGERMÜNDE/DRENSE 23./24.08.2001

In einer gemeinsamen Aktion werden in der Uckermark rechtsextreme Plakate und Aufkleber zum Hess-Todestag angebracht. (MOZ, Berliner Zeitung 25.08.2001)

ANGERMÜNDE 01.09.2001

Es tauchen Aufkleber auf, mit denen der „Nationale Widerstand“ die antirassistische Aktion Noteingang kopiert, und gegen „staatliche Repression“ Schutz bietet. (Augenzeugen)

PRENZLAU/SCHWEDT ANFANG SEPTEMBER 2001

Nahezu zeitgleich werden in beiden Städten Plakate und Flugblätter verteilt, welche die „Todesstrafe für Kinderschänder“ fordern. Verantwortlich zeichnen sich der „Nationale Widerstand Schwedt“ und ein „Frontsturm“ Prenzlau. (Augenzeugen)

ANGERMÜNDE 17.09.2001

25 Rechtsextremisten versammeln sich am Angermünder Bahnhof, um im Jugendkulturzentrums das Konzert von Phillie MC zu stören. Die Polizei hindert sie daran. In rechtsextremen Netzen (Aktionsbüro Mitteldeutschland) beschwerten sie sich am darauffolgenden Tag über die fehlende Toleranz der Veranstalter. (Augenzeugen)

SCHWEDT 23./24.09.2001

Bei Einbrüchen in die Kleingartensparte „Rosenhain“ nehmen die Täter zwar nichts mit, hinterlassen aber Hakenkreuze und ausländerfeindliche Parolen. (Nordkurier 26.09.2001)

PRENZLAU 28.09.2001

Zehn Rechtsextremisten stürmen in Prenzlau eine Wohnung, zertrümmern das Mobiliar und schlagen zwei Gäste zusammen. Sie sind mit Baseballschlägern bewaffnet und hinterlassen bei zwei Angriffen ein Werk der Verwüstung. (MOZ 02.10.2001)

ANGERMÜNDE 29.09.2001

19 Rechtsextremisten versuchen die Veranstaltungen zum „Tag der Toleranz“ zu stören. Als sie zum Gospelkonzert nicht hereingelassen werden, ziehen sie durch die Stadt und rufen rassistische Parolen. Daraufhin nimmt die Polizei sie in Gewahrsam. (MOZ 08.11.2001)



TEMPLIN 02.10.2001

Rechte Jugendliche stören bei der Fritz HIP-HOP-Tour in der Gesamtschule Templin. (*Fritz* 02.10.2001)

SCHWEDT 03.10.2001

Die MEGA greift in einer Wohnung in Schwedt ein, als dort laut rechtsextreme Musik gespielt wird. Dabei werden auch Reichskriegsflaggen und Hakenkreuzsymbole sichergestellt. (*MOZ* 05.10.2001)

ANGERMÜNDE 06.10.2001

Die Polizei stellt in einer Wohnung bei vier Jugendlichen CD's mit indizierter Musik sicher. (*MOZ* 09.10.2001)

WARNITZ 07.10.2001

Rechtsextreme attackieren in einem Lokal einen Berliner Polizisten und dessen Begleiter. Dabei werden auch Schüsse abgegeben. Der Haupttäter wird festgenommen. (*MOZ, Berliner Zeitung* 09./10.10.2001)

CRUSSOW 08.10.2001

Zum wiederholten Male werden Flüchtlingskinder im Schulbus belästigt und angepöbelt. (*UK* 10.10.2001)

PINNOW 12.10.2001

An einer Sporthalle und einer Bushaltestelle werden Hakenkreuze und „Sieg Heil“-Sprüche entdeckt. (*Berliner Zeitung* 13.10.2001)

SCHWEDT OKTOBER 2001

Beim Oktoberfest werden wie jedes Jahr nicht-rechte Jugendliche angepöbelt, geschlagen und durch die Stadt gejagt. (*Augenzeugen*)

ANGERMÜNDE 15.11.2001

Fünf Jugendliche der Kameradschaft besuchen eine interkulturelle Veranstaltung im Literaturmuseum. Brav sitzen sie ihre Zeit ab und zeigen nur Präsenz. (*Augenzeugen*)

LYCHEN 17.11.2001

Ein 42 Jahre alter Mann wird beim Diebstahl ertappt und ruft vor dem Laden laut „Heil Hitler“ (*MOZ* 20.11.2001)

ODERBERG 18.11.2001

Der „Nationale Widerstand“ Barnim/Uckermark veranstaltet zum Volkstrauertag einen Fackelmarsch zum Gedenken „An die gefallenen deutschen Helden“ (*Naziseiten im Netz*)

SCHWEDT 19.11.2001

Ein 15 Jahre alter polnischer Schüler erstattet Anzeige, nachdem ihn 3 deutsche Mitschüler über längere Zeit drangsaliert, als „Polenschwein“ beschimpft und schließlich geschlagen und getreten hatten. (*MOZ, Berliner Zeitung* 21.11.2001)

...

RAUS

ur I

URSACHENANALYSE

Dreck!

ANKE GUTERMUTH, CHRISTIN MEILE **WIE RASSISTISCH IST DER ALLTAG VON FLÜCHTLINGEN IN DER UCKERMARK?**

Im Land Brandenburg leben zur Zeit 8900 AsylbewerberInnen und Flüchtlinge aus Bürgerkriegsländern. Dies entspricht einem Anteil von 0,34 Prozent der Gesamtbevölkerung. In der Uckermark haben 427 (Jahr 2000) AsylbewerberInnen eine vorübergehende Aufnahme gefunden. Sie leben überwiegend in den Übergangwohnheimen in Crussow und in Prenzlau. Nur wenige von ihnen leben in einer eigenen Wohnung, vor allem in Schwedt. Der AsylbewerberInnenanteil in der Uckermark beträgt nur 0,21 Prozent.

Eine Umfrage des Vereins Pfeffer und Salz e.V. in der Uckermark zeigte, dass die Zahl der hier lebenden Ausländer meist überschätzt wird. Die Ursachen dafür sind vielseitig. Zum einen wird uns von der Politik suggeriert, dass es zu viele, vor allem „nutzlose“ Ausländer gibt. Auch die derzeitige Diskussion über ein neues Zuwanderungsgesetz trägt dazu bei.

Denn durch dieses Gesetz bzw. dem derzeitigen Entwurf von O. Schily wird es möglich sein, mehr Ausländer wieder in ihre Heimatländer abzuschicken. Erst dadurch, dass ständig neue Gesetze entworfen/verändert werden, die den Zuzug von Ausländern begrenzen sollen, erhält die Bevölkerung den Eindruck, dass es bereits zu viele gibt.

Die Politik erhält von der Presse dabei große Unterstützung. Die Art einseitige der Berichterstattung über straffällig gewordene Ausländer fördert das rassistische Denken der Bürger in der Uckermark. Hier zeigt sich ganz besonders deutlich, welchen Einfluss Politik und Medien auf die Bevölkerung haben können.

Wie fördern staatliche Gesetze und der Alltag von Ausgrenzung die Intoleranz in der Bevölkerung?

Zu solchen Gesetzen und institutionellen Mechanismen der Ausgrenzung gehören die Residenzpflicht, die Unterbringung in Übergangwohnheimen, die Praxis der Arbeitsämter in der Versorgung mit sogenannten Sachleistungen in Form von Wertgutscheinen. Ein weiteres Problem ist unserer Meinung nach der Umgang der Medien mit dem Thema. Durch sie werden erst Vorurteile geprägt und verallgemeinert. Ein Beispiel wäre die Berichterstattung über „Erfolge“ des BGS bei der Jagd nach „illegalen“ Ausländern.

In der Regionalzeitung (MOZ) werden Diebstähle, die von Ausländern begangen werden, wie etwa von Polen und AsylbewerberInnen, extra hervorgehoben.

In Statistiken über Verstöße gegen geltende bundesdeutsche Gesetze, wird ein hoher Anteil von Ausländern angegeben (1996: 28%). Bei diesen Statistik wird jedoch vergessen, dass 30% davon Verstöße gegen das Ausländer- oder das Asylverfahrensgesetz sind. Weiterhin ist zu sagen, dass 31% der nichtdeutschen Tatverdächtigen keine hier lebenden AusländerInnen, sondern Touristen oder Durchreisende sind, die von der Bevölkerungsstatistik nicht erfasst werden.

Der größte Teil aller von Ausländern begangenen Straftaten sind Verstöße gegen die Residenzpflicht. Aber ist es denn nicht verständlich, gegen solch ein Gesetz zu verstoßen? Wer will schon immer nur in Crussow oder Prenzlau bleiben, abgeschieden von Freunden, Familie, Kultur und anderen Menschen. Viele AsylbewerberInnen wollen/müssen einfach nur nach Berlin fahren um ihren Anwalt zu konsultieren oder einfach um ihre Familienangehörigen zu besuchen. Und warum müssen sie erst das Amt fragen, ob es denn möglich sei nach Berlin zu fahren? Jedem sollte es doch freigestellt werden wann und ob er/sie irgendwohin fahren will. Ein weiteres Problem: Wie sollen sie sich das zum einen leisten, von 80 DM Taschengeld im Monat?



Eine ähnlich absurde Sache ist die Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge, die sie fast nie erhalten. Dabei ist das Gesetz erst seit etwa einem halben Jahr dahingehend geändert worden, dass Flüchtlinge überhaupt arbeiten dürfen. Die Praxis sieht vollkommen anders aus. Wir kennen keinen Flüchtling, der nicht gerne arbeiten gehen würde. Leider ist es in Brandenburg fast nicht möglich zu arbeiten, jedenfalls nicht offiziell. Das liegt daran, dass die Arbeitsämter offiziell angewiesen sind, offene Stellen zuerst immer an Deutsche zu vergeben. Im Prenzlauer Asylbewerberheim warten viele Flüchtlinge schon seit Monaten auf eine Arbeitserlaubnis, obwohl sie immer wieder offene Stellen an das Arbeitsamt melden. So erledigen viele Flüchtlinge halb illegale Hilfsjobs, die nicht nur schlecht bezahlt werden, sondern auch unattraktiv sind.

Die Alternative wäre nur, den ganzen Tag im Wohnheim zu sitzen und sich zu langweilen oder auf die Straße zu gehen und von der Bevölkerung schief angeguckt – oder, im schlimmsten Fall, angegriffen zu werden.

Die Ausgrenzung von Flüchtlingen wird außerdem durch das System der Wertgutscheine gefördert. Hierzu muss man sagen, dass die Leistungen für Asylbewerber lediglich 80% der Sozialhilfe eines Deutschen betragen. Zum Zweiten werden diese Leistungen, bis auf ein kleines Taschengeld von 80 DM, im Monat in Form von Wertgutscheinen ausgegeben. Diese Wertgutscheine können nur in wenigen Supermärkten der Region eingelöst werden. Die Flüchtlinge werden gleich mehrfach diskriminiert. In der Öffentlichkeit sind sie als Asylbewerber schon dadurch sofort erkennbar, dass sie mit Wertgutscheinen bezahlen und oft gleich den Großeinkauf für mehrere Wochen erledigen müssen, um die Fahrtkosten zu sparen, was jedoch beim Bürger den Eindruck erweckt, dass Ausländer mit viel Geld Hamsterkäufe o.ä. tätigen. Zu allem Übel muss man als Asylbewerber auf fast alle Genussmittel, elektrische Geräte oder Spielzeug verzichten. Es kommt immer auf die Kassierin an, ob ein Asylbewerber Alkohol oder Zigaretten kaufen kann oder nicht. Und wenn ein Flüchtling an der Kasse steht, dann bildet sich immer eine Schlange, weil es nicht immer so schnell geht beim Unterschreiben ihrer Wertgutscheine.

Oft reagieren die anderen Käufer dann genervt.

Ein weiterer Kritikpunkt an den Wertgutscheinen ist, dass Flüchtlinge nur in bestimmten Supermärkten einkaufen können. Zu diesen Supermärkten zählen u.a. ALDI, MARKTKAUF und EXTRA. Leider sind diese Supermärkte nicht gerade um die Ecke der Asylbewerberheime. So muß jeder Flüchtling, sofern er Geld hat, entweder mit dem Bus fahren oder laufen. Mit dem Bus fahren ist jedoch auch oft problematisch. Es ist schon vorgekommen, dass ein Busfahrer in Prenzlau eine kleine Gruppe Asylbewerber nicht mitgenommen hat. Auch ist es recht gefährlich mit dem Bus zu fahren, wenn gerade die Schule zu Ende ist. Als Flüchtling bekommt man oft keinen Sitzplatz, obwohl noch Plätze frei sind. Zwei kolumbianische Familien mit kleinen Kindern wurden mit Steinen in der Bushaltestelle beworfen (MOZ 29.05.2001). Eine Afrikanische Frau und ihre Tochter sind von Nazis geschlagen und getreten worden in einer Bushaltestelle (MOZ Anfang September 2000).

Als große Diskriminierung empfinden Asylbewerber die ständigen Kontrollen durch Polizei und vor allem BGS. Besonders in der 20 km-Zone zur Deutsch-Polnischen Grenze besteht die Hauptaufgabe des BGS in der Verhinderung illegaler Einwanderung. Ausländer geraten dabei schnell unter Generalverdacht. So kam es am Angermünder Bahnhof auch schon dazu, dass irrtümlich eine asiatische Touristengruppe für illegale Einwanderer gehalten wurde. (Augenzeugenbericht) Referenten mit fremden Erscheinungsbild kamen nicht in den Schulen an, sondern landeten auf den BGS-Wachen.

Jeden zweiten Mittwoch passiert auf den Bahnhöfen der Uckermark das Gleiche. Es sind viele Polizisten und Asylbewerber zu sehen, denn jeden zweiten Mittwoch ist „Zahltag“, das heißt: jede/r AsylbewerberIn muss zum Sozialamt gehen und sich seine Wertgutscheine und das bisschen Bargeld abholen. Dass „Zahltag“ ist, weiß auch der Bundesgrenzschutz, der für die „Sicherheit“ der Bahn zuständig ist. Und damit die Flüchtlinge auch erst gar keine Straftat begehen, werden sie gleich aus dem Zug gewunken. Dann werden die Personalien aufgenommen und an die dafür zuständige Behörde weiter geleitet. Jetzt besteht bereits die Straftat, denn der Flüchtling wollte unerlaubt seinen Landkreis verlassen. Genau diese „Delikte“ erscheinen dann wieder in der Kriminalitätsstatistik.

Was für ein Bild wird der deutschen Bevölkerung durch diese ständigen Verdächtigungen und öffentlichen Kontrollen von Asylbewerbern vermittelt?!

Die bisherigen Versuche der Integration hier lebender Ausländer sind bestenfalls ein Anfang. Eine sinnvolle Maßnahme sind Deutschkurse, jedoch kostet dieser Kurs natürlich Geld, was die Asylbewerber kaum haben. Zum Glück finden sich immer wieder Organisationen, die durch Spenden ausreichend Geld und Leute zusammen bekommen um einen Deutschkurs für ein halbes Jahr zu finanzieren, so zum Beispiel die Kirche oder das Mobile Beratungsteam (MBT). Ein weiteres Problem ist, dass an diesem Kurs viele verschiedene Nationalitäten mit unterschiedlichen Vorkenntnissen teilnehmen. Man muß sich das so vorstellen: In einem Raum sitzen 30 Leute, einige sprechen nur Spanisch andere nur Französisch, Persisch, Arabisch, Englisch oder irgendwelche Dialekte afrikanischer Stämme. Vorne steht ein Lehrer, der all diesen Leuten gleichzeitig Deutsch beibringen soll. Dabei kommt es natürlich zu Verständigungsproblemen, und auf individuelle Probleme kann kaum eingegangen werden, der Kurs ist also wenig effektiv. Außerdem kann das Gelernte wenig angewendet werden, weil die Kontakte zur deutschen Bevölkerung eher gering sind.

Ähnliche Erfahrungen machte auch Frau Muriithi, aus Kenia. Im ersten Deutschkurs hatte sie gerade mal die wichtigsten Wörter gelernt, die sie brauchte. Erst durch mehr Kontakt mit Deutschen erlernte sie nach und nach die Sprache richtig und gewann ihr Selbstbewußtsein zurück. So ist es unter anderem der Arbeit von Pfeffer und SalZ e.V. zu verdanken, dass sie jetzt aktiv in der Flüchtlingsinitiative mitarbeitet und sich somit auch wieder für ihre Rechte einsetzt. Denn spricht man als Flüchtling kein Deutsch, kann man seine politischen Forderungen der deutschen Gesellschaft nur schwer vermitteln. Ein anderer Weg ist der Versuch, durch verschiedene Veranstaltungen, der Heimleiter selbst, die Flüchtlinge zu integrieren. Im Prenzlauer Übergangswohnheim (ÜWH) finden zum Beispiel alle paar Wochen Feste statt, zu denen alle Prenzlauer eingeladen sind. Leider kommen zu solchen Veranstaltungen immer nur sehr wenige Deutsche und eigentlich auch meistens die Gleichen. So auch beim Internationalen Sportfest, das dieses Jahr in Crussow stattfand. Im Crussower ÜWH ist es ähnlich. Der einzige Unterschied dabei ist, dass hier mehr Sport getrieben wird. Aber was will man mitten im Wald schon den ganzen Tag machen?

Solche Sportfeste verlaufen im großen und ganzen friedlich. Schlechte Erfahrungen machten die Prenzlauer Flüchtlinge bei einem Fußballturnier in Blankenburg, als sie von Nazis angegriffen und verjagt wurden. Schulkinder der Flüchtlinge werden häufig im Schulbus angepöbelt und angespuckt (Uckermark Kurier, Oktober 2001). Eine Zeit lang war es so

schlimm, dass engagierte Deutsche mitfahren mußten um die Situation unter Kontrolle zu bekommen. Dass sie im Bus so große Probleme haben, wurde nie öffentlich thematisiert. So war in der Märkischen Oderzeitung (MOZ) nichts von diesen Vorfällen zu lesen.

Einige wenige Projekte von Wohlfahrtsverbänden erreichen kaum Deutsche. Asylbewerber wiederum fühlen sich in ihren Interessen und Problemen nur selten ernst genommen. Oft kommen sie sich bei den einmaligen interkulturellen Begegnungen wie Exoten und Statisten vor. Wenn man dazu noch weiß, dass nur wenige Asylbewerber eine eigene Wohnung bekommen, ist klar, dass es eine Integration in der Uckermark eigentlich nicht gibt.

Durch die Unterbringung in Übergangswohnheimen ist die persönliche Situation der Flüchtlinge über Jahre sehr problematisch. Ein kleines Zimmer (laut Gesetz 6 qm) steht jedem Asylbewerber zu, Küche, Dusche und Toilette müssen gemeinsam genutzt werden. Auch sind die Wände sehr hellhörig, wodurch man keinen richtigen Ort des Rückzugs hat. Manchmal müssen Asylbewerber bis zu 9 Jahren mit Menschen anderer Kultur, Religion und Lebenseinstellung ohne Privatsphäre auf engstem Raum und wie im Fall Crussow, mitten im Wald leben. Konflikte, die es dabei zwangsläufig gibt, werden dann wieder von den Medien als typische Probleme von Ausländern dargestellt und somit die Situation stark verzerrt.

In der öffentlichen Diskussion scheint man zwischen „nützlichen“ und „überflüssigen“ Ausländern zu unterscheiden. Denn den „Dönerverkäufer“ und den vietnamesischen Geschäftsbetreibern, sowie die chinesischen Restaurantbetreiber läßt man in Ruhe. Alle Ausländer die nicht arbeiten und keine hoch qualifizierten Fachkräfte sind, gehören demnach nicht hier her. Diese politische Vorgabe, wie sie ja auch im Entwurf des neuen Zuwanderungsgesetzes enthalten ist, findet natürlich einen Widerhall in der Bevölkerung.

Nach den Attentaten am 11.09.01 hat sich die Lage der Flüchtlinge auch in der Uckermark noch einmal verschärft. Momentan äußert sich dies dadurch, dass kaum noch Urlaubsscheine an AsylbewerberInnen ausgestellt werden, egal welcher Herkunft sie sind. Ebenfalls ist zu bemerken, dass es verschärfte Kontrollen gibt. Ein arabisch aussehender Flüchtling wurde von BGS-Beamten zum Teil bis auf die Unterwäsche nach verdächtigen Gegenständen durchsucht. Besonders in öffentlichen Verkehrsmitteln, wie der Bahn, finden verstärkt Kontrollen statt, die sich ausschließlich auf fremd aussehende Menschen konzentrieren. Diese Durchsuchungen sind ein beträchtlicher Eingriff in die Privatsphäre eines Menschen.

Nur eine grundlegende Änderung der deutschen Asylgesetze würde die Einstellung der Bevölkerung gegenüber Asylbewerbern positiv beeinflussen.

So wie es jetzt ist, so wie Flüchtlinge und Asylbewerber per Gesetz und staatlichen Handeln ausgegrenzt und diskriminiert werden, diese Signale kommen auch bei der Bevölkerung an. Der Baseballschläger schwingende Jugendliche und der rassistische Hetzer am Stammtisch fühlen sich quasi als Vollstrecker staatlicher Politik und der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung. Das Klima, das Flüchtlinge auch in der Uckermark immer wieder beschreiben, zeigt, dass dies auch hier so ist.

**RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS**

URSACHENANALYSE. SEITE 17

MONIKA KOCH **WER ÜBER RECHTS- EXTREMISMUS REDEN WILL, DARF ZUM KAPITALISMUS NICHT SCHWEIGEN** DIE BEGRENZTHEIT VON ANTIRASSISTISCHEN STRATEGIEN IM KAPITALISMUS

Im Sommer 2000 wurde das Thema Rechtsextremismus von einer breiten Öffentlichkeit in Deutschland als beliebtes Diskussionsthema entdeckt. Die Intensität, mit der medial und politisch dieses Thema bearbeitet wurde, variierte in der Folgezeit ebenso, wie auch die Gründe sich hier zu engagieren, eine enorme Spannweite aufwiesen. Sorgen sich die einen um das psychische und physische Überleben bedrohter Mitmenschen, fürchteten andere ausschließlich um das Image des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Gemeinsam ist jedoch den meisten Argumentationslinien, dass angebotene Gegenstrategien zum Rechtsextremismus von einer Lösbarkeit des Problems innerhalb der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung ausgehen.

Diese Meinung wird in diesem Beitrag ganz ausdrücklich nicht vertreten. Es soll im Gegenteil gezeigt werden, dass und warum Kapitalismus und Rechtsextremismus in einem direkten Zusammenhang stehen. Es soll dargestellt werden, dass

Eine Kapitalismuskritik hat mitnichten das Ziel, die Engagierten zu desillusionieren, wenn ihnen die Begrenztheit der eigenen Arbeit gezeigt wird. Vielmehr soll es eine Ermutigung sein, persönliches Scheitern im Kampf gegen Rechtsextremismus nicht unbedingt nur als persönliche Schuld, sondern auch als strukturell bedingtes Ergebnis im kapitalistischen Wirtschaftssystem anzuerkennen.

RECHTSEXTREMISMUS ALS ERGEBNIS DES KAPITALISTISCHEN KONKURRENZDRUCKES

Der Begriff des Kapitalismus wird im allgemeinen Sprachgebrauch nicht einheitlich verwendet. Einige Merkmale sind zwar in wissenschaftlichen Kreisen unbestritten, deren gesellschaftliche Auswirkungen werden von der breiten Öffentlichkeit meist jedoch ausgeblendet. Auch wenn die Wirtschaftsordnung „soziale Marktwirtschaft“ genannt wird, sind folgende Merkmale strukturprägend: Privateigentum an Produktionsmitteln, Gewinn- und Nutzenmaximierung als Handlungsmotiv, Marktkonkurrenz als zentrale Steuerinstanz der Produktion. Die Folgen dieser Organisation der Produktion lassen sich in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens finden. Die abhängig Beschäftigten, also die Arbeiter und Angestellten, sind Zeit ihres Arbeitslebens dazu gezwungen, ihre Ware Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen. Wenn es auch Einzelnen Vergnügen bereitet, des öfteren den Arbeitsplatz zu wechseln und eigene Fähigkeiten in verschiedenen Bereichen auszuprobieren, so ist es doch für alle ein Muss, für den Erhalt eines Arbeitsplatzes in Konkurrenz miteinander zu treten. Permanente Konkurrenz erzeugt permanenten Druck, den Marktwert der eigenen Arbeitskraft so zu gestalten, dass eine Nachfrage entsteht oder erhalten bleibt. Zum permanenten Druck gehört aber auch die Möglichkeit des Versagens und die Angst vor dem Scheitern. Der Zwang, zu den Lei-

KONSUM!

eine Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus notwendigerweise auch eine Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus zur Folge haben muss.

Dass Kapitalismuskritik für gewöhnlich sofort dem Vorwurf ausgesetzt ist, keine konkreten Beweise für das dauerhafte optimale Funktionieren einer post-kapitalistischen Gesellschaft vorlegen zu können, bestärkt den vorliegenden Ansatz aber nur. Erst wer zur Erkenntnis gelangt ist, dass es im Kapitalismus für verschiedene existentielle Menschheitsfragen keine Lösungen gibt, hat die Bereitschaft, sich intensiv über alternative Gesellschaftsformen Gedanken zu machen. Auch der Vorwurf, dass Kapitalismuskritiker nur Bestehendes grundsätzlich bemängeln ohne sich für Verbesserungen in der Gegenwart einzusetzen, verwechselt die Argumentationsebenen. Natürlich ist es wichtig und nötig, konkrete Personen bei konkreten Problemen zu unterstützen. Doch individueller Hilfeleistung haftet auch immer eine Zufälligkeit an, ob diejenigen mit Problemen auf diejenigen mit der Problemlösungskompetenz treffen. Die Gefahr ist zudem gegeben, dass im permanenten Prozess der konkreten Problembewältigung die strukturellen Ursachen der Probleme übersehen oder aber auch verdrängt werden.

stungsfähigen, zu den Stärkeren zu gehören, treibt in den Überlebenskampf. Konkurrenz macht aggressiv. Der Erfolg beim Kampf um den Zugang zu einem Arbeitsplatz und damit zu ökonomischen Kapital entscheidet direkt auch über die Möglichkeiten, das eigene Leben entsprechend der eigenen Wünsche auszugestalten. Ein Scheitern auf dem Arbeitsmarkt senkt zugleich auch die Chancen, die angestrebte Lebensqualität zu erreichen. Konkurrenz manifestiert sich daher nicht nur im Arbeitsbereich, sondern auch in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Dass sich die Spannungen entladen, kann niemanden ernsthaft verwundern. Doch wer sind die Opfer?

Es sind zum einen die, die auf dem Arbeitsmarkt direkte Konkurrenten sind. Als besondere Bedrohung wird eine Gruppe empfunden, die strukturell bedingt auf dem Arbeitsmarkt erscheint, deren Anwesenheit aber als unehrenhaft, als parasitär empfunden wird: die Gruppe der ausländischen Arbeitskräfte. Auch sie müssen für ihren Lebensunterhalt arbeiten. Ihr entscheidender Vorteil sind ihre geringeren Ansprüche und ihre Bereitschaft, die Arbeitskraft zu Niedriglöhnen anzubieten. Dass sie nicht aus Böswilligkeit, sondern aus Gründen der Selbsterhaltung niedrige Löhne akzeptieren, scheint aber weiten Teilen der Bevölkerung und auch einigen Gewerkschaftskreisen nicht bekannt zu sein. Da sich der Marktwert der deutschen Arbeitskräfte dadurch deutlich reduziert, werden die ausländischen Arbeitskräfte zu einem idealen Zielpunkt für jede Form der Verachtung und des Hasses. Wenn Volkes Stimme tönt „Die Ausländer nehmen uns die Arbeit

weg!“, dann ist die völkische Stimmung am Brodeln. Dass nicht die Arbeitskräfte sich selbst, sondern immer noch die Unternehmer die Arbeitskräfte einstellen, wird der Einfachheit wegen verdrängt. Die Wut braucht das schnelle Identifizieren eines Übeltäters. In der Natur der Sache liegt es, dass diese Feindbilder den Unternehmern sehr gelegen kommen. Es ist für sie zumindest kurzfristig von Nutzen, dass die Arbeitskräfte sich gegenseitig wegdrücken und im Lohn unterbieten, anstatt dass sie eine gemeinsame Basis finden, um ihre Interessen gemeinsam gegen die Unternehmer durchzusetzen.

Eine weitere potentielle Opfergruppe im gesamtgesellschaftlichen Konkurrenzkampf sind die Minderheiten. Diese Gruppe ist zwar äußerst heterogen, ihre Gemeinsamkeit aber ist, dass sie den Gegenpol zur Dominanzkultur darstellt. Da Menschen nicht nur Individuen sondern auch soziale Wesen sind, schließen sie sich zu Gruppen zusammen, aus bestimmten Gemeinsamkeiten ergeben sich kollektive Identitäten. Die Integration nach innen erfolgt dabei häufig über eine Abgrenzung nach außen. Dass der anderen Gruppe nicht nur andere Eigenschaften, sondern abwertende Eigenschaften zugeschrieben werden, ist keine ausschließlich kapitalistische Erscheinung, aber im Kapitalismus häufig zu finden. Die Feindbilder sind vielfältig ebenso wie die Formen der Abgrenzung, deren Mittel von verbaler Beleidigung bis Mord reichen. Wer in Deutschland der dominanten Norm entsprechen will, sollte die deutsche Staatsbürgerschaft und eine weiße Hautfarbe haben, berufstätig, konsumorientiert, heterosexuell und nicht behindert sein. Das Nichterfüllen einer der Normen reicht unter Umständen schon aus für die Diskriminierung durch die Gesellschaft. Wem es nicht gelingt, die Arbeitskraft in dem Maße wie gefordert in ökonomisches Kapital umzuwandeln, dem bleiben weniger Möglichkeiten am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

der eigenen Überlegenheit bieten die ideale Grundlage für rassistisches Handeln, auch bei Personen mit einem, ökonomisch bedingten, hohen sozialen Status. Das Ergebnis ist, dass Ausländer derzeit in Deutschland aufgrund von rassistischer Tradition und Gesetzgebung die soziale Gruppe mit dem niedrigsten sozialen Status und den wenigsten Rechten ist. Daher werden Ausländer und die, die für solche gehalten werden, am häufigsten Opfer von rechtsextremen Aktivitäten.

Die häufig aufgestellte These, daß rechtsextreme Täter überdurchschnittlich oft arbeitslos sind, lässt sich empirisch nicht belegen. Diese These trifft nicht den Kern des Problems, da die Ursachen für Rechtsextremismus, wie schon gezeigt, deutlich komplexer sind. Wer eine vorhandene Arbeitslosigkeit als zentrale Ursache darstellt, kommt daher zu unzureichenden Gegenstrategien. Die angestrebte Vermeidung der Arbeitslosigkeit mittels konjunkturbedingter Vollbeschäftigung oder aber auch durch Zwangsarbeit beschäftigt die Menschen zwar. Konjunktur ist aber nie von Dauer und Zwangsdiensten fehlt jedweder Ansatz von menschlicher Selbstbestimmung. Zudem findet bei diesen Maßnahmen eine wirkliche Auseinandersetzung über die Gründe und Auswirkungen eines der wesentlichen Merkmale des Kapitalismus, dem Konkurrenzprinzip zwischen Individuen und Nationen, nicht statt.

STAATLICHE AKTIVITÄTEN UND RECHTSEXTREMISMUS Eine Darstellung des Zusammenhangs von Kapitalismus und Rechtsextremismus wäre zu einseitig, wenn auf eine Analyse des Staates verzichtet werden würde. Denn der Staat hat u.a. die Funktion, die Rahmenbedingungen für das kapitalistische Wirtschaften zu gewährleisten. Gleichzeitig muss er aber auch sicherstellen, dass bei aller Konkurrenz in der Gesellschaft diese nicht aufgrund der Spannungen im

man die

men. Das ökonomische Kapital ist bei Inländern daher entscheidend für den sozialen Status. Ein niedriger sozialer Status oder die bloße Angst davor, erhöht die Wahrscheinlichkeit, durch deutliche Abgrenzung gegenüber einer anderen Minderheit zu versuchen, den eigenen Status zu erhöhen. Sei es, wie schon beschrieben, durch die Abwehr preiswerterer ausländischer Arbeitskräfte oder mittels des Versuchs, durch das übersteigerte Symbolisieren der Zugehörigkeit zu einer dominanten Norm, das Nichterfüllen einer anderen Norm zu kaschieren.

Aber nicht nur der ökonomisch bedingte soziale Status eines Individuums kann Ursache für diskriminierendes Verhalten sein. Auch die vom eigenen Handeln unabhängige Zugehörigkeit zu einer kulturellen Gruppe bietet dafür Grundlagen. Als wesentliche Eigenschaft eines Individuums wird auch im 21. Jahrhundert noch dessen Nationalität angesehen. Auf der Ebene der Nationen ist die gegenseitige Abgrenzung und Abwertung noch allgegenwärtig. Auch hier gibt es ein Konkurrenzverhalten, das nicht nur Produkt von Traditionen ist, sondern weiterhin auch ökonomische Ursachen hat. Nationen sehen sich, trotz Globalisierung, immer auch als Wirtschaftsstandort, den es gegenüber den anderen Nationen zu verteidigen gilt. Die schon am Beginn des Prozesses der Nationenbildung definierten nationale Werte werden, teilweise in leicht modifizierter Form, weiterhin vermittelt. Die Abgrenzung geht einher mit der Aufwertung der eigenen Nation und der Abwertung der anderen Nationen. Solche vermittelten Werte

Chaos versinkt.

Das staatliche Agieren nach außen ist äußerst vielfältig. „Dabei lässt sich die deutsche Politik von vitalen Sicherheitsinteressen leiten: ... [Ziel ist u.a. die] Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“. (Bundesministerium für Verteidigung 1992: Verteidigungspolitische Richtlinien) Die Sicherung von Absatzmärkten im Ausland ist daher nach wie vor Merkmal der Außenpolitik ebenso wie die Absicherung des Raubbaus an natürlichen Ressourcen und die aktive Einmischung in die Regierungspolitik anderer Staaten. Die unter dem Schlagwort des Nord-Süd-Konfliktes zusammengefassten Beziehungen des abhängigen Südens vom dominanten Norden sind in ihren Wirkungen äußerst komplex und global spürbar.

Dass der relative Wohlstand des Nordens auf der Armut des Südens aufbaut, mag für die Bevölkerung der Industriestaaten nicht störend sein. Dass deren Lebensweise in Zukunft den globalen ökologischen Kollaps unvermeidlich werden lässt, beunruhigt verschiedentlich aber doch. Die durch politische Verfolgung und soziales Elend, durch Ausplünderung, Kriege und Öko-Katastrophen verursachten Flüchtlingsströme sind für die Bevölkerung der Industriestaaten bestenfalls als mediales Ereignis von Interesse. Sobald aber ein Bruchteil der Flüchtlingsbewegung bis zu den Grenzen des Industrienationen vordringt, bricht hinter diesen Grenzen die Panik aus.

Eine immer repressivere Asylgesetzgebung hält ein reiches Repertoire an Abschreckungs- und Abwehrmöglichkeiten bereit. Es mag sein, dass die Abschottung vor Flüchtlingen auch deswegen geschieht, um die Symbole der eigenen Schuld fernzuhalten. Jenseits dieser symbolischen Ebene ist ein wesentlicher Grund in der Ökonomie zu finden. Die Abwehr von Flüchtlingen hängt immer auch damit zusammen, die Kosten der eigenen Wirtschaftsweise zu externalisieren. Gleichzeitig mit den abgelehnten Asylbewerbern werden auch immer die Kosten des westlichen Reichtums abgeschoben. Staat und Gesellschaft greifen dabei optimal ineinander. Die staatliche Abschiebemaschinerie handelt nicht nur aufgrund ökonomischer Überlegungen, sondern bedient dabei auch die Forderungen einer rassistischen Bevölkerung. Flüchtlinge, die sich der Abschiebung entziehen konnten, sind zwangsläufig in die Illegalität abgedrängt und werden für die Unternehmer zum idealen Lohndrucker und Schwarzarbeiter, da sie keinerlei durchsetzbare Rechte besitzen. Gleichzeitig reproduzieren Staat und Gesellschaft ihr rassistisches Feindbild vom kriminellen und schmarotzenden Ausländer aufs Neue, auch weil preiswerte Ausländer den Hass der deutschen Beschäftigten auf sich ziehen. Ein permanenter Kreislauf, bei dem die rassistischen Täter nicht immer nur Skinheads sein müssen, sondern auch unter den Beamten, Politikern und Medienvertretern zu finden sind.

Die gleichzeitig stattfindende staatlich betriebene Anwerbung von hochqualifizierten ausländischen Arbeitskräften für bestimmte Wirtschaftsbereiche wie die IT-Branche ist kein Akt der Mitmenschlichkeit oder der Völkerverständigung, sondern eine Form von postmoderner Sklavenhaltermentalität. Nur wer von der deutschen Wirtschaft verwertet werden kann, darf das Land betreten. Nicht wer uns braucht dem helfen wir, sondern wer uns nützt den nehmen wir. Diese Botschaft des Staates ist verheerend. Wer nicht seine Nützlichkeit zum Wohle des Deutschen Volkes nachweisen kann, hat die Daseinsberechtigung verloren, zumindest auf dem Boden des deutschen Staates. Dass solcherlei Gedanken bei einem zunehmenden Teil der Bevölkerung zu finden sind, ist empirisch nachweisbar. Bis den Gedanken die Taten folgen, ist es nur ein kurzer Schritt. Die einen wählen rechtsextreme Politiker von Volks- und Splitterparteien, die anderen nehmen den direkten Weg und versuchen ihre personifizierten Feindbilder mit psychischer Gewalt zu vertreiben oder wenn das erfolglos bleibt auch mit physischer Gewalt zu vernichten. Zwar wird auch hier wieder eine wechselseitige Beeinflussung von Staat und Gesellschaft deutlich, doch nicht sämtliche Formen rassistischer Ausgrenzung werden vom Staat geduldet. Wenn durch rechtsextreme Aktivitäten das Image des Wirtschaftsstandortes in Gefahr zu geraten droht, können auch rechtsextreme Täter oder Organisationen Zielpunkt staatlicher Repression werden.

AUSWIRKUNGEN DER GLOBALISIERUNG AUF GEGENSTRATEGIEN ZUM RECHTSEXTREMISMUS

Die derzeitige Phase des kapitalistischen Entwicklungsprozesses, allgemein auch als Globalisierung bezeichnet, ist auf globaler, nationaler und lokaler Ebene mit ökonomischen und politischen Umstrukturierungen verbunden. Technische Innovationen v.a. im Bereich der Informationsverarbeitung eröffnen die Möglichkeit, die Produktionsstandorte in die Regionen der Welt zu verlegen, in denen günstigere Rahmenbedingungen, d.h. niedrigere Löhne sowie geringere Standards bezüglich Umwelt- und Arbeitsschutz, zu finden sind. Traditionelle Industriestandorte werden geschlossen. Dies führt zusammen mit einer gesteigerten Produktivität zu einer neuen strukturellen Arbeitslosigkeit.

**RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS**
URSACHENANALYSE, SEITE 20



Der Umbau in eine Dienstleistungsgesellschaft konnte diesen Trend nicht aufhalten. Im Gegenteil, die sozioökonomische Polarisierung wächst unvermindert, denn der Abbau von Vollzeit-Arbeitsplätzen sowie der Anstieg von Beschäftigungsverhältnissen mit einem hohen Risiko von Arbeitsplatzverlust und geringer Entlohnung sind wesentliche Merkmale für den Dienstleistungssektor. Arbeitslosigkeit und soziale Armut werden daher trotz anders lautender Wahlversprechungen nicht zurückgehen, sondern strukturell bedingt ansteigen. Welche Folgen ein tatsächlicher oder befürchteter sozialer Abstieg hat wurde schon beschrieben.

Zudem verläuft die weltgesellschaftliche Entwicklung in hohem Maße paradox. Einerseits gibt es eine Globalisierung der Ökonomie und eine Universalisierung von Kultur und Wertesystemen. Andererseits kommt es zu einer zunehmenden staatlichen Zersplitterung und einem Wiedererstarken von Nationalismus. Ein Ansteigen von rechtsextremen Tendenzen in der Gesellschaft wird daher mit hoher Wahrscheinlichkeit in Zukunft zu beobachten sein.

Nicht nur auf internationaler sondern auch auf nationaler Ebene ist eine zunehmende Differenzierung der Wirtschaftsentwicklung feststellbar. Eine erweiterte Möglichkeit der Standortwahl für die Unternehmer lässt Städte und Regionen in zunehmenden Maße in Konkurrenz zueinander treten. Hierarchien zwischen einzelnen Städten und Regionen werden verfestigt und ausgebaut, neben auch international bedeutsamen Großstädten, wie z.B. Berlin entstehen marginalisierte Regionen, wie z.B. die Uckermark. Da die Kommunen auf Steuerzahlungen von Unternehmen angewiesen sind, wird die Standortfrage zum Hauptschwerpunkt von Politik und Verwaltung. Neue Strategien der Lokalpolitik setzen sich zunehmend durch. Von der Politik wird immer stärker gefordert, Entscheidungen schneller und unbürokratischer zu fällen (Flexibilisierung). Die Verminderung von staatlichen Eingriffsmöglichkeiten (Deregulierung) wird als Standortvorteil definiert. Das bedeutet aber auch, dass zwangsläufig soziale und ökologische Standards abgesenkt werden.

Eine wesentliche Funktion des Staates ist es, Konflikte in der Gesellschaft so zu bearbeiten, dass die Spannungen innerhalb der Gesellschaft diese nicht auseinander sprengen. Während einer langen Zeitperiode wurde in der BRD versucht, die Folgen des ökonomischen Verwertungsdruckes nicht nur mittels Repression sondern auch durch sozialpolitische Maßnahmen abzuschwächen. Die Deregulierung greift diesen Grundsatz direkt an. Der Staat soll nicht mehr Sozialstaat sein, sondern er soll ausschließlich auf den klassischen ordnungspolitischen Aufgabenfelder tätig werden. Nicht mehr sozialer Ausgleich sondern Repression wird gewünscht. Auf nationaler und kommunaler Ebene sind einige Folgen dieser Entwicklung bereits jetzt zu besichtigen. Die Regionen, die beim Konkurrenzkampf nur wenige Chancen haben, stehen vor dem Problem



der „leeren Kassen“, eine angemessene Daseinsvorsorge wird für diese Kommunen immer weniger möglich. Zwar sind die Finanzen für kommunale Pflichtaufgaben noch vorhanden, jedoch können freiwillige Aufgaben kaum noch erfüllt werden. Die Infrastruktur im Bereich der Jugendarbeit stirbt seit Jahren den langsamen Tod, eine hochqualifizierte sozialpädagogische Arbeit mit Jugendlichen wird immer seltener möglich. Gleichzeitig mit dem Abbau der präventiven Maßnahmen verstärkt sich seit Jahren der staatliche Repressionsapparat auf Landes- und Bundesebene.

Was auf staatlicher Ebene vorgeführt wird, bleibt auf gesellschaftlicher Ebene nicht ohne Folgen. Wenn nicht sozialer Ausgleich sondern Repression als angemessenes Mittel etabliert wird, werden auch soziale Gruppen diese Strategie der Problembewältigung verstärkt aufgreifen.

Die häufig geäußerte Hoffnung, dass eine starke Zivilgesellschaft soziale Spannungen friedlich regulieren kann und damit auch ein optimales Instrument gegen Rechtsextremismus darstellt, wird vergebens sein. Die Zivilgesellschaft als der Bereich jenseits der staatlichen und wirtschaftlichen Sphäre ist zunächst nur eine Gemeinschaft aus Individuen. Die Individuen einer Gesellschaft sind immer auch den Normen dieser Gesellschaft unterworfen, ihr Engagement für die Gemeinschaft kann nur unter den Bedingungen erfolgen, die sie vorfinden. In der kapitalistischen Gesellschaft sind es u.a. die Bedingungen des Konkurrenzdruckes sowie der sozialen und räumlichen Polarisierung. Dass einige daraus resultierende konkrete Probleme, die sozialräumlich abgrenzbar sind und eine überschaubare Personengruppe betreffen, durch einen demokratischen Diskurs gelöst werden können, ist unbestritten. Aber Rechtsextremismus ist ein strukturelles Problem. Er kann durch viele kleine konkrete Problemlösungsversuche in seiner Brutalität sicherlich temporär und räumlich eingedämmt werden, aber er kann nicht dauerhaft gelöst werden. Eine Gesellschaft, die darauf beruht, dass sich die Stärkeren gegen die Schwächeren durchsetzen, wird niemals verhindern können, dass einige soziale Gruppen zum Feindbild erhoben und bekämpft werden. Trotz Engagement und zeitweisen Erfolgen bei der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Erscheinungen wird dies eine nicht gewinnbare Auseinandersetzung bleiben, solange die gesellschaftlichen Strukturen so sind wie sie sind, nämlich kapitalistisch geprägt. Eine Gesellschaft, die permanent die Ursachen von Ausgrenzung selbst produziert, wird die Ausgrenzungen zwangsläufig nicht beseitigen können.

CHRISTIAN THEUERL IM OSTEN NICHTS NEUES ZUM ZUSAMMENHANG ZWISCHEN DER DDR-SOZIALISATION UND RECHTSEXTREMISMUS HEUTE

RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS
URSACHENANALYSE. SEITE 22

FUSSNOTEN

01. Tendenz, nach Menschen Ausschau zu halten, die konventionelle Normen verletzen, um sie zu verurteilen, zu verwerfen und zu bestrafen.
02. Tendenz zur generalisierenden Feindseligkeit
03. Tendenz, an unsinnige und gefährliche Vorgänge in der Welt zu glauben

Der folgende Artikel will einen Beitrag zur Analyse von Ursachen des deutschen Rechtsextremismus leisten, und so einem Hauptanliegen der Recherchebroschüre 2001, als Grundlage der Entwicklung von Gegenstrategien gerecht werden. Dabei sollen folgende Thesen als Leitfaden dienen:

Rechtsextremismus (infolge mit RE abgekürzt) unterscheidet sich in Form- und Westdeutschland nicht nur in seinen konkreten Formen und seiner Quantität, sondern ist auch auf verschiedenartige Konstitutionsbedingungen zurückzuführen und wird daher von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst. Bei Erklärungsansätzen geht es uns vor allem darum, auf Besonderheiten des RE in den neuen Bundesländern einzugehen. Wie auch bei anderen komplexen gesellschaftlichen Problemen sind die Erklärungen für RE multikausal. Deshalb bedarf es bei einer Ursachenanalyse auch und vor allem in Ostdeutschland nicht nur des Bezuges zur Gegenwartssituation, sondern auch der Analyse der gesellschaftlichen Umbruchsituation im Beitrittsgebiet nach der Wende sowie eines kritisch historischen Rückblicks auf die DDR-Geschichte, der, wie unsere Analyse zeigt, bisher in der gesellschaftlichen Diskussion kaum eine Rolle spielt.

Letzteres soll dieser Beitrag leisten, indem er vor allem der Frage nachgeht, ob es einen Zusammenhang zwischen rechtsextremistischen Denk- und Handlungsmustern heute und der spezifischen DDR-Geschichte, d.h. der damit verbundenen Sozialisation in der DDR gibt. Es soll also hinterfragt werden, ob die gesellschaftliche Struktur, der Charakter staatlicher Institutionen, Methoden der Machthandhabung, Staatsideologien u.a. rassistisches Denken, Ausländerfeindlichkeit, Hass und Gewalt hervorbrachten bzw. einen fördernden Nährboden dafür boten und bieten.

VORBEMERKUNGEN: Wichtig ist es, an dieser Stelle zu betonen, dass dieser Beitrag keine fertigen absoluten Antworten oder Lösungen vorgibt, sondern eine Zusammenfassung von Forschungsmaterial und Untersuchungsansätzen verschiedener Autoren ist und somit Theorien, Thesen, Deutungsansätze und Erklärungsversuche dargestellt und erläutert werden, mit deren Hilfe der Leser zur Auseinandersetzung mit diesem Thema angeregt werden soll.

In der Literatur, wie auch in diesem Beitrag, wird die Geschichte der ostdeutschen Bundesländer in verschiedene Phasen, in denen politische und gesellschaftliche Bedingungen unterschiedliche Einflüsse auf die Sozialisation der DDR-Bürger hatten, eingeteilt: der Nationalsozialismus und dessen Nachklänge (bis zur Gründung der DDR (und der BRD) 1949), die 50er Jahre bis zum Mauerbau 1961, die Zeit bis zum Mauerfall und Wiedervereinigung 1989/90, die Wendezeit der neuen Bundesländer und die aktuelle Situation Ostdeutschlands heute. In diesem Artikel wird nur auf die Zeit bis zur Wiedervereinigung eingegangen, da die Wende-problematik so komplex ist, dass sie an dieser Stelle den Rahmen sprengen würde.

Aufgrund dessen, dass der Begriff der Sozialisation in diesem Beitrag zentral ist, auf verschiedenen Wissenschaftsgebieten jedoch sehr unterschiedlich gebraucht wird, soll hier eine kurze Bestimmung erfolgen, wie der Terminus in diesem Beitrag verstanden und verwendet wird.

Der Begriff Sozialisation wird hier im weitesten Sinne gefasst und bezeichnet die Übernahme wie auch die Vermittlung von Wissen, Normen und Werten, Einstellungen, Denkmustern und Verhaltensweisen. Diese Aneignung und Weitergabe erfolgt in allen Lebensphasen durch verschiedene Institutionen wie Familie, Schule, Politik, Medien usw. und kann

bewusst oder unbewusst, gezielt oder ungeplant vonstatten gehen. Sie umfasst Formen des manifesten (Verhaltensweisen) und latenten (Einstellungs- und Denkmuster) politischen und sozialen Lernens, sowie nicht-politisches/soziales Lernen, welches das politische/soziale Verhalten beeinflusst.

Die Kernfrage ist also, ob in der DDR in unterschiedlichen Lebensbereichen Normen und Werte, Einstellungen, Denkweisen, Ideen und Ideologien und/oder Methoden vorherrschten bzw. vermittelt wurden, die Parallelen zu rechten und rechtsextremen Einstellungen, Denkmustern und Verhaltensweisen heute aufweisen, diese bedingen oder beeinflussend gewesen sein könnten. Hat also die DDR-Sozialisation einen Persönlichkeitstyp hervorgebracht bzw. gefördert, der die Tendenz zu rechtem und rechtsextremistischem Denken und Verhalten aufweist bzw. anfällig für derartige Denk- und Verhaltensmuster ist?

Folgende Parallelen werden heute in der Forschung diskutiert.

DER AUTORITARISMUS-ANSATZ: Hierarchismus, Autoritarismus, Obrigkeitsstaatlichkeit, Diktatur

Viele wissenschaftliche Ansätze, wie die von Hans Joachim Maaz, analysieren das DDR-Staats- und Gesellschaftssystem, als ein System, das auf feste, hierarchische und autoritäre (teils diktatorische) Strukturen, Organisationsformen und Machtmechanismen aufbaute. Diese Organisations- und Beziehungsprinzipien waren Grundlage nahezu aller Institutionen, wie familiärer Erziehung, des Bildungssystems (z.B. Frontalunterricht, Kopfnoten), politischer Organisationen (Pioniere, FDJ; Blockparteien) oder der Machtorgane (MfS, Justiz, Armee). Hieraus formulieren Maaz u.a. die These, dass Hierarchismus und Autoritarismus in allen Lebensbereichen einen Persönlichkeitstyp (nach Adorno: „autoritären Charakter“) sozialisieren, der gekennzeichnet ist durch: autoritäres Dominanzstreben bzw. Unterwürfigkeit, Konventionalismus, autoritärer Aggression⁰¹, Denken in Konkurrenz- und Machtdimensionen, Stereotypie, Egozentrismus, Destruktivität⁰², Projektivität⁰³ und Antidemokratie. Auf einige dieser Teilaspekte des „autoritären Charakters“ soll in den nächsten Abschnitten genauer eingegangen werden.

KONFORMITÄT, KONFORMISMUS: Ein wesentlicher Teilaspekt autoritärer Systeme sind Mechanismen zur Aufrechterhaltung hierarchischer Strukturen von Über- und Unterordnung, die es so auch in der DDR verschiedenartig gab. Dem diene vor allem ein Kanon an Werten (siehe unten) wie Disziplin und Anpassungsfähigkeit. Konformität, Gefügigkeit und Unterwerfung wurde aber auch durch andere Prinzipien wie enormen Gruppendruck (Gruppe als Hauptorganisationsprinzip der Gesellschaft), soziale Kontrolle und Bestrafung (Abmahnungen und Aussprachen), Zwänge (Pflichtveranstaltungen), ein ziviles Befehl- und Gehorsamprinzip oder die Belohnung von Konformität (Auszeichnungen) forciert.

Auf der anderen Seite gab es ausgeprägte Formen von staatlichem Antiindividualismus, indem kaum Raum für persönliche Bedürfnisse, Meinungen, den eigenen Willen eingeräumt wurden, die Entscheidungsfreiheit und demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten eingeschränkt waren und von einer DDR-Leitkultur abschwenkende Eigeninitiative und Selbständigkeit sanktioniert wurden.

ANTIDEMOKRATIE: Das Vorherrschen eines autoritären Staats- und Gesellschaftssystems bedeutet im Umkehrschluss immer auch die Existenz zweier Formen von Antidemokratie: zum einen das bloße Nichtvorhandensein, zum anderen die bewusste Unterdrückung von Demokratie. So wurden in der DDR einige grundlegende Menschenrechte (z.B. Meinungsfreiheit, Individualität) und somit der Raum für Selbstbestimmung und Handlungsautonomie verwahrt, Möglichkeiten der Mitbestimmung und Partizipation waren begrenzt, die geistige Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Denkrichtungen und Strömungen eingeschränkt. Einerseits wurde dadurch die persönliche Erfahrung, was Demokratie ist, vorenthalten, demokratisches Verhalten einfach nicht erlernt und ist vielen Ostdeutschen dadurch immer noch fremd. Andererseits wurde hierdurch die Tendenz zu autoritären und fremdgeleiteten Handlungsstrategien verstärkt und damit der Kreislauf der Unmündigkeit geschlossen.

STAATLICHE GEWALT: Neben der Vermittlung Konformität fördernder Werte und Prinzipien der Hierarchiebildung und -festigung gab es in der DDR auch extreme offene Formen der direkten Gewalt als Machtinstrument einer autoritären Gesellschaft, wie den Inhaftierungen von Dissidenten, harte Strafen, Ausbürgerungen bis hin zum Schießbefehl an der Grenze.

Nicht minder allgegenwärtig und effektiv in ihrer Sozialisationskraft und somit sehr problematisch in ihren Auswirkungen werden heute die vielen Formen indirekter staatlicher Gewalt gesehen wie Freiheitseinschränkungen, Rechtsunsicherheit, Überwachung, regide Verbote, Indoktrination, Drohungen, Nötigung, Einschüchterung und Repressionen. Aus dem inneren Protest gegen solche Gewaltformen heraus, führten diese zum einen zum Anstau und der gleichzeitigen Unterdrückung von Frust und Wut und somit einem nicht zu unterschätzenden Aggressionspotential. Zum anderen werden allgegenwärtige Gewaltformen als hierarchiebildendes Mittel und Konfliktlösungsstrategie durch Lernen übernommen und selbst als legitimes oder nichtlegitimes Mittel angewandt (siehe Ausländerfeindlichkeit).

MILITARISMUS: Eine besondere Form staatlich legitimer Gewalt war der ausgeprägte Militarismus, der in der DDR nahezu alle Lebensbereiche durchdrang und mannigfaltige Formen von der glorifizierten Nationalen Volksarmee (NVA), über Betriebskampfgruppen und Zivilverteidigung im Bereich der Arbeit, bis hin zu Wehrkundeunterricht und paramilitärischen „Pionier-Manövern“ in der Schule annahm. Generell waren in der Gesellschaft diese allgegenwärtigen Formen der gewaltsamen bewaffneten Konfliktlösung positiv besetzt und bilden, verbunden mit einem Kanon an konformistischen Normen und Werten (Über- und Unterordnung in militärischen Strukturen) und nationalen Motiven (Heimatverteidigung), eben jene Mischung, die heute so populär bei Neonazigruppen ist.

WERTEVERMITTLUNG: Wie bereits angedeutet, spielte in der DDR bei der Etablierung und Sicherung der hierarchisch-autoritären Gesellschafts- und Machtstruktur ein bestimmter Wertekanon (Anpassung, Konformität, Unterwerfung, Disziplin, Gefügigkeit) eine wichtige Rolle. Einige Geschichtswissenschaftler sehen in der expliziten Propagierung und Forcierung von (auch ökonomisch nützlichen) „deutschen Sekundärtugenden“ wie Pünktlichkeit, Leistung, Höflichkeit, Sauberkeit, Fleiß, Ordnung, Gründlichkeit und Pflichtbewusst-

sein, sowie in der Art der Wertevermittlung (nicht selten durch Drill, Bestrafung und Belohnung), eine bewusste Rückbesinnung auf und Übernahme von monarchistischen und preußischen Tugenden und Traditionen, sowie eine Fortsetzung der Tugendlehre der NS-Ideologie. Man kann hier von einer Funktionalisierung traditioneller deutscher Werthaltungen und Einstellungen für die Stabilisierung des SED-Regimes sprechen.

Gestützt durch einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung, sind eben diese Werte auch heute noch eine Säule der Identität und Handlungsgrundlage der „neuen“ Rechten. Die Erhebung eines Alleinanspruches auf o.g. Werte und Normen als „Werte deutscher Nation“ war und ist verbunden mit dem Abspruch jener in bezug auf andere Ethnien und Nationen, sowie mit der Ausgrenzung, agitativen Denunziation und offenen Aggression gegenüber vermeintlich diesem Wertemuster nicht entsprechenden Gruppen (z.B. Zigeuner, Linke, Punks, Obdachlose).

AUSGRENZUNGSMECHANISMEN, FEINBILD- UND HASSPROJEKTIONEN: Basierend auf der Vermittlung einer spezifischen „DDR-deutschen“ Leitkultur und einem starken Nationalismus waren in der DDR eine Reihe von daraus automatisch resultierenden Ausgrenzungsmechanismen zu beobachten, aber auch bewusst wurden durch staatliche Politik Feind- und Hassbilder entwickelt und gepflegt. So wurden z.B. abweichende Erscheinungsbilder und westliche Musikrichtungen als fremde Kulturelemente abgelehnt oder [auch] verboten (z.B. das zeitweise Jeans-Verbot). Alltäglich waren [auch] Formen der Stigmatisierung und Kriminalisierung von sogenannten „Randgruppen“ und Subkulturen, die vermeintlich einer entworfenen Leitkultur oder Staatsideologie nicht entsprachen, wie Homosexuelle, bestimmte Ausländergruppen, Punks, die sogenannten „Assis“, Kirchenmitglieder und Alternative (Ökologie- und Friedensbewegung). Die Ausgrenzung von Andersdenkenden und die Gewalt gegen „Andere“ war nicht nur latent präsent und geduldet, sondern auch legitimiert als Form der Konfliktaustragung, solange sie sich gegen potentielle Regimegegner richteten. Über die Ausgrenzung von Randgruppen hinaus gingen die bewussten Feindbildprojektionen der Staatspropaganda, die Andersdenkende im In- und Ausland z.B. als sogenannte „Klassenfeinde“ denunzierte, beobachtete und bis hin zur Ausweisung oder Inhaftierung verfolgte. Solche Feindprojektionen wurden besonders intensiviert auf internationaler Ebene im Kalten Krieg zwischen den sogenannten „Blockfeinden“.



**RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS
URSACHENANALYSE. SEITE 23
FOTO: HENRIK POHL**

LITERATUR:

ADORNO, THEODOR W.:
Studien zum autoritären
Charakter.
Suhrkamp. Ff/M 1993

PETER FÖRSTER, WALTER
FRIEDRICH, HARRY MÜLLER,
WILFRIED SCHUBARTH:
Studie „Jugend Ost. Zwischen
Hoffnung und Gewalt“

BREUER, DR. WILHELM:
Ausländerfeindlichkeit in der
ehemaligen DDR.
ISG – Sozialforschung und
Gesellschaftspolitik GmbH.
Köln 1990

BUTTERWEGGE, CH.:
Rechtsextremismus, Rassismus
und Gewalt. Erklärungsmodelle
in der Diskussion. Primus
Verlag. Darmstadt 1996

LEHMKE, MICHAEL:
Nationalismus und Patriotismus
in den frühen Jahren der DDR.
In: Das Parlament.
Aus Politik und Zeitgeschichte.
B 50/2000. Bonn 2000

NATIONALISMUS: Unter Nationalismus versteht man die Hervorhebung der eigenen nationalen Identität. Ein Problemfaktor entsteht, wenn diese überbetont wird und mit einer Abwertung anderer Nationalitäten verbunden ist. Auch wenn Nationalismus nicht in radikalen Formen auftritt, beinhaltet er immer eine bewusste Ab- und Ausgrenzung von anderen Volksgruppen oder Nationalitäten.

In Bezug auf die DDR kann man generell feststellen, dass im Wandel der Zeit sehr vielschichtige Formen von Nationalismus entstanden, die verschieden motiviert waren, unterschiedliche Ziele verfolgten und verschiedenartige Wirkungen in der Bevölkerung hervorriefen. Die hier aufgeführten Formen des DDR-Nationalismus' sind zum einen als staatliche Ideologie und Politik instrumentalisiert worden, zum anderen als Wirkung und (Gegen)Reaktion auf diese Politik in der Bevölkerung zu sehen.

Eine der ersten Formen bis in die 50er Jahre war der gesamtdeutsche oder **Einheits-Nationalismus**, der sich nach der Teilung Deutschlands in Sektoren durch die Betonung gemeinsamer deutscher Werte, Tugenden und Traditionen und ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl als Schicksalsgemeinschaft gegen die „alliierte Fremdbeherrschung“ und Kontrolle, die Einschränkung von Rechten, sowie Reparationen und Demontage als „antideutsche Akte“ wehrte. Eine besondere Form nahm der Einheits-Nationalismus nach der (aus DDR-Sicht) Abspaltung Westdeutschlands mit der Währungsunion 1948/49 an, indem er die Einheit von Volk und Nation, die traditionelle gesamtdeutsche Identität mit dem Ziel der Wiederherstellung des deutschen Einheitsstaates unter sozialistischem Vorzeichen als historische Mission betonte. Ab Anfang/Mitte der 50er Jahre entwickelte sich als Reaktion auf die Zweiteilung Deutschlands der sogenannte **Separations-Nationalismus**, dessen Wesen die Betonung eines eigenstaatlichen ostdeutschen Weges und die Entwicklung eines eigenen nationalen DDR-Staatsbewusstseins, als Mittel zum Aufbau, der Stabilisierung und Stärkung der DDR war. Verbunden war diese eigenstaatliche Aufgabe mit der praktischen Politik der Abgrenzung gegen die Bundesrepublik

und der Wertung der DDR als „neues Deutschland“ im Sinne eines „besseren deutschen Staates“.

Mit zunehmender Separation entwickelten sich in der DDR neue Formen des Nationalismus, z.B. als Mittel des Kampfes gegen innere und äußere Feinde. Allgemeine Tendenz war eine starke Zunahme der Suggestierung einer vermeintlichen Gefahr von außen und innen durch Feindbildprojektionen und der Entwicklung von Verschwörungstheorien. Dieser „Gefahr“ sollte mit Appellen an nationale und patriotische Gefühle, Vorurteile und Werte und der damit verbundenen Aktivierung „nationaler/patriotischer Widerstandsbewegungen“ begegnet werden.

Der auf die Abwehr äußerer Feinde intendierte Nationalismus versuchte vor allem den Einfluss der BRD auf die DDR abzuschwächen und sich gegen die westdeutsche Konkurrenz zu behaupten. Über den Konflikt der beiden deutschen Teilstaaten hinaus richteten sich der „neue Patriotismus“ und neue nationale Ideen und Konzeptionen, wie der „Nationalen Front“ als Vereinigung aller „antiimperialistischen Kräfte“ gegen jegliche „Blockfeinde“. Mindestens ebenso intensiv wurde der nach innen gerichtete Nationalismus zur Abwehr „innerer Feinde“ betrieben, der sich vor allem gegen die „antinationale innere Reaktion“, d.h. Gegner der Ordnung, Ideologie und Ziele der DDR richtete.

Im Dienste der Erstarkung eines eigenständigen nationalen DDR-Bewusstseins stand auch der aus der deutschen Geschichte **entlehnte Nationalismus**, der mit einer Neubewertung des Nationalen einherging. Im Sommer 1952 forderte z.B. Walter Ulbricht die Abkehr von der Negativbewertung der deutschen Geschichte und versuchte, eine direkte Traditionslinie zu großen Leistungen deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler in der Geschichte zu knüpfen, um so konkrete Kulturleistungen der Vergangenheit für die aktuelle nationale Identität der DDR zu reklamieren und zu instrumentalisieren. Zudem fühlte sich die SED ihrer Programmatik nach von jeher den nationalen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung verbunden. Außerdem wurden, wie bereits ausführlich beschrieben, in der DDR deutsche Werte, Traditionen, Tugenden stark betont.

Vom **integrativen oder strategischen Nationalismus** spricht man, wo nationale Ideen, Normen und Werte in Losungen, Parolen, Titeln und Mottos (Neues Deutschland, Nationale Front, FDJ, NVA) mit dem Ziel der Loyalitäts- und Konformitätsbildung eingesetzt werden.

Weitere Formen fand die Überbetonung der eigenen und die Abwertung anderer Nationszugehörigkeiten im **antiosteuropäischen Nationalismus**, der durch die Abgrenzung und Abwertung von „weniger leistungsfähigen“ osteuropäischen Staaten des eigenen Blocks gekennzeichnet war und dem **antirussischen Nationalismus**, der in der Bevölkerung als Reaktion auf die zunehmende „Zwangsrussifizierung“ der DDR und aufgezwungener Ideologien entstand. Generell war zu beobachten, dass nationalistische Tendenzen nicht bekämpft, sondern benutzt wurden um wachsende Legitimationsdefizite der SED-Systems zu komprimieren. D.h. je intensiver sich z.B. die Blockkonfrontation entwickelte und je weniger Rückhalt die SED in der Bevölkerung fand, desto größer wurden die Bestrebungen, den Nationalstolz als Integrationsideologie zu benutzen, um den Zusammenhalt zu stärken und die eigene Politik zu stützen.

Antiwestlicher und antiamerikanischer Nationalismus, Antiamerikanismus: Eine besondere Form des Nationalismus war die explizite antiwestliche Einstellung in verschiedenen Formen und Intensitäten. Bis 1948 richtete sich dieser gegen die „Fremdherrschaft“ der „westlichen Besatzungsmächte“ in Westdeutschland, und machte vor allem den „amerikanischen Einfluss“ für die Spaltung der deutschen Nation verantwortlich. Nach der Teilung wurde durch nationale Propaganda massiver Widerstand gegen die Einbindung der BRD in das West-Bündnis geleistet. Nach 1950 hatte Nationalismus verstärkt die Funktion, einer „Verwestlichung“ der DDR entgegenzusteuern (Verbot westlicher Literatur und Presse, Radio). Wie bereits erwähnt machte sich dies auch in der Gegenwehr gegen amerikanische Einflüsse auf Jugendkultur und Alltagsleben (Jeansverbot, Musikindexe, Sprache) bemerkbar. Vor allem im Kalten Krieg wurde auf internationaler Ebene gegen den „amerikanischen Imperialismus“ als Bedrohung für den Weltfrieden und die Lebensinteressen der deutschen Nation, insbesondere der deutschen Traditionen propagiert.

(SELBST)ISOLATION, MONOKULTURELLE GESELLSCHAFT, PROVINZIALISMUS: Eine Reihe der hier kurz dargestellten aktuellen Theorien untersuchen den Zusammenhang zwischen dem Umgang mit anderen Kulturen in der DDR und Ausländerfeindlichkeit in den neuen Bundesländern heute. Einen Hauptursprung distanzierter bis hin zu feindlicher Haltung gegenüber Ausländern sehen einige Theorien in der Politik der Selbstisolation und Isolation herrührenden geringen Erfahrungswerten der DDR-Bürger mit Angehörigen anderer Kulturen, aber auch in staatlichem Rassismus und der internationalen Fehlpolitik.

Durch die Einschränkung der Reisefreiheit konnte sich eine Kultur der Weltoffenheit und des Interesses am Fremden kaum herausbilden. Dies konnte auch der Kontakt mit Angehörigen von Kulturen der sozialistischen Bruderländer nicht ausgleichen, da durch den ideologisierten Internationalismus innerhalb des Ostblocks zum einen viele Kulturelemente übernommen und unbewusst Teil der eigenen wurden (Feiertage, Subbotnik, Kleidung, Speisen), zum anderen wurden Ost-

europäer durch die gleiche oder ähnliche physische Erscheinung nicht so sehr als Fremde empfunden.

Wirklich fremde entfernte Kulturen konnten nur durch Medien wahrgenommen werden. Doch wenige Informationen ohne eigene Erfahrung förderten die Herausbildung eines romantisch-verklärten Bildes von entlegenden Kulturen und Stereotypenbildungen, die wegen mangelnden Sprach- und Kulturkontakten nicht überwindbar waren. AusländerInnen wurden so nur als Exoten, offizielle Repräsentanten von Bruderländern oder westliche Touristen mit positiven Sonderstatus durch Devisenbesitz wahrgenommen und Kontakte mit nichteuropäischen Kulturen waren auf die Begegnung mit den im Land lebenden Gastarbeitern begrenzt.

Hierzu wurde 1989 von der ISG – Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH [-] eine Studie veröffentlicht, die die Problematik der Gastarbeiter erhellt. Nach dieser Studie lebten 1989 in der DDR weniger als 200.000 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, was gerade 1,2% der Bevölkerung der DDR entsprach. Die größten Gruppen kamen mit 31,4% aus Vietnam, 27,1% aus Polen, 8,1% aus Mosambique, 7,8% aus der UdSSR und 7% aus Ungarn. Die Gastarbeiter erhielten nur befristete Verträge, waren vorwiegend zwischen 20 und 40 Jahre alt, kamen ohne Familienangehörige und waren überwiegend männlich. Diese Personenvariablen, die geringe Anzahl der Gastarbeiter, sowie die separate Unterbringung in großen abgeschotteten Wohnheimen schränkte den Kontakt mit der Bevölkerung stark ein. Einen ganz normalen alltäglichen Umgang mit Menschen anderer Kulturen gab es kaum. Nahezu gar keinen Umgang mit Fremden gab es in ländlichen Regionen wie der Uckermark, da Gastarbeiter fast ausschließlich in Großstädten eingesetzt waren.

Durch diese Isolation (der Gastarbeiter) und Selbstisolation (durch Einschränkung der Reisefreiheit) war eine aktive Auseinandersetzung mit dem Fremden, eine Gewöhnung und Akzeptanz, der Abbau von Stigmata und Vorurteilen unmöglich, und Vorbehalte, Berührungsängste, Distanz und Misstrauen bildeten die Grundlage der Einstellung zu Ausländern.

Eine weitere These deutet an, dass diese Ansätze durch Formen staatlichen Rassismus' in der Ausländerpolitik der DDR verstärkt wurden. Die staatliche Diskriminierung durch Gesetze und Reglementierungen (z.B. Abschiebung einer Gastarbeiterin im Mutterschaftsfall), der Einsatz der ausländischen Arbeitskräfte in unattraktiven Tätigkeiten und vertraglich festgesetzte Akkordarbeit förderten die Negativierung der Gastarbeiter im Bewusstsein der Bürger.

Wolfgang Thierse fasst einen weiteren Rassismus fördernden Effekt staatlicher Fehlpolitik zusammen: „Ein mehr oder weniger unaufgeklärter Nationalismus war die zähe, fast unausweichliche Antwort von „unten“ auf einen diktierten Internationalismus von „oben“. Solidarität, Mitgefühl und Empathie gründeten sich hauptsächlich auf politisch-ideologische, nicht jedoch auf allgemein menschliche Motive. Die „befohlene Völkerfreundschaft“ und der „offizielle Internationalismus“ wurden nicht überzeugend erlebt, sondern als verordnete Ideologie passiv ertragen. Wie im Absatz zum DDR-Nationalismus festgestellt, ist auch Bernd Siegler zufolge „Rassismus in der DDR-Gesellschaft ebenso konstitutiv gewesen wie für die BRD-Gesellschaft“. In beiden Systemen sei „die Bildung einer eigenen Identität nur mittels Ausgrenzung anderer möglich und Rassismus ... ein wesentlicher Bestandteil des Alltagsbewusstseins gewesen“.

Mehrere Untersuchungen zeigen zudem, dass es, aus den o.g. Faktoren heraus resultierend, bereits in der DDR eine Vielzahl von Formen von Ausländerfeindlichkeit gab. Diese reichen vom erwähnten staatlichem Rassismus, starkem Nationalismus, Distanz erzeugenden Gefühlen der Abneigung, über die Abwertung und Ausgrenzung von Gastarbeitern, verdeckten Rassismus, latente und offene Anfeindungen, bis hin zu offenen Übergriffen auf Ausländer.

AUFARBEITUNG DER NS-ZEIT, ANTIFASCHISMUS IN DER DDR (angelehnt an einen Beitrag aus: Butterwege, Ch.: *Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt*.)

Die Faschismustheorie der DDR reduzierte das Problem der Erstarkung des Hitlerfaschismus in der Endphase der Weimarer Republik auf die Unterstützung der NSDAP durch eine kleine Fraktion des Kapitals, d.h. Großunternehmer, Bankiers und Junker. Dieser Theorie folgend wurde nach dem Krieg ab 1945 die Basis des Faschismus durch die Enteignung von Nazi- und Kriegsverbrechern, die Entmachtung von Großgrundbesitzern (Bodenreform) und die Zerschlagung des Monopolkapitals ein für allemal zerstört. Dass die Funktionsfähigkeit des Nationalsozialismus, sein Erfolg und seine schreckliche Effizienz auf einer sehr viel breiteren Massenbasis fundierte, wurde somit ausgeblendet. So sprach man Millionen „Volksgenossen“, späteren DDR-Bürgern, die das System gestützt hatten, praktisch von jeder Verantwortung für Krieg, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit frei. Die eigene Mitschuld wurde verdrängt, Staat und Bevölkerung erklärte man dem hingegen zu „Mitsiegern des Zweiten Weltkrieges“. Zwar gelangten erheblich weniger alte Nazis wieder in Amt und Würden als in Westdeutschland, die geistigen Grundlagen ihres Erfolges blieben aber ebenso weitgehend unangetastet. Eine „Stunde Null“ gab es 1945 auch im Hinblick auf den Rechtsextremismus nicht. Weder in der Bundesrepublik noch in der DDR wurde die NS-Vergangenheit wissenschaftlich aufgearbeitet, öffentlich „bewältigt“ und im Alltagsbewusstsein überwunden. Wie gezeigt wurde, gab es keinen Bruch mit dem Deutschnationalismus. Ein dringend erforderlicher Wertewandel fand nie statt. Vielmehr kamen die alten „deutschen Tugenden“ schon bald zu neuen Ehren.

Die SED reduzierte den historischen Antifaschismus hauptsächlich auf den vergeblichen Kampf ihrer Vorläuferin, der KPD, und des Proletariats gegen die NS-Diktatur. Zum einen wurden dadurch andere Gesellschaftsschichten außen vorge lassen. Zum anderen verhinderte die übertriebene Idealisierung, Heroisierung und Monopolisierung des antifaschistischen Widerstandes durch die kommunistische Geschichtsschreibung, dass sich alle Teile der Bevölkerung mit ihm identifizierten. „Faschismus“ und „Antifaschismus“ wurden zu Phrasen der kommunistischen Propaganda. Antifaschismus war für die Partei- und Staatsspitze der DDR weniger ein Herzensanliegen als ein Herrschaftsinstrument, das benötigt wurde, um den Aufbau des Sozialismus unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Einheitspartei zu rechtfertigen. Spätestens nach dem Mauerbau im August 1961 erstarrte der Antifaschismus zu einem Ritual, das im öffentlichen Leben der DDR überragende Bedeutung hatte.

Ein weiteres Problem mit intensiven Folgen resultierte aus dem „von oben verordneten Antifaschismus“ in der antifaschistischen Jugend-Erziehung. Für viele Kinder und Jugendliche wurden antifaschistische Lehrformeln bei der Vorbereitung der Jugendweihe, obligatorischer Mahn- und Gedenkveranstaltungen, Kranzniederlegungen und Appelle zu aufgezwungenen Pflichtübungen. Durch Agitation, Indoktrination und Propaganda bei Pioniernachmittagen und Versammlungen des Gruppen- oder Freundschaftsrates, sowie bei Räteschulungen wurden Phrasen und Rituale bis zum Überdruß eingebläut. Die Ritualisierung und Dogmatisierung des Antifaschismus zum einen und das Fehlen von tatsächlichen demokratischen Partizipationsmöglichkeiten zum anderen, verhinderte, dass sich eine antifaschistische Grundüberzeugung im Inneren vieler Menschen herausbildete, und führte zudem dazu, dass Antifaschismus negativ besetzt war.

Obwohl laut einer Studie von Richard Stöss die antifaschistische Grundorientierung der Gesellschaft, d.h. Kenntnisse über und Ablehnung des Nationalsozialismus sehr viel stärker ausgeprägt waren als im Westen, lagen dennoch Anspruch und Wirklichkeit des DDR-Antifaschismus weit auseinander, d.h. die Diskrepanz zwischen Ideologie, Denken, Sprechen und Tun war groß.

RECHTSEXTREMISMUS IN DER DDR: Zum Schluss dieses Beitrages soll die weitverbreitete Fehlmeinung, dass RE in Ostdeutschland erst in der Wendezeit entstand und ein aus dem Westen importiertes Phänomen ist, ausdrücklich ausgeräumt werden. Wie die bereits erläuterten Punkte zeigen, gab es bereits seit der Nachkriegszeit eine Vielzahl von Elementen dessen, was heute in der Theorie als RE bezeichnet wird, in Form von latenten Ideen, Ideologien, Einstellungen und Denkmustern, und auch Berichte von offener Aggression, Überfällen, Antisemitismus füllen Bücher.

In einer Studie zum Thema „Rechtsextremismus in der Ära Honecker – Ursachen – Folgen“ (2001) führt B. Eisenfeld in Auswertung von Material aus Akten des MfS folgende Daten exemplarisch an: In der NVA gab es von 1965-1980 über 730 explizit rechtsextremistische Vorfälle, begangen durch Soldaten in unteren und mittleren Dienstgraden. Im Jahre 1978 wurden vom MfS innerhalb von sieben Monaten über 600 Fälle der „Verbreitung neofaschistischen Gedankengutes“ vorwiegend in Polytechnischen Schulen (75%), Betriebsberufsschulen (21%) festgehalten. Zudem wurden über die Jahre hinweg eine Vielzahl von Fällen berichtet, dass jugendliche Fußballfans in Stadien Naziparolen skandierten. Seit 1954 wurden 30 Fälle der Schändung jüdischer Friedhöfe aufgeführt. 1988 wurde die Zahl der registrierten Skinheads mit über 1000 hauptsächlich in Berlin und Brandenburg angegeben. Was den Inhalt rechtsextremistischer Äußerungen bzw. Handlungen betrifft, dominierte in der Armee die Verherrlichung des „Dritten Reiches“ (23%). Es folgten das Singen von Wehrmachts- und anderen Naziliedern (22%), die Verwendung des Hitlergrußes (18%), die Verherrlichung Hitlers als Idol und Führer – einschließlich Gedenkfeiern – (12%) und antisemitische Äußerungen (10%). Der Rest (15%) verteilte sich gleichmäßig auf die Verherrlichung der Wehrmacht, auf das Sammeln, Lesen und Verbreiten von Nazi-Literatur sowie auf fremdenfeindliche Äußerungen. Häufig trafen mehrere Delikte auf einen Fall zu. Bei den 1978 erfassten Delikten der Schüler überwog das Schmieren rechtsextremistischer Symbole und Parolen (51%). Es folgten nahezu deckungsgleich in der Rangfolge mit den Vorkommnissen in der Armee Sympathiebekundungen für Hitler und die Verherrlichung seiner Politik, das Singen von Wehrmachts- und Naziliedern sowie antisemitische Äußerungen und das Sammeln und Aufbewahren von Naziliteratur. Durch unsere Recherchen wurden uns viele Beispiele aufgezeigt, dass es auch in der Uckermark, so z.B. in Schwedt, Prenzlau und Brüssow, rechtsextreme Gruppen gab. Da es offiziell in der DDR jedoch keinen RE bzw. Neonazismus geben durfte, kamen bis in die späten 80er kaum Fälle an die Öffentlichkeit. Wurden doch Fälle bekannt, führte man diese auf Resterscheinungen der NS-Zeit, jugendliches Rowdytum bzw. nach der Importtheorie auf Versuche westdeutscher Infiltration zurück.

Wissenschaftliche Untersuchungen zu inneren Ursachen von solchen Krisenerscheinungen wurden unterdrückt, Forschungsergebnisse nicht veröffentlicht, eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit RE und Ausländerfeindlichkeit gab es kaum, einen Gedankenaustausch über Entstehung und Wirken von RE in der Bevölkerung fand nicht statt.

Im Umgang mit den Straftätern gab es über die regide Überwachung, Isolierung und strenge Strafen hinausgehende Maßnahmen zur Gewaltprävention und Jugendarbeit mit rechten Gewalttätern nicht. Maßnahmen der strengen Strafverfolgung bewirkten lediglich [nur] eine Eindämmung der rechten Szene, die Schaffung von rechten Märtyrern und die verstärkte Politisierung und Radikalisierung rechter Gruppen im Untergrund. Den geistigen Ursachen in der DDR-Gesellschaft konnte so nicht begegnet werden.

FAZIT: Abschließend sollen einige Bemerkungen und Thesen diesen Beitrag zusammenfassen und Anregungen geben. Die meisten in diesem Beitrag dargestellten Ansätze und Thesen konnten natürlich aufgrund des eingeschränkten Rahmens nur angedeutet werden und bedürfen weiterer Untersuchungen. Nicht näher eingegangen werden konnte auf einige psychologische Theorien (Bindungsmuster, Kleinkinderziehung, Unterdrückung von Emotionen und Frust) und weitere Elemente des RE wie z.B. Antisemitismus, die jedoch ebenfalls in der DDR verwurzelt waren.

Deutlich konnte jedoch gezeigt werden, dass nahezu alle Aspekte des aktuellen RE bereits in der DDR in unterschiedlicher Form und Intensität ausgeprägt waren: Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Autoritarismus, Konformität, Antiindividualismus, Antidemokratie, Militarismus, Gewaltanwendung, Feindbildprojektionen und Hass, Nationalismus, Antiamerikanismus, usw.. Dabei wurde auch deutlich, dass es eine enge Verflechtung der einzelnen Erscheinungen gab, die sich gegenseitig ergänzten und verstärkten.

Damit kann einer gängigen Auffassung begegnet und herausgestellt werden, dass RE in Ostdeutschland nicht erst mit der Wiedervereinigung aus Westdeutschland importiert wurde oder durch die Probleme der Wende-Transformation entstanden ist. In diesem Zusammenhang muss man jedoch auch darauf verweisen, dass man nicht der Fehlauffassung verfallen darf, den aktuellen RE in Ostdeutschland auf einen Reflex der DDR-Sozialisation (als Erbe) zu reduzieren.

Sicher ist es unbestreitbar, dass in der DDR sozialisierte Einstellungen, Normen und Werte, Denkschemata und Verhaltensweisen in verschiedener Form (Erziehungsstile, Weltbilder, Beziehungskonzepte, Stereotype, Vorurteile, Wissen in Literatur, usw.) über Generationen weitergegeben werden. Es liegt daher nahe anzunehmen, dass die zahlreichen Elemente des RE der DDR noch heute ihre Auswirkungen haben, da rechte und rechtsextreme Ideen, Einstellungen, Denkmuster und Verhaltensweisen vertraut bzw. zumindest bekannt waren und sind. Man könnte davon sprechen, dass viele ehemalige DDR-Bürger eine gewisse Disposition mit sich tragen, die unter bestimmten Bedingungen (z.B. kummulierter Stress) leicht aktiviert, radikalisiert und instrumentalisiert werden können.

Schwieriger ist es hingegen nachzuweisen, wie stark die Sozialisation der DDR dieser Tage noch nachklingt und Formen des aktuellen RE beeinflusst. Unbestritten ist, dass die heutigen soziokulturellen Umfeldbedingungen, d.h. die aktuellen Lebensumstände, größeres Gewicht als die Vergangenheit haben. Dennoch muss bei der Entwicklung von Gegenstrategien auf die historischen Ursachen und die Besonderheiten des RE in den neuen Bundesländern intensiver eingegangen werden, was unserer Analyse nach bisher stark vernachlässigt wurde.

Bei der weiteren Studie der Recherchebroschüre wird man vor allem auch erkennen, dass eine Vielzahl von Voraussetzungen, Situationen und Wirkungsmechanismen, die RE in der DDR konstituierten, sich in Ostdeutschland, im Land Brandenburg oder der Uckermark nicht geändert oder gar noch verschärft haben (z.B. die Ghettoisierung einer geringen Anzahl von Flüchtlingen, Konzeptlosigkeit in der Arbeit mit rechten Jugendlichen, Formen staatlichen Rassismus).



HOLGER ZSCHOGHE DIE INSTRUMENTALISIERUNG DES GEWALTBEGRIFFS

1998: DEMONSTRATION IN
ANGERMÜNDE
**RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS
URSACHENANALYSE. SEITE 27**

Als das gerade gebildete Bündnis „Für eine gewaltfreie, tolerante und weltoffene Stadt Angermünde“ am 1998 zu einer Diskussion über Gewalt aufrief, kamen natürlich auch die Vertreter und Kader der NPD-orientierten Kameradschaften der Region. „Gewalt ist sehr schlimm“ meinten G. Reinholz und D. Dahlig und diskutierten eifrig mit. Interessiert hörten Bürgermeister, Stadtverordnete, die vielen Vertreter von Vereinen und die Lokaljournalisten zu, denn „Gewalt, da waren sich alle in der gemischten Runde einig, sei das verwerflichste Mittel, um seine Interessen durchzusetzen“. Bei der Einigkeit waren auch schnell tolle Lösungsmöglichkeiten für das Problem in Sicht: Billardspiele und Technoparties. Unmut kam eigentlich nur auf, als der Autor dieses Artikels davor warnte, Rechtsextremisten auf diese Art ein Podium für ihre Ideologien zu bieten. Solcherart Provokationen und Polarisierung fördere nur Gewalt, war die fast einhellige Meinung.



Selten ist an einem Ereignis deutlicher geworden welche verhängnisvolle Rolle die Reduzierung auf das Thema Gewalt bei der Auseinandersetzung um Rechtsextremismus und Rassismus in den vergangenen Jahren spielte.

Aber warum erlangte die Gewaltdiskussion bei diesem gesellschaftlichen Thema eine derartige Bedeutung? Rechtsextremistische Aktivitäten wurden jahrelang kaum wahrgenommen, erst wenn es schlimme Gewalttaten gab. Aktivitäten gegen Naziaufmärsche wurden rigoros eingeschränkt, aus Angst, Gewalt zu provozieren. Viele inhaltliche Analysen und Diskussionen wurden abgebrochen mit dem Verweis, das man sich doch einig sei in der Ablehnung von Gewalt. Wie eine Keule tauchte der Begriff immer wieder auf und hinterließ in der Regel inhaltliche Leere, eine vermeintliche Interessenkonvergenz und Konzeptionslosigkeit.

Für eine Analyse der Ursachen von Rechtsextremismus und Rassismus und die Entwicklung von Gegenstrategien ist es deshalb enorm wichtig, die Funktion und die Folgen dieser Reduzierung auf das Problem Gewalt zu hinterfragen. Zwei Beispiele sollen verdeutlichen, welche Dominanz die Gewaltdiskussion über alle anderen inhaltlichen Auseinandersetzungen in der Uckermark ausübt.

Als die NPD Anfang 1999 zum ersten Mal zu einer Demonstration nach Angermünde rief, reagierte zuerst ein Antifaschistisches Bündnis und rief zu Gegenaktionen. Die Reaktion der Stadt und der Parteien war anders: Man sollte die Nazis einfach ignorieren, um nicht Gewalt zu provozieren. Später gründete sich doch noch ein Bündnis, das schließlich zu einer Kundgebung auf den Marktplatz aufrief. Alle Aktionen, die in irgendeiner Form die Nazis behindern oder provozieren könnten, wurden mit dem Gewalthinweis abgelehnt, so auch die geplante antifaschistische Demonstration. Selbst der Vorschlag, die Demonstration gemeinsam mit der Kundgebung auf dem Marktplatz abzuschließen, wurde abgelehnt, selbst die offenkundig demonstrierte Gewaltfreiheit nützte nicht. Schließlich riefen Mitglieder des Bürgerbündnisses bei Angermünde Antifaschisten an, um sie zur Absage der Demonstration zu bewegen- alles begründet mit der Befürchtung von Gewalt. Das Polizeipräsidium Eberswalde, durch seine Chefin Frau Leichsenring eher bekannt als liberal und engagiert gegen Rechtsextremismus, verbot die antifaschistische Demonstration mit solch haarsträubenden Gewaltkonstruktionen, das die Gerichte das Verbot sofort wieder aufhoben. Am Ende dominierte die Gewaltdebatte die gesamten Gegenaktionen. Die Nazis hat es gefreut, mutige junge engagierte explizit gewaltfreie Jugendliche jedoch denunziert, kriminalisiert und in ihrer antifaschistischen Arbeit behindert.

Ein zweites Beispiel spielt in Schwedt von 1993 bis 1995. Es war die Zeit, als in vielen überregionalen Medien Schwedt als „Terror town“ bezeichnet wurde. Es gab organisierte Strukturen, die Dominanz der Szene in den Jugendclubs und Kneipen, Wehrsportlager, Zeitschriften auch an Schulen und öffentliche Propaganda in der Stadt. Nichts davon konnte Polizei und Stadt zum Handeln bewegen. Erst als einige der schlimmsten Gewalttaten öffentlich wurden, gab es Reaktionen. „Gegen Gewalt“ hieß das Motto. Als ob es nicht um eine besondere Form von Gewalt mit einer spezifischen Motivationslage handeln würde, die erst durch das gesellschaftliche Klima in der Stadt so krass möglich wurde, riefen Bürgermeister und Parteien zu einer Demonstration gegen Gewalt, ohne die Täter auch nur zu benennen, schrieb die MOZ als Lokalzeitung immer wieder Artikel und Kommentare „Gegen Gewalt“, „Demo gegen Gewalt“, „Keine besondere Gewalt in Schwedt“ und so weiter. Die Reduzierung des Problems auf Gewalt machte es den politisch Verantwortlichen leicht, die Verantwortung für die Situation von sich zu weisen und Täter und Opfer gleich zu setzen. „Wir verurteilen jede Gewalt, egal ob von links oder rechts“ sagte die SPD- Fraktionsvorsitzende und der Schutzbereichsleiter der Polizei ergänzte: „Das sind keine rechtsorientierten Jugendlichen, sondern Täter, die schon vor der Wende bekannt waren und sich heute mit rechtem Gedankengut bemänteln.“

Konsequenterweise wurde deshalb eine jugendliche Antifagruppe aus dem Stadtjugendring ausgeschlossen, nachdem es immer wieder Angriffe auf dessen Räume gegeben hatte- um die Täter nicht weiter zu provozieren. Nicht- rechten Jugendlichen wurde der Zutritt zu Jugendclubs verwehrt, da diese



sonst zu Angriffszielen werden könnten. Und die Verbände und Vereine der Stadt lehnten die Teilnahme an einem „Antirassistischen Strassenfest“ mit der Begründung ab, schon der Name würde polarisieren und zu Gewalt aufrufen. Wer wundert sich eigentlich noch darüber, das Schwedt bis heute ein Problem mit Rechtsextremismus hat und Generationen engagierter Jugendlicher die Stadt verlassen haben?

Wer verwendet eigentlich wann und warum den Gewaltbegriff im Zusammenhang mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus?

Zum ersten die politischen Verantwortungsträger der Region. Die Reduzierung zum Gewaltproblem hat für sie einige unschätzbare Vorteile. So kann sich jeder Politiker sicher sein, in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit seiner Wähler zu handeln. Gegen Gewalt sein, das ist einfach und schnell gesagt. Mit der einfachen Feststellung, es gehe um Gewalt befreit man sich jeder komplizierten gesellschaftlichen Analyse, kann bei Bedarf bequem auf andere Gewaltformen ausweichen (Drogen und Kriminalität!), gut mit dem Finger auf Jugendliche als deren Problem zeigen und hat vor allem damit selbst nicht zu tun. Mit dem Hinweis auf Gewalt wurden Rechtsextremismus und Rassismus über Jahre verharmlost, da ja die Abwesenheit öffentlich bekannter Gewalt auch die Abwesenheit von Rechtsextremismus bedeutete. Mit dem Verweis auf Gewalt wurde jede Auseinandersetzung mit (staatlichen) Rassismus vermieden, im Gegenteil, die Verwendung eines solchen Begriffs gilt bis heute als provozierend und extremistisch.

Zweitens verwenden Medien den Gewaltbegriff sehr gern. Wir haben der Rolle der lokalen Medien ja nicht ohne Grund einen besonderen Artikel gewidmet. Für sie gilt ähnlich wie für die Politik, mit der Reduzierung auf Gewalt kann man gut vermeiden, selbst Position beziehen beziehungsweise Hintergründe analysieren zu müssen. „Gewalt darf nicht eskalieren“, „Diskussion gegen Gewalt“, „Marsch gegen Gewalt“, „Schüler, Eltern und Lehrer treten Gewalt entgegen“ sind nur wenige ausgewählte Überschriften aus den Lokalteilen der MOZ. Bei all diesen Ereignissen ging es nachweislich nicht um irgendeine unbekannte, sinnentleerte Form von Gewalt, sondern um gezielte rechtsextrem motivierte Angriffe mit konkreten Hintergründen. Doch davon stand meist kaum ein Wort im nachfolgendem Artikel. Natürlich kommt zu den oben genannten Gründen noch die Faszination von Berichten über Gewalttaten bei vielen Lesern hinzu. Wer liest dagegen schon gern ausführliche, sachliche Analysen?

Zum Dritten beherrscht das Gewalthema oft auch die wenigen fachlichen Diskussionen. Aus verständlichen moralischen Gründen ist es für die Kirchen ein Thema mit absoluter Priorität. Viele Wohlfahrtsverbände sind als Träger von Jugendprojekten nur mit Minimum an finanziellen Mitteln ausgestattet und beschäftigen ihre Mitarbeiter über ABM oder SAM. Dadurch hängen sie nicht nur vom Wohlwollen öffentlicher

Zuwendungsgeber ab, sondern sind schon froh mit ihren wenigen Mitteln wenigstens die Gewalt im Griff zu haben. „Hauptsache, die Jungs sind von der Strasse und machen keinen Stress!“ Für eine Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien und Strukturen beziehungsweise die Entwicklung und Durchsetzung fachlicher Konzepte fehlt es dagegen an Mitteln, auch personell. Die meisten öffentlichen Gelder gab es in der Vergangenheit noch immer am besten über Sonderprogramme gegen Gewalt, von denen das sogenannte AGAG-Programm sicher das Bekannteste war. Das Vorhandensein öffentlich bekannter Gewalt war quasi Fördervoraussetzung. Die Träger dagegen befanden sich ständig in dem Dilemma, einerseits durch Gewalt an Geld für ihre Projekte gekommen zu sein, andererseits gegen Gewalt arbeiten zu müssen, ohne aber die Ursachen und Motive richtig benennen zu können oder zu dürfen, ohne dabei die Förderung zu gefährden oder die Klientel zu verlieren.

Bei allen unterschiedlichen Motiven bleibt festzuhalten, dass die Gewaltthematik oft die gesamte Diskussion zu Rechtsextremismus und Rassismus auch in der Uckermark dominiert hat.

Dabei ist dies noch nicht einmal eine fachliche Debatte. Weder werden verschiedene Formen von Gewalt unterschieden, noch die Werte, die als Motive für Gewaltanwendung dienen, hinterfragt. Nur so wird die Gleichsetzung von „linker“ und „rechter“ Gewalt verständlich. Die gefährliche Nähe, die ein biologistisches Weltbild von Stark und Schwach, von wert und unwert zur Anwendung von Gewalt gegen vermeintlich Unwerte und Schwache hat, wurde kaum einmal thematisiert.

Verständlich wird das vielleicht erst durch die aktuelle Einwanderungsdebatte. Das staatliche Konzept gesteuerter Einwanderung sieht eigentlich nichts anderes vor: Nur „nützliche“ und „wertvolle“ Ausländer sollen noch in Deutschland bleiben dürfen. Für alle anderen gilt die alte Forderung der Nazis: „Ausländer raus!“ Vergessen sind wohl deshalb auch alle Diskussionen über strukturelle Gewalt (J. Galtung), wie sie Institutionen und soziale Notlagen ausüben. Im gleichen Atemzug wird moralisierend jede Form von Gewalt abgelehnt und der Hitlerattentäter Stauffenberg gefeiert. Der Superintendent der evangelischen Kirche der Region hält auf einer Kundgebung in Angermünde eine flammende Rede gegen Gewalt und zitiert dabei Subkomandante Marcos, der als Sprecher der Rebellen im Chiapas sehr wohl Gewalt als ein Mittel revolutionärer Veränderungen proklamiert und anwendet. Höhepunkte solcher Heuchelei sind die Stellungnahmen staatlicher und

politischer Verantwortungsträger gegen jede Form von Gewalt ohne nur ansatzweise zu reflektieren, welche krasse Art von Gewalt ihre rassistischen Gesetze für Flüchtlinge bedeuten müssen. Die gleichen Menschen, die Abschiebebefehle unterschreiben und Flüchtlinge an den Grenzen jagen und einsperren lassen, sind natürlich gegen Gewalt.

Die Folgen dieser Art der Diskussion sind verheerend. Dadurch ist lange Zeit vermieden worden, das Thema beim Namen zu nennen. Unter Gewalt konnte zur Not alles untergebracht werden: Drogen, Diebstahl, Graffiti, Verkehrsrowdys und so weiter. Ob in Schulen, Parlamenten oder Bündnissen, es hat kaum einmal eine tiefgründige Auseinandersetzung über die Ursachen und Folgen von Rechtsextremismus und Rassismus gegeben. Viel eher einigte man sich auf ein paar moralische Allgemeinplätze: Toleranz – auch so ein Begriff, der kaum hinterfragt wird! Und gegen Gewalt.

Und jeder, der gegen diesen Konsens verstieß, stellte sich außerhalb der Gemeinschaft. Außerhalb der Gemeinschaft stehen auf diese Weise auch jene, die Formen eigentlich gewaltfreien zivilen Ungehorsams gegen Rechtsextremismus anwenden und zum Beispiel rechtsextreme Wahlpropaganda entfernen. An dieser Stelle zeigt sich der eigentliche Kern der

Gewaltdiskussion: Mit der Definitionshoheit darüber, was Gewalt ist und damit moralisch verwerflich, bleibt alles schön unter (staatlicher) Kontrolle. Ohne Probleme lassen sich damit genehme Formen des Protestes gegen Rechtsextremismus und Rassismus festlegen und andererseits klare Grenzen ziehen, was nicht opportun ist. Und ohne demokratische und zivilgesellschaftliche Erfahrungen wie hier im Osten ist eben schon das deutliche Ansprechen von Rechtsextremismus und besonders Rassismus „verbale Gewalt, die schlimmer ist als die Körperliche der Rechten“ (Bürgermeister von Schwedt), ist das Abreißen rechtsextremer Propaganda schlimmer als das Anbringen und sind gewaltfreie Blockadeaktionen linksextremistische Gewalttaten. Übrig bleibt oft nur der stumme Protest weit ab vom eigentlichen Geschehen und die ohnmächtige Wut vor allem jugendlicher Antifaschisten, nichts tun zu können, ohne nicht selbst sofort zum Täter gestempelt zu werden.

Alle politischen Sonntagsreden über Zivilgesellschaft und Zivilcourage werden so ad absurdum geführt. Da, wo antirasistische Strassenfeste und alternative Jugendclubs nur eine Provokation zur Gewaltanwendung darstellen (Schwedt 1996), selbst kirchliche Mahnwachen gegen Nazidemos wegen möglicher Gewalttaten abgelehnt werden (Prenzlau 2000) und eine Kleidung und ein Haarschnitt, die nicht dem üblichen (rechten) Mainstream entsprechen als Provokation betrachtet werden (Angermünde 1997/98) bleibt nicht viel Spielraum dafür. An wen sind solche Aufrufe in einer Region gerichtet, in dem die politische Elite mit der Gewaltbrille auf der Nase alle selbstbestimmten Initiativen gegen Rechtsextremismus und Rassismus ablehnt?

**RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS**
URSACHENANALYSE. SEITE 29

HOLGER ZSCHOGHE DIE ROLLE DER MEDIEN BEI DER AUS- EINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMISMUS UND RASSISMUS IN DER UCKERMARK

Medien haben als Sozialisationsinstanz eine zunehmende Bedeutung bei der Wertebildung von Menschen. Dies ist eine Feststellung, die wohl jeder unterschreiben kann. Gerade in ländlich geprägten Regionen wie der Uckermark erhält diese einfache Feststellung eine besondere Bedeutung. So manche andere Kommunikations- und Informationssysteme wie Kinos, Theater, Büchereien, Infoläden oder Lesecafés gibt es hier kaum. Das Netz politischer, kultureller und pädagogischer Organisationen und Einrichtungen ist logischerweise weit geringer ausgebildet als in städtischen Zentren. Medien sind deshalb für viele Menschen die Hauptquelle der Information, Analyse und gesellschaftlicher Diskurse. Für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft haben Medien hier eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Sie müssen sich sogar als ein wichtiger Teil dieser verstehen.

Der vorliegende Artikel bezieht sich auf lokale Medien in der Uckermark, vor allem auf die *Märkische Oderzeitung* (MOZ). Sie ist das dominierende Medium für die Menschen in der Uckermark, besonders in Schwedt und Angermünde. Ähnliche Erkenntnisse gelten aber auch für den *Uckermark-Kurier*, der vor allem im Raum Prenzlau und Templin gelesen wird. Dies belegt ein Artikel in der *Jungen Welt* vom 12./13.04.2001 zur Berichterstattung dieser Zeitung über eben das Thema Rechtsextremismus und Rassismus. Überregionale Zeitungen, auch mit lokalen Teilen spielen in der Uckermark keine Rolle. Aus Berliner Zeitung und Tagesspiegel, aus dem Spiegel und der Zeit haben wir einen Gutteil unserer Informationen und Analysen, aber sonst werden sie hier kaum gelesen. Aufsehen erregen sie von Zeit zu Zeit nur dann, wenn sie über Rechtsextremismus in der Uckermark berichten. Dann werden sie zum Feindbild „Westmedien“, die den guten Ruf der Stadt XYZ zerstören wollen, wie dies 1997 dem Spiegel in Schwedt oder 1998 der Berliner Zeitung in Angermünde widerfuhr.

Um diese Analyse vornehmen zu können haben wir zwei Jahre lang jeden Tag die MOZ gelesen und alle relevanten Artikel ausgewertet. Wir haben zum Vergleich auch die Berliner Zeitung herangezogen. Im Zeitraum der Debatte im Sommer letzten Jahres haben wir fast jeden Tag die unterschiedlichsten Zeitungen und Zeitschriften auf Inhalte und Projekte zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus durchsucht. Unser Bild, das dabei entstanden ist, beruht deshalb auf klaren Tatsachen und nicht auf Vermutungen oder Spekulationen!

Um analysieren zu können wie die MOZ, auf die wir uns also beziehen wollen, mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus umgeht, ist es notwendig, den Auftrag von Medien zu formulieren, so wie wir ihn sehen. Die dargestellten Aufgaben ergeben sich aus unserer Sicht allerdings aus der Situation in einer Region wie der Uckermark, wo wie beschrieben Zivilgesellschaft bestenfalls ansatzweise existent ist. Sie sind aber auch die Schlussfolgerung aus der spätestens seit der Sommerlochdebatte 2000 bekannten Gefahr, die Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft darstellt.

01 Medien sollten mit ihren Informationen die Grundlage dafür bieten, dass Menschen in der Region die Situation real wahrnehmen und einschätzen können. Aus dem Alltag von Familie und Beruf ist es nur den Wenigsten möglich, selbst übergreifende und zusammenhängende Analysen zum Rechtsextremismus in einem konkreten Raum der Uckermark erstellen zu können. Solche Analysen und Hintergrundinformationen müssen Medien liefern.

02 Medien sollten sich als wichtigen Teil des gesellschaftlichen Diskurses über Rechtsextremismus und Rassismus begreifen. Mehr noch, sie sind nicht nur ein Diskussionsangebot unter vielen, sondern haben eine immense Bedeutung dafür, Diskussionen und Auseinandersetzungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen, die sich sonst nur selten treffen, anzuschließen und zu begleiten.

03 Medien sollten bewußt demokratische Werte und Sichtweisen transportieren. Rechtsextremismus und Rassismus sind keine Themen, die Neutralität ermöglichen oder gestatten. Bei allen politischen Unterschieden gibt es gesellschaftliche Werte, denen in einer Demokratie alle Medien verpflichtet sein sollten: Menschenrechte, Humanismus und Toleranz gehören auf jeden Fall dazu. Voraussetzung, um für solche Werte einzustehen, sind aber fachlich fundierte eigene Positionen.

04 Medien sollten sich sogar als Teil zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus und Rassismus verstehen. Dann wären eigene Aktionen, das Anschließen und die Unterstützung gesellschaftlicher Projekte oder die Mitarbeit in Bündnissen gefragt.

IM FOLGENDEN soll nun am Beispiel der MOZ untersucht werden, wie diese wichtige Lokalzeitung der Uckermark diesen Anforderungen gerecht wird. Dabei beziehen sich die Abschnitte auf die eben genannten Aufgaben.

Die MOZ hat niemals eine Analyse des Rechtsextremismus in der Uckermark vorgelegt. Weder brutale Gewalttaten noch öffentliche Aktivitäten wie Demonstrationen waren Anlaß, Hintergründe, Personen, Strukturen oder Verbindungen zu recherchieren und darzustellen. Eigentlich gibt es nur zwei Arten der Information – die Wiedergabe von Polizeimeldungen und den Bericht über öffentlich bekannte Ereignisse. Manchmal fehlt selbst das. In zunehmenden Maße haben wir Meldungen über rechtsextreme Aktivitäten aus dem Einzugsraum der MOZ aus anderen Zeitungen, weil sie dieser keine Zeile wert waren (Hakenkreuze in Pinnow am 13.10.2001 oder Pöbeleien gegen Asylbewerberkinder im Schulbus nach Crussow am 08.10.2001). Dies gilt regional wie überregional.



Als zum Beispiel am 27.07.2001 das Innenministerium Brandenburg ausführlich über aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus informierte, einen Anstieg rechtsextremer Straftaten konstatierte und Angsträume im Land feststellte, berichteten fast alle Tageszeitungen ausführlich darüber – nur die MOZ nicht. Am gleichen Tag beklagte der Flüchtlingsrat Brandenburg auf einer Pressekonferenz die Zustände in der Erstaufnahmestelle für Asylbewerber in Eisenhüttenstadt, also genau im Einzugsgebiet der MOZ. Ausführlich berichtete darüber unter anderem die Berliner Zeitung, in der MOZ stand kein Wort. Dafür enthielt die Wochenendbeilage eine ausführliche Recherche über BGS-Hubschrauber bei der Arbeit an der deutsch-polnischen Grenze. So werden Bilder geprägt. Kennzeichnend aus unserer Sicht war die Berichterstattung über die 1. Recherchebroschüre des Vereins. Über die Herausgabe und Entstehung wurde sachlich informiert. Zu den vielen Fakten, Hintergründen und Strukturen, darüber wie die rechtsextreme Szene in der Uckermark funktioniert, gab es keine Informationen. „Denn wir wissen, was sie tun“ war der Titel unserer Broschüre. Für die vielen BürgerInnen der Uckermark, die sich fast ausschließlich über ihre Lokalzeitung informieren, gilt dies sicher nicht.

Wer die MOZ zur Grundlage nimmt, müsste glauben, es gäbe kaum Diskussionen über Ursachen, Erscheinungsformen und mögliche Gegenstrategien zu Rechtsextremismus in Brandenburg. Nur in drei Formen haben wir Ansätze herausfinden können. Zum Ersten gab es in der Vergangenheit oft Abwehrhaltungen gegen Vorwürfe, die Stadt hätte ein rechtsextremes Problem. Dabei war meist schwer herauszulesen, ob in Aussagen wie „Die Stadt XYZ wehrt sich gegen ihren Ruf als braune Stadt“ oder „Es gibt kein besonderes Problem“ politische Meinungen Anderer wiedergegeben oder eigene Sichtweisen kolportiert wurden. Besonders deutlich wurde diese Abwehrhaltung der MOZ immer dann, wenn andere Medien das Problem Rechtsextremismus deutlicher ansprachen. Der Spiegel mußte diese Erfahrung zum Beispiel in Schwedt und Frankfurt/O. machen. Zweitens wurde im überregionalen Teil der MOZ nach der Sommerlochdebatte relativ intensiv ein mögliches Verbot der NPD diskutiert. In Übereinstimmung mit der Mehrheit ihrer LeserInnen forderte sie dabei meist, das „... der Staat endlich konsequent eingreifen müsse.“ Im lokalen Teil der MOZ schließlich laufen Diskussionen vorrangig über Leserbrief. Einen umfassenden gesellschaftlichen Diskurs haben wir überall vergebens gesucht. Weder wurde unterschiedlichen politischen Positionen über Rechtsextremismus und Rassismus Raum gegeben, noch der Dialog gesellschaftlicher Initiativen zu Gegenstrategien gefördert. Oft ahnte man beim Lesen nur, dass es da eigentlich eine Diskussion gibt. Wenn sich zum Beispiel ein Kommentator strikt dagegen wehrt, das der Osten ein größeres Problem mit Rechtsextremismus hätte. Oder wenn die MOZ vom 22.01.1999 in ihrem Lokalteil schreibt, das die „SPD unter diesen Umständen nicht bereit sei, mit der NPD über Wünsche, Vorstellungen und Forderungen zu diskutieren.“ Heißt dies, unter anderen Umständen wäre das möglich? Gab es gar schon Verhandlungen? Von der MOZ haben wir dazu nichts erfahren. Andere Sichtweisen erhalten gar keinen Raum. Völlig unkritisch geht die MOZ mit allen Formen staatlichen und institutionellen Rassismus um. Wir haben nicht einen Artikel gefunden, der auch nur ansatzweise die Rolle des BGS oder von Ausländerbehörden beim Umgang mit Flüchtlingen problematisiert hätte. Im Gegenteil, regelmäßig wird über die „Jagderfolge“ des BGS informiert, fast jede Woche über die Technik, Projekte und die Arbeit des BGS berichtet. Wenn der BGS bei Dorffesten auftritt, Projektwochen an Schulen organisiert, dann wird dies völlig unkritisch dargestellt Artikel, in denen Flüchtlinge, Asylbewerber oder Ausländer mit anderem Aufenthaltsstatus als kulturelle Bereicherung mit all ihren Träumen, Fähigkeiten, Problemen und Sichtweisen wahrgenommen werden, sind dem gegenüber die absolute Ausnahme, quantitativ und qualitativ. Ist allen RedakteurInnen der MOZ eigentlich klar, was sie in der Gesamtheit damit für ein Bild vermitteln? AusländerInnen sind illegal, kriminell und hier nicht erwünscht, statt der Darstellung von Weltoffenheit und interkultureller Erziehung und Bildung. Die unglaublichen Zahlen von angeblich hier lebenden AusländerInnen und erst Recht deren Kriminalitätsrate, die wir in unseren Interviews erhielten, haben ihren Ursprung sicher auch in der Verbreitung dieses Bildes durch die MOZ.

Am 01.10.2001 berichtete die MOZ über ein Podiumsgespräch zur „Woche des ausländischen Mitbürgers“ in Angermünde. Selten hat ein Artikel deutlicher gezeigt, was herauskommt, wenn sich RedakteurInnen oder die gesamte Zeitung keine eigenen und fachlich fundierten Sichtweisen zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus angeeignet haben. Prominenter Gesprächsgast war Professor W. Wippermann, Histori-



ker an der FU Berlin, der dafür bekannt ist, eine sehr klare und kritische Sicht auf alle Formen gesellschaftlichen und damit auch staatlichen Rassismus zu vertreten. Damit hielt er auch in Angermünde nicht hinter dem Berg. Kaum vorstellbar, dass seine Thesen, dass das Schüren von Haß gegen Drogenhändler und Kleinkriminelle auch einen rassistischen Inhalt haben könnte oder dass unter dem Deckmantel der inneren Sicherheit oft rassistische Denkmuster transportiert werden, keinen Widerspruch ernteten, wie uns die MOZ versuchte glauben zu machen. Sie ließ dies einfach so stehen, obwohl sie in ihrer sonstigen Berichterstattung oft völlig andere Positionen vertritt. „Kein Fußbreit dem Faschismus“ schloß Wippermann seine Ausführungen. Wer darauf hin erst die Überschrift, die die MOZ daraus machte, gelesen hat, war sicher verblüfft: „Angermünde setzt auf mehr Toleranz“. Genau das meinte Wippermann nicht und es stand auch so nicht im Artikel. Aber der Begriff „Toleranz“ hat inzwischen eine derartige inflationäre Beliebigkeit erreicht, dass die Überschrift bestens in das MOZ-Bild passte – nur nicht zum Geschehen, über das berichtet werden sollte und das einer fachlichen Debatte würdig gewesen wäre. Leider läßt sich das Beispiel verallgemeinern. Meistens dokumentieren und dominieren Schlagworte die Position der MOZ: Für Toleranz und gegen Gewalt und Extremismus. Andere Begriffe sind eher selten: Zivilgesellschaft, Antifaschismus, Rassismus oder rechtsextremistische Orientierungen. Anders gesagt, die Position der MOZ im Allgemeinen ist eher oberflächlich und beliebig. Fast alle LeserInnen können sich darin wiederfinden und niemand tut sich daran weh. Artikel und Positionen, die doch weh tun könnten, zum Beispiel von antirassistischen Jugendinitiativen werden oft gar nicht erst abgedruckt wie der von der Jugendinitiative „Politik und Kritische Kultur“ (PUKK) aus Schwedt zu ihrem Strassenfest im Sommer dieses Jahres. Solch eine Haltung der MOZ fördert natürlich keine ernsthafte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus. Gerade zivilgesellschaftliches Engagement erfordert mehr als nur die Hoffnung auf staatliches Handeln und den allgemeinen Wunsch nach Toleranz. Es verlangt Widerspruch, Protestkultur, Zivilcourage und die Akzeptanz verschiedener Anschauungen. Diese gesellschaftliche Konstellation findet sich in der MOZ nicht wieder.

Leiden

**RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS**
URSACHENANALYSE. SEITE 32

Damit kann sie aber auch keinen Beitrag zur Förderung einer Zivilgesellschaft leisten. Mit dieser Aussage könnte man diesen Punkt schon wieder beenden. Wir wollen uns aber treu bleiben und differenziert und genau analysieren. Dabei ist positiv zu vermerken, dass die Angermünder Lokalredaktion seit einiger Zeit im Bündnis „Für eine tolerante, weltoffene und gewaltfreie Stadt“ mitarbeitet. Dass dieses Bündnis auf Grund eines fehlenden inhaltlichen Konsens und wegen fehlender demokratischer Entscheidungs- und Kommunikationsstrukturen aus unserer Sicht nur bedingt aktionsfähig ist, kann man nicht den JournalistInnen anlasten. Leider ist an dieser Stelle mit positiven Aspekten schon wieder Schluss. Im Ergebnis der Sommerlochdebatte zu Rechtsextremismus im letzten Jahr haben fast alle Zeitungen und Zeitschriften, die wir ausgewertet haben, eigene Aktionen, Kampagnen und Projekte gestartet, die zum Ziel hatten, Zivilgesellschaft in den verschiedensten Formen zu fördern. So hat die Sächsische Zeitung die Aktion „Gesicht zeigen!“ ins Leben gerufen, die TAZ begann das Projekt „Courage“, die Zeit stellte in einer Reihe verschiedene Gegenstrategien vor. Der Stern sammelte Geld für antirassistische Jugendinitiativen und veranstaltet eine Konzertreihe gegen Rechts. Die Reihe ließe sich beliebig erweitern. Nur bei der MOZ – Fehlanzeige, weder lokal in der Uckermark noch überregional in Nordostbrandenburg. Für ihre LeserInnen blieb diese Debatte ein von oben aufgesetztes (West)Thema, dass mit ihnen nicht viel zu tun hat, so das Signal ihrer Zeitung. Neben den unerfreulichen Antworten auf die Fragen, ob die MOZ ihre Verantwortung in der Entwicklung eines zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus und Rassismus in der Region gerecht wird, stellen sich uns zwei weitere Probleme dar. Insbesondere in der Rubrik Leserbriefe hat die MOZ immer wieder rechtsextremen oder neu-rechten Positionen Raum gegeben. Wer ist eigentlich Herbert Rauter aus Karlsruhe? Allein sechs Mal durfte sich dieser Leser im letzten Jahr äußern und verbreitete offen Antisemitismus, Antiamerikanismus und Verständnis für rechtsextreme Parteien und Organisationen. Von Zeit zu Zeit stehen in der MOZ Falschmeldungen, die auf besonders krasse Weise gegen journalistische Sorgfaltspflicht verstoßen. So ist es zum Beispiel bei Berichten über „Krawalle im Abschiebegehwarsam“ in Eisenhüttenstadt geschehen. Ein besonders schlimmes Beispiel wollen wir zitieren. Am 24.07.2000 wurde in der MOZ über eine Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit in Ludwigshafen berichtet: „Knapp eine Woche nach dem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Ludwigshafen haben am Samstag 1200 Menschen in der Stadt am Rhein gegen Ausländerhass demonstriert.

Bei der Abschlusskundgebung gab es tumultartige Szenen, als Autonome den Staatssekretär im Mainzer Innenministerium Ernst Theilen (SPD), mit Sprechchören am Reden hinderten und das Podium stürmten. Der Veranstalter, eine Bürgerinitiative, brach die Kundgebung ab. Drei Kinder aus dem Kosovo wurden verletzt.“

Bei welchem Ereignis wurden nun die Flüchtlingskinder verletzt? Wir wissen, beim rechtsextremen Anschlag. Was aber suggeriert der Text der MOZ?

Wir haben lange überlegt, ob es Sinn macht, darüber zu spekulieren, warum die MOZ so und nicht anders mit dem Thema Rechtsextremismus und Rassismus umgeht. Wir wissen von Bedrohungen gerade der Lokalredaktionen durch bekannte Rechtsextremisten und den ständigen Abbau personeller und fachlicher Ressourcen dort. Aber das alles erklärt noch nicht den aus unserer Sicht verhängnisvollen Standpunkt der wichtigsten Tageszeitung der Uckermark.

Also bleiben wir lieber bei den Fakten: BürgerInnen in der Uckermark erhalten über ihre Lokalzeitung keine umfassenden Informationen zu Rechtsextremismus in ihrer Heimatregion. Sie können durch deren Lektüre kaum die verschiedenen gesellschaftlichen Diskurse zu Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenstrategien nachvollziehen. Ein Podium, um diese anzuregen, ist die MOZ schon gar nicht. Die MOZ bietet keine eigene, deutlich demokratische, antirassistische und zivilgesellschaftliche Position an, an der sich die LeserInnen orientieren könnten. Schließlich versteht sich die MOZ trotz Ausnahmen nicht als Teil dieser Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

ZUSAMMENFASSUNG: All dies wurde im übrigen auch in unseren Interviews deutlich. Die MOZ als Informationsgeber und zivilgesellschaftlichen Akteur hat uns niemand benannt, egal, ob jugendlicher oder Erwachsener.

Wirk

JUGENDPOLITIK IN DER UCKERMARK

INTERVIEW MIT DIANA GNORSKI, MITGLIED IM JUGEND- HILFEAUSSCHUSS

Diana, seit wann bist du Mitglied im Jugendhilfeausschuss?
Ich bin Mitglied seit meiner Wahl in den Kreistag Uckermark 1998.

Wie oft in dieser Zeit waren Rechtsextremismus und Rassismus in der Uckermark das Hauptthema in einer Sitzung?
Ich kann nicht sagen, dass diese Themen einmal der Schwerpunkt einer Sitzung gewesen sind. Sie wurden im Zusammenhang mit Projekten erwähnt, z.B. wenn es um die Vergabe bestimmter Gelder ging, jedoch war dies keine inhaltliche Auseinandersetzung.

Aufgabe eines Jugendhilfeausschusses ist insbesondere die Entwicklung, Diskussion und Verabschiedung eines Jugendhilfeplanes. Was ist in dem aktuellen denn zum Thema Rechtsextremismus formuliert?

Die Maßnahmen zur Förderung der Jugendarbeit im Landkreis Uckermark sind an das KJHG und sonstige bundesweite gesetzliche Grundlagen angelehnt und enthalten demzufolge bestimmte Ansprüche an die Jugendarbeit. So enthält z.B. der Jugendförderplan bestimmte Anforderungen an zu fördernde Maßnahmen, wie Selbstbestimmung, Verantwortungsübernahme, die Integration von Behinderten, jungen Aussiedlern, ausländischen Kindern und Jugendlichen usw., das Wort Rechtsextremismus ist jedoch nicht zu finden. In den Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit im Landkreis Uckermark findet sich noch folgende Formulierung: „Jugendarbeit in der Uckermark, die ... sich von jeglicher Gewalt und jeglichem Extremismus distanziert, ...“

Welchen politischen Stellenwert hat nach deiner Einschätzung Jugendarbeit in der Uckermark?

Der politische Stellenwert der Jugendarbeit wird besonders heiß in den Wochen der Haushaltsplan-Auseinandersetzungen diskutiert. Der Landkreis Uckermark hat ca. 39 Mio. DM Schulden, d.h. für die Abgeordneten, dass sie nur einen sehr geringen Spielraum für freiwillige Aufgaben haben. Leider sind große Teile der Jugendarbeit freiwillige Aufgaben der Kommunen und des Kreises. Insofern müssen alle Abgeordneten jedes Jahr wieder überlegen, wo ihre Prioritäten liegen. Für die PDS stand jedes Jahr das Anliegen, keine weiteren Kürzungen im Jugend-, Bildungs- und Kulturbereich zuzulassen. Aufgrund der schon genannten finanziellen Lage und in Anbetracht der Mehrheitsverhältnisse kann man sich vorstellen, dass gerade hier Kompromisse zu schließen waren.

Ich erinnere mich noch gut daran, als der 1. Beigeordnete vorschlug, Jugendarbeit in der Uckermark mit 0 DM im Haushaltsplan anzusetzen. Sieht die aktuelle Realität besser aus?

Aber zum Glück. Der Job des 1. Beigeordneten ist wahrlich nicht leicht, dieser Vorschlag war wohl auch nicht ganz ernst gemeint. In der Realität sieht es so aus: Im Haushaltsansatz für das Jahr 2002 stehen der Jugendhilfe nach dem KJHG im Kreisjugendförderplan 117.700 € zur Verfügung, dies entspricht in etwa auch dem Ansatz vom letzten Jahr. Davon sind 107.400 € zur Förderung freier Träger gedacht. Aus der Förderung nach dem Landesjugendplan kommen dann nochmals 25.700 € dazu, davon 23.600 € zur Förderung freier Träger. In diesen Summen sind die Förderung von Kreisjugendring und Kreissportbund nicht enthalten. Insofern sind zumindest keine weiteren Einsparungen geplant. Dass diese Mittel natürlich nicht für alle erwünschten und eventuell erforderlichen Projekte ausreichen, dürfte allerdings klar sein.

Nenne uns doch bitte mal die Zahlen., wenn alle Landeszuschüsse, Bundesmittel und Pflichtausgaben laut KJHG abgezogen werden; wieviel läßt sich der Landkreis Uckermark die Jugendarbeit dann kosten?

Zum Teil habe ich das in der vorigen Frage schon beantwortet. Vielleicht sollte ich dazu noch zwei Dinge nennen. Die Personalkostenförderung in der Jugendhilfe kostet den Landkreis im Jahr 2002 770.100 €, davon kommen 389.300 € vom Land. Insgesamt haben wir für den gesamten Einzelplan 4 einen Haushaltsansatz für 2002 von 68.784.800 €, davon trägt der Kreis 38.115.400 €. Darin enthalten sind praktisch alle sozialen Pflichtaufgaben zum Beispiel auch in der Bildung und der Altenpflege. Setzt man diese Summe in Relation zu den „frei verfügbaren“ 117.000 €, sieht man, wie begrenzt die Mittel für Jugendsozialarbeit wirklich sind. Der Bedarf ist nach den Anträgen etwa dreimal so hoch und dabei wissen die Träger um die Haushaltssituation und beschränken sich oft selbst.

Was bleibt dann für Projekte der Jugendarbeit wie Konzerte, Jugendzeitschriften wie unsere CULT oder eben Projekte gegen Rechtsextremismus?

Tut mir leid, aber dies lässt sich so genau aus dem Haushaltsplan nicht lesen. Es hängt ja auch davon ab, welche freien Träger eine Förderung bekommen und was sie damit machen. Hier hat der JHA zumindest versucht, ein Gleichgewicht innerhalb der Uckermark zu halten. Um einen Anhaltspunkt zu haben, muss man hier einen Blick in die Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit werfen. Hier sind die Schwerpunkte der Jugendförderung aufgeführt: „Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit (70%), internationale und interkulturelle Jugendbegegnungen (2%), Unterstützung von Jugendgruppen (1%), außerschulische Jugendbildung (1%), Ehrenamtlichkeit (5%), Jugendreholung (9%), Projekte der Jugendsozialarbeit (5%) und Projekte der Jugendarbeit (7%). Durch den Jugendhilfeausschuss wird jährlich die prozentuale Verteilung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für die Förderbereiche festgelegt.“ Die Zahlen in Klammern stehen für die anteilige Finanzierung im Jahr 2001. Bei der Förderung von Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit ist vielleicht noch eine Zahl wichtig: Als Zuwendung für freie Träger können bis zu 50% der Gesamtkosten, maximal jedoch 5.100 € pro Kalenderjahr gewährt werden. Die eben genannten Zahlen mal runter gerechnet von den, laut Jugendförderplan real für Projekte der Jugendarbeit verfügbaren Mitteln, ergibt rund 8000 € im Jahr und für die ganze Uckermark.

Für uns wie andere freie Träger heißt dies konkret, im Jahr wird immer nur ein Projekt vom Landkreis und das auch noch in Form einer Fehlbedarfsfinanzierung gefördert. Sind kleine Vereine damit überhaupt arbeitsfähig?

Kleine Vereine sind oft nicht in der Lage, den notwendigen Eigenanteil aufzubringen. Größere Träger, z.B. die AWO oder die Diakonie, können Fehl Ausgaben evtl. durch andere Einnahmen wieder ausgleichen und bleiben trotzdem zahlungs- und handlungsfähig. Sie bestreiten dies z.T. auch durch die Einnahmen für Erfüllung von Pflichtaufgaben.

Wie ist die Personalstellensituation der Uckermark?

Konkret, wie viele Stellen werden über das 610-Stellenprogramm des Landes finanziert, wie viele fördert der Landkreis und wie viele können Kommunen und freie Träger selbst aufbringen?

Die Frage kann ich nicht vollständig beantworten, da mir keine Informationen über kommunale oder durch freie Träger geförderte Stellen vorliegen. Ich kann mir aber nicht vorstellen, woher die Finanzen für eine Vielzahl weiterer Stellen kommen sollten. Im Rahmen des sogenannten Personalstellenprogramms werden über Kreis-, Landes- und Eigenmittel zur Zeit 42 Personalstellen finanziert. Dabei ist zu beachten, dass eine solche Förderung für viele Träger quasi Lebensgrundlage ist. Nur eine feste Stelle ermöglicht die Trägerschaft für ABM- oder SAM-Stellen und im Jugendförderplan des Landkreises ist explizit ausgewiesen, dass Einrichtungen der Jugendarbeit nur bei Vorhandensein fester Stellen gefördert werden können.



DIANA GNORSKI
ist Diplomsozialpädagogin und für PDS im Jugendhilfeausschuss und dem Kreistag Uckermark tätig. Gleichzeitig ist sie stellvertretende PDS-Landesvorsitzende und hat in der Uckermark in selbstorganisierten Jugendinitiativen gearbeitet.

**RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS
URSACHENANALYSE. SEITE 33**

In der gesellschaftlichen Diskussion des letzten Jahres wurden immer wieder zwei Punkte benannt, die Jugendarbeit in Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus leisten könnte: Antirassistische Bildungsarbeit und die Unterstützung nicht-rechter, emanzipatorischer Jugendinitiativen. Wie viele Beschäftigte aus dem 610-Stellenprogramm machen denn eine solche Jugendarbeit?

Leider läßt sich dies aus den Konzepten nur schwer herauslesen. Ich müßte aber wirklich etwas überlesen oder überhört haben, wenn Stellen aus diesem Programm vom konzeptionellen Ansatz direkt eine solche Ausrichtung haben. Dies alles soll nicht die engagierte Arbeit einzelner Sozialpädagogen schmälern, die in ihren Projekten sicher auch zu euren Themen arbeiten.

Wie tragen die Förderrichtlinien der Jugendarbeit in der Uckermark der Bedeutung dieser Formen von Jugendarbeit Rechnung. Erhalten nicht-rechte Jugendinitiativen eine besondere Unterstützung?

Wie schon weiter oben gesagt, findet sich in den Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit im Landkreis Uckermark nur ein allgemeiner Verweis darauf, dass man sich gegen Gewalt und Extremismus richtet. Es gibt keine spezielle Förderung für nicht-rechte Jugendinitiativen. Diese ist höchstens im Rahmen von Sonderprogrammen von EU, Bund oder Land, also als Förderung durch Sondermittel möglich.

Gibt es denn irgendeinen konzeptionellen Ansatz in der Jugendpolitik der Uckermark, der aus der gesellschaftlichen Debatte um Rechtsextremismus im letzten Jahr entstanden ist?

Die Debatte zum Rechtsextremismus hat in breiten Schichten der Gesellschaft zur Diskussion über bestimmte Ansätze innerhalb der Jugendarbeit geführt, so z.B. über Möglichkeiten und Grenzen der akzeptierenden Jugendarbeit. Leider hatte diese Debatte keine Erhöhung der Mittel für Jugendarbeit auf diesem Gebiet zur Folge. Insofern ist der Landkreis und damit auch der JHA an dieselben Sachzwänge wie vorher gebunden. Vergaben im Bereich Jugendarbeit erfolgen nach diesem Prinzip: vorrangig an Träger der freien Jugendhilfe mit Sitz in der Uckermark, es soll Trägervielfalt und Trägerausgewogenheit gewährleistet sein, es wird auf Angebots- und regionale Ausgewogenheit geachtet. Kurz: Aufgrund der begrenzten Mittel erfolgt die Förderung nach dem Gießkannenprinzip und nicht anhand einer fachlich-konzeptionellen Planung.

Wie sind solche Konzepte und Standpunkte durch Mittel des Landkreises finanziell untersetzt?

Wie eben dargestellt, haben inhaltliche Diskussionen kaum stattgefunden und führten weder zur Erhöhung der Mittel noch zu einer Neuausrichtung der Förderpraxis.

Hast du einen Überblick über die Qualifikation der Beschäftigten im Jugendbereich? Sind Sie aus deiner Sicht ausreichend über aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus informiert, kennen Konzepte der Auseinandersetzung und können antirassistisch arbeiten?

Zu dieser Frage kann ich keine detaillierte Antwort geben, da mir hier der Überblick fehlt. Ich möchte nur soviel sagen: Die Träger sind angehalten, für entsprechende Qualifikation und Weiterbildung zu sorgen. Auch die Förderung nach der o.g. Richtlinie setzt eine „ausreichende Eignung von Mitarbeitern und Betreuern“ voraus. Inwiefern dies auch Qualifikationen auf dem Gebiet der Arbeit gegen Rechtsextremismus sind, liegt also in der Hand der Träger bzw. in Eigenverantwortung der InhaberInnen dieser Stellen. Das MBS hat im Jahr 2001 darüber hinaus dem Landkreis Uckermark Mittel zur Verfügung gestellt (ca. 12.000 DM), um Beratungsangebote zu unterstützen, der Eigenanteil des Landkreises betrug hierbei 25%. Inwieweit dies Fortbildungen zum Thema Rechtsextremismus betraf, läßt sich anhand der Aufstellung nicht erkennen.

Zum Schluß bitte eine ganz ehrliche Einschätzung: Ist die Jugendpolitik in der Uckermark ein wichtiger Teil zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus und Rassismus?

Ich wünschte mir selbst, es wäre so. Ich bin auch vor drei Jahren mit dieser Hoffnung in den Jugendhilfeausschuss gegangen. Klar ist jedoch, dass viele Wünsche und Vorstellungen der Mitglieder des JHA in der Realität an den Finanzierungsmöglichkeiten scheitern. Hierfür kann man jedoch den Landkreis nicht allein verantwortlich machen. Bund und Land lassen den Kreisen und Kommunen mit jedem Jahr weniger Möglichkeiten und Spielräume. Pflichtaufgaben müssen erfüllt werden, die Kosten dafür steigen, die Zuschüsse von Land und Bund hingegen stagnieren oder werden sogar zurückgefahren. Bei den wenigen verbleibenden Mitteln bleiben Phantasie, Kreativität, Experimentierfreudigkeit und Risikobereitschaft, die für eine bunte, lebendige und zukunftsorientierte Jugendarbeit notwendig sind, zwangsläufig auf der Strecke. Für jede unserer Forderung müssen wir in der Diskussion eine Deckungsquelle nennen und das ist eben oft nicht möglich, denn was wir dem einen geben, müssen wir dem anderen nehmen. Von Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit kann keine Rede sein, wenn nicht auf höherer Ebene endlich mehr für die Jugend investiert wird. Ich bin überzeugt, dass wir für jede Mark, die wir heute an der Jugend sparen, drei ausgeben müssen, um in der Zukunft die Folgen zu finanzieren, denn ein Knast ist teurer als ein Jugendclub.



ANNE SCHRÖDER DAS VERMÄCHTNIS CLARA ZETKINS DER UMGANG MIT RECHTSEXTREMISMUS IN DER SCHULE

Ich schreibe hier über alltägliche Sachen, die schon fast unbewusst von Schülern und Lehrern aufgenommen werden. Diese „alltäglichen Sachen“ können wir in vielen Punkten unserer Gesellschaft, wiederfinden, zum Beispiel in der Schule. Meine Schule trägt den Namen „Clara Zetkin“, aber sie scheint den Bezug zu ihrer Namensgeberin völlig verloren zu haben. Im Unterricht habe ich bisher nichts über Clara Zetkin, die eine engagierte Antifaschistin war, erfahren.

Wer nicht wie ich, Schüler an dieser Schule ist, kann sich auch kein genaues Bild machen wie der Alltag ist, an einer Schule, die kein Konzept für den Umgang mit Rechtsextremismus hat. Erst einmal etwas über die Lehrerschaft:

Im Laufe meiner Jahre habe ich viel Erfahrung, Erkenntnisse und Einblicke gewonnen. Ich muss auch sagen, dass nicht alle Lehrer rechte Äußerungen oder Parolen „überhören“. Einmal sagte jemand im Unterricht dass „...die Ausländer wieder in den Urwald gehen sollten“. Ich meldete mich und sprach den Kommentar an. Doch ich wurde mit einem stillen, bösen Blick zum Schweigen gebracht. Deshalb dachte ich mir, dass ich bei dieser Lehrerin wohl keinen Erfolg hätte und ging zur Direktorin. Sie nahm es freundlich auf und wie ich später mitbekam, wurde die betreffende Lehrerin auf ihr Fehlverhalten angesprochen. Sie sprach mich prompt an, und fragte, ob ich ihr eins auswischen wollte. Sie hatte wohl nicht erkannt, worum es mir ging. Auch wurde ich darauf hingewiesen, dass ich mich um meine Sachen kümmern solle. Also wie fast alle, das Problem Rechtsextremismus dem Alltag zuzuschreiben.

In einem Gespräch mit der Schulleitung, sagte mir diese, dass sie die Recherchebroschüre nicht kennen, dabei hatten sie wie jede Schule Exemplare bekommen und wurden auch gefragt, ob sie Klassensätze haben wollten.

Nun zu den Schülern: In unserer Klasse herrscht ein rassistisches Klima. Auf dem Schulhof mussten meine Freundin und ich uns schon oft genug Sprüche anhören auf grund unserer auffallenden Haarfarben, Kleidung oder Aufnäher. Wir wurden gebeten unsere Aufnäher zu entfernen, um Streitigkeiten aus dem Weg zu gehen. Ein paar Schüler hätten sich beschwert, dass die „Zecken“ ihre Aufnäher tragen könnten und sie selbst nicht. Naja, der Witz dabei ist; unsere sind nicht verfassungswidrig und deshalb erlaubt. Schließlich taten wir die Aufnäher doch ab, aber Anmachen von der „braunen Masse“ auf dem Schulhof kamen trotzdem noch.

An unserer Schule scheint ausserdem ein gewisser Marken-Code zu herrschen. Es gibt da zum Beispiel Bomberjacken in grau, schwarze Springerstiefel, „Lonsdale“-Jacken usw. Wobei „Lonsdale“ und „Troublemaker“ sich ja bekanntlicherweise nicht gerne zu den rechten Marken zählen lassen, und deshalb auch Konzerte gegen Rechts sponsern.

Manches ist auch sehr belustigend, zum Beispiel die Sache mit „Thors Hammer“: ein Symbol, das als Anhänger meist um den Hals getragen wird. Bei einem Schüler sah ich ein ca. 15 cm großes Exemplar um den Hals baumeln, das so schwer war, dass er den Kopf hängen ließ. Man kann's auch übertreiben.

Anders als „Thors Hammer“ sind die meisten Aufnäher und anderes verfassungsfeindliches Zubehör der Rechten natürlich verboten. Das steht auch in unserer Schulhausordnung und wir werden alle paar Jahre daran erinnert.

Leider hat unsere Schule bisher keine Projektwochen, AGs, Wandzeitungen oder andere längerfristige Projekte zum Thema Rechtsextremismus gemacht. In der 8. Klasse haben wir einmal ein paar Stunden über das Thema geredet, aber davon ist nicht viel hängen geblieben. Ich glaube später behandelten wir die nordische Mythologie im Unterricht, wo man erfahren konnte, wie herrlich es in „Walhalla“ sei: die Frage ist: wen interessiert das? Die Antwort: Genau die Leute, die sich auch Thors Hammer um den Hals hängen. Wir fanden in unserer Schule auch keine große Unterstützung für unseren Aktionstag „Jugend für Demokratie und Toleranz“. Die Direktoren von den Schulen stimmten zwar mit ein, aber man konnte die Missachtung aus ihren Gesichtern ablesen. So durften wir uns bei dem Bündnistreffen zur Vorbereitung des Projekttag anhören, warum es denn in unserem Projekttag nicht auch gegen Linksextremismus gehe. Als ob dies das Problem unserer Schule wäre.

Es sind viele Worte gefallen, aber für mich ist die politische Einstellung, die dahinter steht, klar. Und ich glaube kaum, dass diese Einschätzungen richtig sind, denn es ist in letzter Zeit sogar ein Anstieg der rechtsextremen Vorfälle zu beobachten. Ich hoffe deshalb, dass sich unsere Schule in Zukunft verstärkt politisch im Sinne von Demokratie und Toleranz engagiert



CLARA-ZETKIN-GESAMTSCHULE
**RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS**
URSACHENANALYSE. SEITE 35

AG

GEGENSTRATEGIEN





KATJA ALTENBURG **AKZEPTANZ VON INTOLERANZ?** CHANCEN UND GRENZEN DER AKZEPTIERENDEN JUGENDARBEIT AM BEISPIEL DES JUGEND- KLUBS „BRUCHBUDE“ IM UCKERMÄRKISCHEN MILMERSDORF

„Mir ging es in erster Linie darum, im Bereich der politischen Bildung die Jugendlichen dazu zu kriegen, dass sie das entfremdete Bewusstsein erkennen. Vom entfremdeten Bewusstsein zum Bewusstsein der Entfremdung.“

Dieses Zitat stammt aus einem Gespräch mit Filippo Smaldino, der von Dezember 1996 bis April 2001 in der „Bruchbude“, einem Jugendclub im uckermärkischen Milmersdorf, als Sozialpädagoge arbeitete. Es beschreibt, auf einen Satz gebracht, sein Eigenverständnis des Konzeptes der „Akzeptierenden Jugendarbeit“, nach welchem er in der „Bruchbude“ arbeitete.

In diesem Artikel beziehe ich mich zu einem großen Teil auf die Aussagen Philippos, da er seit Beginn der Arbeit in der „Bruchbude“ als pädagogischer Leiter arbeitete und ich die Möglichkeit zu einem langen Interview mit ihm hatte. Da er jedoch im April diesen Jahres die Einrichtung verlassen hat, stütze ich mich ebenfalls auf Aussagen von Iris Puhlmann, der jetzigen Leiterin, um auch den aktuellen Stand einzubeziehen.

Was ist unter ‚Akzeptierender Jugendarbeit‘ zu verstehen? Der Begriff ‚akzeptierende Sozialarbeit‘ kommt ursprünglich aus der Drogenarbeit. Das Konzept zielte darauf ab, durch Streetworker Drogensüchtigen als Gesprächspartner und vor allem als Vertrauenspersonen zur Seite zu stehen, und dadurch die Szene allmählich unter Kontrolle zu bringen, sowie Einzelne zum Ausstieg zu bewegen. Anfang der neunziger Jahre übertrug Franz Josef Krafeld diese Ansätze auf die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Das Wort der ‚Akzeptanz‘ bedeutet hierbei, auch bei rechtsextrem orientierten Jugendlichen die Tatsache zu akzeptieren, dass hinter der rechten Einstellung noch ein Jugendlicher mit eigenen Problemen, Alltagserfahrungen, Wünschen und Perspektiven steht. Das heißt, der Mensch an sich soll angenommen werden, aber nicht seine Ideologie. Die Diskussion über die Ansätze der akzeptierenden Jugendarbeit ist mittlerweile nichts Neues mehr. Die Übertragung des akzeptierenden Ansatzes von der Arbeit mit drogenabhängigen Menschen auf die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen und auch die Übertragung des Konzeptes von der westdeutschen, relativ liberalen Stadt Bremen (in und für welche das Konzept erarbeitet wurde) auf ostdeutsche Verhältnisse war und ist eine äußerst kritisch zu betrachtende Angelegenheit, über die erst zu spät reflektiert und diskutiert wurde.

Gerade in Ostdeutschland kam die akzeptierende Jugendarbeit immer wieder in die Negativschlagzeilen, in denen bspw. getitelt wurde: „Ich bin denen nicht gewachsen – Dreiste Nazis, überforderte Sozialarbeiter, verängstigte Lokalpolitiker – eine Fallstudie aus Sachsen“ (*Die Zeit*; 33/2000) oder „Kumpanei und Anbiederung – das falsche Konzept“ (*Süddeutsche Zeitung*; 12./13.08.2000).

Mit diesem Artikel möchte ich die Diskussion über die verschiedenen Aspekte der akzeptierenden Jugendarbeit aufgreifen und vor allem die Chancen und Grenzen dieses Ansatzes an dem konkreten Beispiel des Jugendklubs „Bruchbude“ verdeutlichen, um so sich vielleicht der Frage nähern zu können, ob Krafelds Ansatz eine mögliche Gegenstrategie gegen Rechtsextremismus in der Uckermark (und anderen ostdeutschen Gebieten) bedeuten kann.



DIE ARBEIT IN DER „BRUCHBUDE“

Der Grundsatz der Nichtakzeptanz von rechtsorientierten Ideologien ist bezeichnend für die Arbeit, die unter großen persönlichen Einsatz der SozialpädagogInnen in der „Bruchbude“ zu leisten versucht wurde und wird. Dieser pädagogische Grundsatz muss praktisch durch das klare Setzen von Grenzen, aber auch durch ein Angebot von Aktivitäten umgesetzt werden, durch welches die Jugendlichen angeregt werden, ihre Einstellungen zu überdenken.

„Für mich war wichtig, dann bei den Rechtsorientierten Grenzen zu setzen. Und wenn es sein muss, auch Strafanzeigen zu stellen. Wir hatten auch eine knallharte Hausordnung.“ berichtete mir Filippo Smaldino im Interview.

Dazu kommt die wichtige Komponente des aktiven Auseinandersetzens mit sich selbst und damit den eigenen rechtsorientierten Einstellungen, mit dem ‚Fremden‘ und mit grundverschiedenen anderen Werten. Es gab und gibt viele Angebote und Aktivitäten im Bereich der politischen Bildung, internationalen Begegnung und interkulturellen Erziehung. Dazu gehören zahlreiche Ausstellungen, wie die diesjährige Fotoausstellung 'Wo beginnt Gewalt' oder die Ausstellung 'Gratwanderung'. Es gab Podiumsdiskussionen, Workcamps und Projekte unterschiedlichster Art. Ich möchte an dieser Stelle eine kleine Auswahl davon wenigstens erwähnen.

Die Aktivitäten begannen mit den Arbeiten, die nötig waren, um die „Bruchbude“ zu eröffnen – Renovierungsarbeiten, die Filippo gemeinsam mit den Jugendlichen am Haus durchführte. Derartige Arbeiten waren sozialpädagogisch äußerst wichtig, um eine Beziehungsarbeit beginnen zu können.

Es entwickelten sich internationale Begegnungen, die die Jugendlichen nach Elba, an die Costa Brava oder sogar nach Indien brachten. Die Fahrt nach Kalkutta vor drei Jahren war wohl das spektakulärste Projekt, welches die „Bruchbude“ auch weithin bekannt machte. Zu diesem Projekt, namens ‚Busbau kontra rechte Gewalt‘, gehörte es, dass die Jugendlichen selbst einen alten Bus reparierten, um mit diesem von Milmersdorf nach Kalkutta zu fahren. „Allein die Tatsache, dass man von Milmersdorf aus einfach nur geradeaus zu fahren brauchte, um irgendwann in Kalkutta zu landen, hatte aus dem Fleckchen in der Uckermark auf einmal ein globales Dorf gemacht“ (*Berliner Zeitung*; 26.04.2000).

Als Beweis dafür, dass die Öffentlichkeit und Politik diese engagierte Arbeit wahrnimmt und anerkennt, wurde dem Jugendverein vom Bundestagspräsidenten W. Thierse 1999 sogar der ‚Demokratie leben‘-Preis verliehen, wobei es zumeist bei derartig symbolischen Akten seitens der Politik verblieb.

In diesem Sommer führte die jetzige Leiterin der „Bruchbude“, Iris Puhlmann, ein internationales Workcamp mit osteuropäischen Jugendlichen durch. Es fand ein multikulturelles Festival statt und das Projekt ‚Geschichte zum Anfassen – Eine Reise nach Auschwitz‘.



Diese engagierte Arbeit, ausgehend von den SozialpädagogInnen, machte die Bruchbude zu einem ostdeutschen Vorzeigeprojekt, zu einem Projekt, dass „als eines der wenigen erfolgreichen Beispiele für ‚akzeptierende Jugendarbeit‘ mit Rechten [gilt]“ (Freitag 52; 22.12.2000).

WAS HAT SICH DURCH DIE „BRUCHBUDE“ IN MILMERSDORF VERÄNDERT? Bevor es die Bruchbude gab, trafen sich die Jugendlichen an einem Spielplatz. Sie griffen immer wieder russlanddeutsche AussiedlerInnen an, die nach der Wende in die Siedlung des alten Betonwerks gezogen waren. Die Gemeinde geriet durch ihre Jugendlichen in die Schlagzeilen, war „verschrien als Dorf der Neonazi-Aufmärsche“ (Berliner Zeitung; 26.04.2000). Die Ruhe im 2000-Einwohner-Ort war gestört – es entstand die „Bruchbude“ und damit verschwanden die rechtsorientierten Jugendlichen von der Straße in einen geschützten Raum. Die Übergriffe gingen zurück. Das äußerliche Auftreten (bspw. die Kleidung) der Jugendlichen änderte sich. Schließlich war die „Bruchbude“ ja zu einem wichtigen Treffpunkt für sie geworden und Kleidungsstücke wie Springerstiefel, ebenso alle verfassungswidrigen Symbole und Zeichen waren hier verboten. Damals sorgte vor allem Filippo Smaldino dafür, dass sich etwas veränderte. Trotzdem: Das Problem ist nicht wirklich verschwunden, nur verlagert. Das ist trotz der geleisteten Arbeit in der „Bruchbude“ nichts Verwunderliches. Filippo sagte dazu: „Ich bin nicht so arrogant zu sagen, dass man nach 4 _ Jahren Vorzeigedemokraten herangezüchtet hat. Wenn heute vor 4 _ Jahren 90% rechtsorientiert waren, also ein rechter Mainstream bestand, dann weiß ich heute, dass ich keine super Demokraten da habe, die sagen: ‚Ausländer sind meine Freunde‘.“ Nur, die Jugendlichen tragen ihre Einstellungen heute nicht mehr so öffentlich zur Schau, ihr Outfit, ihre Frisuren haben sich verändert, auch die Gewaltbereitschaft. Vieles hat sich einfach dadurch verändert, dass sich die, die bereits fest in rechtsextremen Strukturen eingebunden waren, durch die „Bruchbude“ zurückgezogen haben. Heute sind erstmal wieder andere Probleme sichtbarer: Drogen, Arbeitslosigkeit usw. usf.. Wie schnell, dass aber kippen kann, zeigte sich Ende April diesen Jahres. Hier stand die „Bruchbude“ durch Philippos Weggang vor einem fast-Aus, was die NPD dazu veranlasste, Aufkleber und Flugblätter am Club zu verteilen. Die Zeitung ‚Freitag 52‘ zitierte Filippo vier Monate vor dieser Aktion folgendermaßen: „Wenn ich jetzt gehe, war alles umsonst. Dann rücken die Kameradschaften hier ein.“ und die Verfasserin schrieb weiter: „Dann würde die NPD wieder Bomberjacken, Gürtelschnallen und Hundertmarkscheine an die Kids verschenken.“ Und es zeigte sich ja sehr bald, wie richtig er die Situation einschätzte. Wie gesagt: Äußerlich hat sich etwas verändert. Warum die akzeptierende Jugendarbeit nicht tiefergehende Veränderun-

gen erreichte, ist durch mancherlei Faktoren zu begründen, von denen ich einige bereits aufgegriffen habe. Die gesamte Problematik lässt sich in kein einfaches ‚Ursache-Wirkungs-Schema‘ pressen, dafür sind die wirkenden und daraus wiederum resultierenden Mechanismen einfach zu komplex. Und ich möchte mir mit diesem Artikel auch in keinster Weise anmaßen, sämtliche Ursachen und Wirkungen zu kennen und beschreiben zu können.

Aber auf einen Faktor, nämlich den der Gesellschaft möchte und muss ich an dieser Stelle noch genauer eingehen. Warum es so schwierig ist, eine Veränderung von rechtsextremen Einstellungen bei den ‚Symptomträgern‘ – also den rechtsextrem orientierten Jugendlichen, die bspw. durch ihre Gewaltbereitschaft auffallen – zu bewirken, ist vor allem dadurch zu begründen, dass derartige Orientierungen keine Randerscheinungen sind. Durch pädagogische Arbeit in einem Jugendclub kann man nur auf einen Bereich des jugendlichen Lebens einwirken, Eltern bspw. bleiben unerreichbar. Und natürlich bleibt ja die Gesellschaftsstruktur an sich die Gleiche. Ein Projekt wie die „Bruchbude“ und sei es noch so engagiert, kann nicht die Strukturen und Denkweisen der Bewohner eines ganzen Ortes verändern. Und das wäre nach unseren Erkenntnissen über die gesamtgesellschaftlichen Strukturen von rechtsextremistischen Orientierungen, welche in der ‚Recherchebroschüre Rechtsextremismus – Denn wir wissen, was sie tun.‘ detailliert nachzulesen sind, notwendig.

**RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS
GEGENSTRATEGIEN. SEITE 39**

KURZBESCHREIBUNG DER SITUATION HINSICHTLICH RECHTSEXTREMISTISCHER ORIENTIERUNGEN IN DER UCKERMARK „Rechtsextremismus entwickelt sich in der Uckermark zu einer dominierenden (Jugend-) Kulturbewegung mit Tendenz zur sozialen Bewegung und einer organisierten politischen Komponente“ (Zschöge, *Recherchebroschüre I*, Mai 2000).

Durch diese These wird verdeutlicht, dass sich die rechtsextreme (Jugend)Kultur im Osten Deutschlands schon vor Jahren zum Mainstream entwickelt hat. Die Situation in Milmersdorf stellte sich, zumindest vor und zu Beginn des Projektes „Bruchbude“ genau so dar. 90% der Jugendlichen waren ihrem optischen Erscheinungsbild nach rechtsorientiert, einige waren (und sind noch immer) in rechtsextremen Organisationen auch überregional tätig, es gab keine Gegensezene. Filippo Smaldino selbst bezeichnete die rechtsorientierte Szene dort als „Mainstream“.

Das hat sich inzwischen durch die pädagogische Arbeit zwar äußerlich abgebaut, aber Rassismus ist nach wie vor fester Bestandteil im Alltag. So stellte die *Recherchebroschüre I* fest: „Nach unseren Beobachtungen sind Zuordnungen nach der Art, die eine Jugendszene ist ‚rechts‘, die andere Subkultur ist ‚links‘ wenig nützlich. Rechtsextreme Werte, so unsere Einschätzung, sind heute – und besonders in den neuen Bundesländern – Teil fast aller jugendlichen Subkulturen.“ Rechtsextreme Orientierungen finden sich aber keineswegs nur in den Jugendszenen wieder. Sie werden auch durch

**RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS
URSACHENANALYSE. SEITE 39
„BRUCHBUDE“ IN MILMERSDORF**



andere Generationen vertreten. Ausdruck dessen ist schon allein die Tatsache, dass rechtsextreme Orientierungen als solche gar nicht mehr wahrgenommen, also als „normal“ empfunden werden. Ein Großteil der Bevölkerung in Milnersdorf nimmt Rechtsradikalismus nicht als Problem wahr. Das wurde bspw. durch folgende Aussage deutlich: „Die meisten seien nur daran interessiert, dass es keine Randalen mehr am Spielplatz gäbe, und wollten das Problem rechter Gewalt nicht sehen“ (*Freitag 52; 22.12.2000*). In welche funktionierende tolerante, weltoffene Gesellschaft soll denn die Sozialpädagogik die Jugendlichen zurückführen?

SCHLUSSFOLGERUNG: Der Stein des Anstoßes in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist allzuoft nicht die rechtsextremistische Orientierung selbst, sondern „die Gewalt“. Viele Menschen sind der Auffassung: Löst man das „Gewaltproblem“, ist auch der Rechtsextremismus nicht mehr vorhanden. Dies halten wir für eine Fehleinschätzung. Wir haben dieser Thematik daher nicht grundlos einen eigenen Artikel gewidmet (siehe „Die Instrumentalisierung der Gewaltdebatte“, Zschöge). Rechtsextremistisch begründete Gewalt ist allein die „Spitze des Eisberges“. Darunter liegend bieten die rassistischen Denkmuster der Gesellschaft die Basis für derartiges Handeln. Rechtsextremistische Orientierungen sind in den ostdeutschen Bundesländern keine Randerscheinung. Es handelt sich hier nicht um einige marginalisierte Jugendliche, die sich in Opposition zu ihrem erwachsenen Umfeld befinden würden.

Diese gesellschaftlichen Kontexte sind Gründe dafür, dass die Veränderungen, wie sie aus der akzeptierenden Jugendarbeit heraus entstehen können, kaum tiefgreifender inhaltlicher Natur sein können. Denn: „Je mehr sich die Jugendlichen in Übereinstimmung mit ihrem Erwachsenenumfeld sehen und je mehr Anerkennung, Bestätigung und – teilweise klammheimliche – Sympathie sie dort für ihre Auffassungen und Taten bekommen, [um so schwerer ist eine Veränderung zu erreichen]“ (*Krafeld; 1999*). An diesem Punkt wird deutlich, dass die Übertragung des Konzeptes von Krafeld nicht möglich ist, da rechtsextremistische Einstellungen, anders als in den alten Bundesländern hier zumindest in bestimmten Regionen keine Randerscheinung sind.

Ein zweiter Punkt, warum der akzeptierende Ansatz nicht tiefer greift, findet sich in der Art der Finanzierung der entsprechenden Jugendeinrichtungen, die gemessen an westdeutschen Verhältnissen hier noch unsicherer ist. Eine Planung über ein Jahr hinaus ist absolut unmöglich, da es meist nur kurzfristige Finanzierungen nach dem Gießkannenprinzip gibt. So gibt es auch kaum Geld für pädagogisches Fachpersonal. Milnersdorf ist schon insofern Vorzeigeprojekt, weil es hier zumindest einen, zeitweilig sogar zwei pädagogisch Ausgebildete gibt bzw. gab. Diese sind jedoch nicht etwa für die pädagogische Arbeit zuständig. Da eine langfristige Finanzierung des Projektes nicht gesichert ist, sind sie zu einem großen Teil der Arbeitszeit damit beschäftigt, Geldmittel zu besorgen.

Die pädagogische Arbeit muss dann von den SAM- und ABM-Kräften übernommen werden, welche selten Vorerfahrung auf diesem Arbeitsgebiet mitbringen und für meistens auf ein Jahr befristet in dem Jugendclub bleiben. So wechseln in regelmäßigen Abständen die Bezugspersonen. Wie soll auch nur ansatzweise mit pädagogisch nicht ausgebildeten, dazu noch ständig wechselndem Personal und unzureichend gesicherter Finanzierung (v.a. langfristig gesehen) ein Konzept, wie Krafeld es formuliert hat, erfüllt werden? Die Übertragung des Ansatzes der akzeptierenden Jugendarbeit von Bremen auf bspw. Milnersdorf funktioniert nicht. Das wurde auch durch den Weggang Filippas aus der „Bruchbude“ verdeutlicht. Rückblickend erklärte mir Filippo seinen Abschied: „Für mich war es auch wichtig, da herauszukommen, um das alles mal zu reflektieren. Um das alles mal zu begreifen, was mit mir diese 4 Jahre passiert ist.“ Es ist wohl viel passiert, es gibt viele Geschichten zu erzählen und dass er Milnersdorf verlassen hat, bleibt für einige wohl auch ein problematischer Punkt, den man besser nicht anspricht. Filippo sagt selbstkritisch: „Ich war zum Schluss meines Erachtens

fachlich nicht mehr gut. Es ging ja nur noch um Geldbeschaffung.“ Es schwingt Bitterkeit mit. Für Filippo wurde es wichtig, einfach auch persönliche Grenzen zu setzen. Er war am Ende seiner Kraft angelangt, „psychisch und physisch am Ende“. Der Weggang hat etwas Symbolisches, auch wenn die Arbeit in der „Bruchbude“ dank Iris Puhlmann wieder gut läuft. Hoffentlich kann sie durchhalten. Aber um welchen Preis? Soll derartige Arbeit, obwohl durch die Sommerlochdebatte, Rechtsextremismus ja doch inzwischen als ein Problem definiert wurde, weiterhin allein vom Engagement, von der Durchhaltekraft einzelner SozialpädagogInnen abhängig sein?

ZUSAMMENFASSUNG: Zweifellos empfinde ich die persönliche Arbeit der PädagogInnen in der Bruchbude als große Leistung. Aber bei einer kritischen Betrachtung der komplexen Zusammenhänge ist es nicht bzw. nur unter immensen persönlichen Einsatz möglich unter den herrschenden Bedingungen dem Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit gerecht zu werden. Allein wegen der ständigen Unklarheit der Finanzierung ist nicht einmal die Mittelfristigkeit, geschweige denn eine Langfristigkeit des Projektes gesichert. Hierzu kommt die Tatsache, dass Rechtsextremismus in bestimmten Gegenden keine Randerscheinung ist, sondern allein akzeptierte Meinung. Hierbei kann es dann nicht darum gehen, diesen Mainstream zu unterstützen, indem man ihn auch durch die Jugendarbeit akzeptiert. Hier muss die „akzeptierende Jugendarbeit“ ihre Grenze finden. Rechtsextremistisch orientierte Ideologien dürfen in keinsten Weise akzeptiert werden!

Es fehlen einfach notwendige Rahmenbedingungen, ohne die es, wie es eben auch die „Bruchbude“ zeigt, nicht möglich ist, eine tiefgreifende Veränderung herbeizuführen. Wenn das Konzept schon kaum greift unter den verhältnismäßig noch durchaus günstigen Bedingungen, wie sie in der „Bruchbude“ zu finden sind, kann man sich vorstellen, wie die akzeptierende Jugendarbeit anderswo im Osten aussieht. Rechtsextremismus ist und bleibt ein gesamtgesellschaftliches Problem, welchem sich die Politik und die gesamte Gesellschaft stellen muss – und das nicht nur durch kurzweilige Sommerlochdebatten. Durch sie müssen die Rahmenbedingungen, wie Finanzierung und Fachpersonal, Kontinuität, Tiefgründigkeit, Ernsthaftigkeit, eine flächendeckende Jugendsozialarbeit und eine fachliche Auseinandersetzung geschaffen werden.

Das Nichtschaffen dieser Bedingungen weist schon auf ein insgesamt herrschendes Klima. Restriktive Gesetze AsylbewerberInnen gegenüber, das Sparprogramm für Bildung und Jugendarbeit im allgemeinen deuten auf den Nährboden. Sozialarbeit ist nicht in der Lage gesellschaftliche Probleme zu lösen, steht sie allein gelassen mit derartigen Problemen da.

Um hier eine Lösung zu finden, ist es notwendig, nicht allein dem rechten Mainstream Beachtung zu schenken. Besonders wichtig ist es, Jugendliche zu unterstützen, die sich gegen rassistische Einstellungen positionieren, um der nachwachsenden Generation Alternativen anbieten zu können. Alle diesbezüglich nötigen und möglichen Aktivitäten ergeben nur einen Sinn, wenn sie eingebettet sind, in einen gesamten Prozess des Umdenkens hin zu einem demokratischen Eigenverständnis. Zivilgesellschaftliche Strukturen müssen unterstützt und geschaffen werden, um das Klima zu verändern. Ich habe durch meine Recherchen herausgefunden, dass akzeptierende Jugendarbeit eine Gegenstrategie darstellen kann. Aber verschiedenste Projekte machen immer wieder deutlich, wie wichtig es ist, dass für ein erfolgreiches Arbeiten, bestimmte Rahmenbedingungen gegeben sein müssen. Diese Rahmenbedingungen sind in Milnersdorf wie anderswo in Ostdeutschland nicht gegeben. Dadurch sind der „akzeptierenden Jugendarbeit“ die Grenzen vorgegeben und somit auch ihrer Chancen beraubt. Deshalb muss ich hier die Schlussfolgerung ziehen: Akzeptierende Jugendarbeit ist SO nicht machbar und so das Konzept in Ostdeutschland gescheitert!

SUSANNE LANG

EMANZIPATORISCHE JUGENDARBEIT – MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN

Weder das Phänomen Rechtsradikalismus noch die Forderung an Jugendarbeit, rechtsradikalen Jugendlichen Einhalt zu gebieten, ist etwas neues. Dennoch lassen sich nachhaltige Erfolge in Brandenburg im Bereich der Jugendarbeit nicht erkennen. Deshalb ist es notwendig „tabula rasa“ – reinen Tisch – mit den bestehenden Ansätzen und Konzepten von Jugendarbeit zu machen, die auf den Weg geschickt worden sind, um den rechten Mainstream zurück zu drängen. Was hat akzeptierende Jugendarbeit bewirkt und geleistet? Wie kann langfristig eine Dominanz des rechten Mainstream eingedämmt und wie kann sich eine demokratische, auf Selbstbestimmtheit und Selbstständigkeit beruhende Jugendkultur etablieren?

JUGENDARBEIT UND RECHTSRADIKALISMUS

Rechtsradikalismus und Rassismus sind gesamtgesellschaftliche Probleme. Das wird oft betont, scheint es dabei jedoch, dass im gleichen Zuge die Dimension dieses Satzes offensichtlich nicht klar ist. Rechtsradikalismus ist kein von der Jugendarbeit produziertes und auch kein von der Jugendarbeit zu lösendes Problem. Daher ist es absurd, ein Jugendarbeitskonzept erfinden zu wollen oder nach diesem zu suchen, das diese „Krankheit“ heilen soll. Denn Rechtsradikalismus ist keine Krankheit, von der Menschen unschuldigerweise befallen worden sind, so wie auch rechtsradikale Täter keine „verlorenen Schafe“ sind, die zurückgeholt werden müssen. Rechtsradikale Einstellungen, Organisationen und Taten sind Resultat und Ausdruck einer politischen Ideologie, welche Menschen auf Grund von rassistischen Kategorien wie Hautfarbe, Religion, Nationalität, Kultur verschiedene Eigenschaften zuordnet und auf Grundlage dieser Zuordnungen diskriminiert, ausgrenzt, verfolgt und ihnen Lebensberechtigungen abspricht, dabei autoritäre, hierarchische Organisationsformen proklamiert und individuelle, persönliche Bedürfnisse von Menschen der „führenden Gruppe“ unterordnet. Es handelt sich hierbei also nicht um „Verfehlungen“ sondern um ein klares rassistisches Menschenbild und die Umsetzung dessen. Dabei ist nicht gesagt, dass auch dem rechtsradikalen Täter Änderungsprozesse zugetraut werden können, etwa ein anderes Menschenbild anzunehmen und ein anderes Leben zu führen. Aber in der Diskussion um Rechtsradikalismus ist, wie auch der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) konstatiert, „eine Sozialpädagogisierung des Problems, eine Pädagogik des Verstehens um jeden Preis, die Eigenverantwortlichkeit weitgehend ausklammert, ... hier fehlt am Platz.“

Wenn wir von Rechtsradikalismus reden, so meinen wir eine ganze Facette von Problemen, wie z.B. einen Mediendiskurs, der faschistische Propaganda reproduziert, wie rassistische Äußerungen von Spitzenpolitikern, die rassistische Stimmungen in der Bevölkerung verstärken. Standortdebatten rücken in den Mittelpunkt anstelle von Debatten um die Ursachen und möglichen Lösungsansätzen zur Verhinderung rassistischer Einstellungen und rechtsradikaler Organisationen. Diese Aufzählungen lassen sich weiterführen und in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen lassen sich Verantwortlichkeiten und Handlungsaufforderungen formulieren, um dieses gesamtgesellschaftliche Problem Rechtsradikalismus zu bekämpfen. Einer dieser Bereiche ist der der Jugendarbeit.

Jugendarbeit hat eine Verantwortung in dem gesamten gesellschaftlichen Feld der Auseinandersetzung und damit auch verschiedene Möglichkeiten und Notwendigkeiten, sich zu positionieren und zu handeln. In der Jugendarbeit werden neben der Schule und dem Elternhaus Werte vermittelt und Normen durchgesetzt. Gerade hier finden für Jugendliche oftmals die ersten Versuche statt, sich in gesellschaftliche Prozesse einzubringen. Hier geschehen gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, die oftmals auch prägend sind für eine Sozialisation,

aber auch für ein Klima oder einen Trend unter Jugendlichen einer Kommune. Damit sind die verschiedenen Handlungsbereiche umrissen:

- 01.** die individuelle Ebene der Wertevermittlung, die einem Jugendlichen wiederfährt, der/die in der Jugendarbeit „betreut“ wird;
- 02.** die jugendkulturelle Ebene – in dem in Jugendklubs und -zentren oftmals Trends gesetzt oder zumindest beeinflusst werden;
- 03.** die Ebene der politischen Sozialisation, da Jugendklubs als außerschulische Institutionen oftmals der erste Ort sind, wo verschiedene eigene Interessen erkannt, ausgehandelt und umgesetzt werden.

Mitbestimmung und Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen kann in außerschulischen Jugendeinrichtungen geübt und praktiziert werden, wenn entsprechende Rahmenbedingungen das gestatten. In der Schule, wo die Leistungsanforderungen im Mittelpunkt stehen, geht es hauptsächlich um die Wissensvermittlung und -aneignung. Die Interessen der Schüler sind dabei dem Erziehungsauftrag der Schule untergeordnet. Es geht lediglich darum, dass eine bestimmte Anzahl von Schülern in einer bestimmten Zeit ein bestimmtes Wissen und bestimmte Fähigkeiten erworben haben soll. Neben der Schule und dem Elternhaus setzen sich Jugendliche vor allem innerhalb ihrer Freizeit untereinander auseinander. In einer Gesellschaft, die sich demokratisch nennt und die davon lebt, dass ihre Bürger sich verantwortlich fühlen und am gesellschaftlichen Leben aktiv teilnehmen sind also Orte unerlässlich, wo ein demokratisches und solidarisches Engagement und Verantwortungsbewusstsein vermittelt und gestärkt werden. Jugendarbeit hat somit den Auftrag zur außerschulischen „Erziehung“ zu demokratischen Werten und Normen. Orte, in der dieser Auftrag und diese Verantwortung umgesetzt werden, sind Jugendfreizeiteinrichtungen. Genaugenommen kann zu demokratischen Werten nicht erzogen, sondern nur sozialisiert werden. Eine Jugendarbeit kann in diesem Sinne nur Umgebungen schaffen, die zur Annahme von demokratischen Werten motivieren und Jugendarbeiter können Engagement fördern und unterstützen.



Dieser Exkurs scheint notwendig, wenn Jugendarbeit im Land Brandenburg betrachtet wird. So wird in vielen Kommunen Jugendarbeit als freiwillige Aufgabe in der Form begriffen, das die kommunale Jugendförderung in der realen Umsetzung oft einer immensen Mangelfinanzierung gleich kommt. Auch scheint nicht klar zu sein, dass die Umsetzung eines Erziehungsauftrages mit Fachlichkeit verbunden ist, die weder Ehrenamt noch Arbeitsbeschäftigungsmassnahmen leisten können. Ohne bessere Rahmenbedingungen wird die Jugendarbeit Brandenburgs immer mehr auf das Eigeninteresse, die Eigenverantwortung und das Eigenengagement von Jugendlichen hoffen müssen, ohne einen Einfluss darauf haben zu können, welche Interessen und welches Engagement sich dort organisiert – ob das nun demokratische oder neofaschistische sind. In einem Land, in dem es Jugendklubs gibt, die nur von rechtsradikalen Jugendlichen genutzt werden, sich zu organisieren, so wie auch Sportvereine von Rechtsradikalen inzwischen auch schon genutzt werden, um Zugang zu Räumlichkeiten oder um Ausbildungen in Kampfsportarten zu erhalten, trägt die Jugendpolitik des Landes, wie auch die der Kommunen eine wesentliche Mitschuld an der Etablierung eines sogenannten rechten Mainstreams unter Jugendlichen. Die Bezeichnung „Rechter Mainstream“ beschreibt das Phänomen, was in vielen Brandenburger Kommunen zu beobachten ist: es ist „in“ rechts zu sein – Neofaschismus ist zu einer Modeerscheinung geworden. Diese Mode hat den Effekt, dass andere Jugendkulturen kaum wahrnehmbar vorhanden sind. Gleichzeitig wächst der Anpassungsdruck für Jugendliche wie auch die gesellschaftliche Akzeptanz von rechtsradikalen Einstellungen.

AKZEPTIERENDE JUGENDARBEIT - DER VERSUCH, RECHTSRADIKALISMUS ZU THERAPIEREN.

Der Umgang, der in den letzten Jahren mit dem Thema Rechtsradikalismus gepflegt wurde, zeigt ganz deutlich, wie gefährlich ein vorschnelles Übertragen von Konzepten der Jugendsozialarbeit ohne Berücksichtigung der Spezifik der jeweiligen Situation sein kann. Statt eine offensichtlich unterpräparierte demokratische Jugendkultur zu fördern, wurden jahrelang alle Varianten der Akzeptierenden Jugendsozialarbeit ausprobiert: Ein Versuch die Täter zu reintegrieren, ein Versuch Rechtsradikalismus zu therapieren. Das der Versuch scheitern musste, liegt auf der Hand: die akzeptierende Sozialarbeit ist ein Konzept, dass in den 70iger Jahren entwickelt wurde, um einen Umgang mit offenen Drogenszenen und der damals erstmals vermehrt eingesetzten Repression zu finden. Es sollte die Möglichkeit geschaffen werden, einen Zugang zu einem gesellschaftlich ausgegrenzten Klientel zu erhalten. Dafür wurde ihr sogenanntes delinquentes Verhalten (Drogenkonsum) zunächst akzeptiert, um durch eine Stabilisierung und durch entsprechende Pädagogik sie „eines besseren zu belehren“, ihnen „den Weg raus“ zu zeigen, sie wieder „in die gesellschaftliche Mitte“ zu holen. Dieses Konzept aus der BRD der 70iger/80iger Jahre wurde in den Osten Deutschlands der 90iger Jahre übertragen und Drogenabhängigkeit durch Rechtsradikalismus ersetzt. Die Unterschiede sind offensichtlich. Während Drogenabhängige wirklich eine isolierte Randgruppe darstellten, waren das Rechtsradikale im Osten Deutschlands nie gewesen. Während Drogenabhängigkeit noch als therapierbares Phänomen eingeordnet werden kann, ist das bei Rechtsradikalismus absolut nicht haltbar. Und schließlich: Während im Westen der BRD eine Struktur von Jugendeinrichtungen und ausgebildeten Fachkräften etabliert wurde, war das in den neuen Bundesländern nie der Fall. Leider wurden beim Übertragen der Akzeptierenden Jugendsozialarbeit von West nach Ost diese wesentlichen Unterschiede übersehen, was in der Endkonsequenz eine fatale Verschlechterung der Situation brachte: Anfang der 90iger gab es im Osten Deutschlands erschreckend viele rechtsradikale Organisationen gerade unter Jugendlichen; es gab erschreckend viele Übergriffe auf Menschen, die zu sozialen Minderheiten gehören; es gab Pogrome, Überfälle und Brandanschläge auf Jugendklubs, Wohnheime von Asylsuchenden etc. Heute hat sich im Osten Deutschlands ein rechter Mainstream etabliert, eine rechtsradikale Jugendkultur sowie ein breiter gesellschaftlicher Konsens, der dies duldet und stillschweigend unterstützt. Weder die Zahl der Übergriffe auf Menschen aus sozialen Minderheiten hat sich minimiert, noch sind Brand-

anschläge und Übergriffe Rechtsradikaler auf öffentliche Einrichtungen aus den Zeitungsmeldungen verschwunden. Die Effekte sind erschreckend: die Rechtsradikalen wurden real integriert, wurden salonfähig gemacht und haben so noch leichter ihren Weg in die gesellschaftliche Mitte geschafft. Das soll nicht heißen, dass die Anwendung eines falschen Konzepts allein solch dramatische Folgen haben konnte, oder der Akzeptierenden Jugendarbeit im Umkehrschluss solche Wirkung zuzurechnen ist. Die Problemlösungsstrategien im Umgang mit Rechtsradikalismus anderer gesellschaftlich relevanter Akteure eröffneten ebenso nicht gerade Vorbilder oder zeigten einen differenzierteren Umgang mit dem Thema. Die Pogrome von Rostock, Mölln und Solingen als „Volkswille“ zu interpretieren und daraufhin das Asylgesetz dramatisch einzuschränken, folgte der gleichen Logik: Rechtsradikale Gedanken und Wünsche ernst nehmen, sie zu akzeptieren und damit gesellschaftlich zu rehabilitieren.

LESSONS LEARNED? WELCHE FORDERUNGEN LASSEN SICH AUS DEN VERSCHIEDENEN HANDLUNGSEBENEN FÜR DIE JUGENDARBEIT IM UMGANG MIT RECHTSRADIKALISMUS ABLEITEN?

Die individuelle Ebene der Wertevermittlung. Um einem rechten Mainstream etwas entgegen setzen zu können, muss es ein klares demokratisch – antifaschistisches und nicht rassistisches Selbstverständnis der „erziehenden“ Personen geben. Ohne dieses können selbstverständlich auch keine demokratischen antifaschistischen Werte vermittelt werden. Des weiteren ist ein konzeptionelles Arbeiten einer jeden Jugendeinrichtung Voraussetzung, um Werte und Ideale zu vermitteln. Dies setzt wiederum eine fachliche Auseinandersetzung mit dem Wirken und den angewendeten Methoden und Angeboten der Einrichtung voraus. Leider sind solche Konzepte oftmals nicht vorhanden. So diffus und konzeptlos wie das Angebot und die Umsetzung in Jugendeinrichtungen oftmals ist, ebenso unbestimmt und unwahrscheinlich ist auch die Vermittlung von Werten und Handlungsmöglichkeiten, die sich gegenüber rechtsradikalen Einstellungen und Handlungen abgrenzen. Angesichts der Massivität rechtsradikaler Jugendkultur lässt sich inzwischen die berechtigte Forderung erheben, dass verantwortliche Personen der Jugendeinrichtungen wissen, was Rechtsradikalismus ist, wie er sich zeigt und welche jugendkulturellen Ausrichtungen darin oftmals zu finden sind. Das Erkennen von rechtsradikalen Symbolen gehört genauso dazu wie ein klares unmissverständliches Verhalten bei der Auseinandersetzung um solche Symbole. Das Tragen von rechtsradikalen Symbolen und das Abspielen von rechtsradikaler Musik hat mit Meinungsfreiheit nichts zu tun und ist auch nicht zu tolerieren. Beides gehört auch nicht in den öffentlichen Raum und erst recht nicht in eine Jugendeinrichtung. Wenn hier rechtsradikale Symbole, Liedtexte und Propaganda ungestört verbreitet werden können, so wird nicht die Akzeptanz des einzelnen Jugendlichen, sondern die Akzeptanz eines rechtsradikalen Menschenbildes vermittelt. Das ist in der Frage der Wertevermittlung an Jugendliche schlichtweg katastrophal.

Die jugendkulturelle Ebene: Jugendzentren und –einrichtungen sind immer Orte, die einen Einfluss auf die örtliche jugendkulturelle Szene haben. Hier werden Trends gesetzt, etabliert oder beeinflusst – auf jeden Fall findet hier ein Aushandeln von Trends und Moden statt, zu denen neben Kleidung, Haarstyle und der dazugehörigen Sprache und Musik auch meistens bestimmte Identifikationen, Weltbilder und Ideale gehören. Diese verschiedenen Szenen und Trends sind unterschiedlich raumnehmend gegenüber anderen Trends. Das, was unter „rechtsradikaler Subkultur“ oft zusammengefasst ist, bezeichnet die Jugendmode, die inzwischen in vielen Brandenburger Kommunen dominierend ist: die Musiktexte beinhalten menschenverachtende rechtsradikale Propaganda, die Kleidung ist sehr militärisch und oft mit rassistischen und menschenverachtenden Parolen bestückt. Das ganze Auftreten ist sehr martialisch und die Frisuren sind eher kurz. Zur Freizeitbeschäftigung gehört neben der Teilnahme an NPD Aufmärschen auch das Betonen der Gemeinschaft, in der man zusammenhält und in der sich gegenüber allem ab- und alle anderen aus-gegrenzt wird, die nicht dazugehören. Mit inbegriffen ist dabei das Nicht-Dulden und Verdrängen von ande-

ren Jugendlichen, die sich nicht dieser Ideologie unterordnen oder sich gar abgrenzend oder ablehnend positionieren. Neben einer rechtsradikalen Jugendkultur kann keine zweite existieren, die sich nicht dieser Ideologie unterordnet. Nur selten sind in einer Stadt, in der sich eine rechtsradikale sogenannte Jugendkultur etablierte, noch weitere Jugendkulturen zu finden, es sei denn, sie waren in der Lage, sich gegen die täglichen Angriffe zur Wehr zu setzen und zu behaupten. Dies ist ein zweiter Grund, warum es in der Verantwortung von Leitern und Angestellten von Jugendeinrichtungen liegt, in Gruppen auftretenden rechtsradikalen Jugendlichen den Zutritt zu der Einrichtung zu verwehren. Auch wenn das Auftreten der rechtsradikalen Jugendlichen wenig politisch und wenig organisiert erscheint, so ist der Einfluss, den sie auf das kulturelle Klima im Jugendklub genauso wie auf das öffentliche Klima in der Stadt haben, verheerend: rassistische Sprüche werden „chic“, ausgrenzendes Verhalten wird normal und rechtsradikale Denkmuster finden ihren Weg in die gesellschaftliche Mitte. Gleichzeitig sind alternative Jugendkulturen nicht mehr wahrnehmbar, so dass Alternativen immer isolierter bzw. weniger vorhanden sind. Am Ende erscheint es, als sei die Mehrzahl der Jugendlichen „rechts“.

Die Ebene der politischen Sozialisation: Wird diese Ebene der Betrachtung in den Mittelpunkt gestellt, so zeigt sich auch hier die Unvereinbarkeit von öffentlichen Einrichtungen in einer sich demokratisch nennenden Gesellschaft mit rechtsradikalem Klientel. Aushandlungsprozesse können nicht nach dem Prinzip „der Stärkere setzt sich durch“ stattfinden, wie es in rechtsradikalen Gruppen passiert. Das geht an dem pluralistischen Gedanken, wie auch an dem Grundsatz des gleichen Rechts für alle Menschen, vorbei. Wenn Jugendliche in einem Jugendzentrum die Möglichkeit haben sollen, sich politisch zu sozialisieren, so müssen auch die dafür notwendigen Freiräume vorhanden sein. Diese sind nicht gegeben, wenn entweder rechtsradikale Jugendliche den Jugendklub dominieren können, oder wenn es im Jugendklub kaum Entscheidungsmöglichkeiten gibt. Deshalb ist es notwendig, dass Jugendeinrichtungen ihre Verantwortung, aber auch ihre Chance in der politischen Sozialisation jugendlicher wahrnehmen.

EMANZIPATORISCHE / PARTIZIPATORISCHE JUGENDARBEIT- EINE FRAGE DER PERSPEKTIVE, DES MENSCHENBILDES UND DES POLITISCHEN VERSTÄNDNISSSES VON RECHTSRADIKALISMUS

Es gibt wahrscheinlich unzählige Konzepte der Jugendarbeit, die deshalb so verschieden sind, weil es unter den Fachkräften keinen Konsens über das Klientel, was angesprochen werden soll, wie auch über die Aufgaben und Ziele von Jugendarbeit gibt. Das mag zwar verwundern, aber es zeigt auch sehr deutlich, in welchen Spannungsfeldern sich Jugendarbeit bewegt. Wie oben bereits beschrieben, sind in Brandenburger Jugendeinrichtungen Fachkräfte genauso selten wie Konzepte, nach denen die Einrichtungen arbeiten. Diese konzeptionellen Lücken der Einrichtungen selbst werden oft gefüllt durch Erwartungshaltungen, die von kommunaler – oft geldgebender – Seite formuliert werden. Da wird die Jugendarbeit zu Hilfe gerufen und regelrecht in die Pflicht genommen, wenn jemand Drogen konsumiert, wenn es sogenannte „jugendliche Randal“ gibt, wenn Rechtsradikale an den Schulen auftauchen, wenn in der Innenstadt zu viele Fahrräder gestohlen werden. Jugendarbeit wird hier zur „Sozialfeuerwehr“ funktionalisiert. Dies folgt der Logik, dass Jugendarbeit, für die schließlich Geld ausgegeben wird, ja auch irgendwas „bringen“ muss. Eine gesellschaftliche Verantwortung, Räume zu schaffen, in denen Jugendliche die Möglichkeit haben, sich zu mündigen Bürgern dieser Gesellschaft zu entwickeln, wird in dieser Argumentation völlig ausgeblendet. Jugendzentren sind aus dieser Perspektive für Problemfälle da, die „von der Straße geholt werden müssen“, damit sie unter Kontrolle sind, damit sie integriert werden können. Aus der gleichen Logik heraus wurden die unsäglichen Präventionskonzepte entwickelt, die eine Zusammenarbeit von Schule, Jugendarbeit und Polizei fordern, um eine eventuelle Kriminalität, die von Jugendlichen ausgehen könnte, einzudämmen. Dabei ist jeder Jugendliche, der/die in Jugendclubs eingebunden ist, anscheinend ein potentieller Delinquent. Jugend wird damit zum Problemfall und nicht zur Chance. Wenn sich diese Perspektive

durchsetzt, so sind die in den 70iger Jahren in der BRD erkämpften Freiräume wie selbstverwaltete Jugendzentren oder alternative Konzepte emanzipatorischer Jugendarbeit, passé. Jugendarbeit wird von Jugendsozialarbeit ersetzt.

Eine andere Perspektive, Jugend und damit auch Jugendarbeit zu begreifen, ist die der emanzipatorisch/ partizipatorischen Jugendarbeit. Hier ist der/die Jugendliche nicht der Problem- oder Sozialfall sondern ein/e gleichberechtigte/r Partner/in. Jugendarbeit ist darin ebenso eine kommunale Aufgabe, fungiert aber nicht als „Sozialfeuerwehr“, sondern als Unterstützung, Chance oder Möglichkeit für Jugendliche, im Rahmen ihrer Entwicklung zu mündigen, verantwortungsbewussten und solidarischen Menschen. Jugend wird als Chance begriffen und Jugendarbeit muss unabhängig von Schule, Elternhaus und erst recht von Polizei begriffen werden. Denn innerhalb von Jugendarbeit kann es nicht darum gehen, den Jugendlichen möglichst schnell zu überführen, sondern möglichst gut zu unterstützen und auf seine /ihre Bedürfnisse einzugehen. Es ist Ziel, emanzipierte und an gesellschaftlichen Prozessen aktiv teilnehmende Menschen zu „erziehen“, bzw. ihnen den Raum zu lassen, sich zu genau solchen Menschen zu entwickeln.

Im Umgang mit Rechtsradikalismus werden rechtsradikale Jugendliche ebenso wie andere Jugendliche als bewusst und absichtlich handelnde Personen ernst genommen. Aus dieser Perspektive heraus macht es keinen Sinn, sich um diese Täter mit sozialtherapeutischen Maßnahmen zu bemühen, da sie Täter und nicht Opfer der Situation sind. Es ist sinnvoll, die betroffenen Menschen und Menschengruppen (MigrantInnen, AusländerInnen, Behinderte, Obdachlose...) zu stärken und eine gesellschaftliche Solidarisierung einzufordern. Denn oftmals wird vergessen, dass ein rassistischer Angriff nicht nur Ausdruck einer gesellschaftlich marginalisierten Position der Betroffenen ist, nicht nur körperliche und psychische Schäden mit sich bringt, sondern auch eine gesellschaftliche Stigmatisierung als „Opfer“ und damit einhergehende zusätzliche Ausgrenzung bedeutet. Jugendarbeit muss die gesamtgesellschaftliche Dimension dieser Ausgrenzungsproblematik selbstverständlich aufgreifen und gleichzeitig jedes Engagement jugendlicher unterstützen, das sich gegen Rassismus und Neofaschismus wendet. In einer Situation, in der sich Jugendliche als rechtsradikal definieren, gibt es offensichtlich einen Mangel an demokratischer Attraktivität. Daher muss eine demokratische Jugendkultur gestärkt werden, um Alternativen vom rechtsradikalen Mainstream wieder lebbar zu machen.

Ein Beispiel für Jugendarbeit nach diesem Konzept ist die Bildungsoffensive. Dieses Modellprojekt zur Unterstützung von Jugendgruppen und -initiativen ist ein Modellprojekt des Demokratischen JugendFORUM Brandenburgs (DJB e.V.).

BILDUNGSOFFENSIVE - DIE FÖRDERUNG UND STÄRKUNG DER PARTIZIPATION JUGENDLICHER AN GESELLSCHAFTLICHEN PROZESSEN

GENEHT RECHTSRADIKALISMUS UND RASSISMUS
Ihr Konzept beruht auf der These, dass sich der rechte, rassistische Mainstream nur dann wirksam bekämpfen lässt, wenn in den Städten alternative Aktivitäten in Kultur und Politik sichtbar werden – also wenn selbstbestimmte Gruppen, alternative Kulturprojekte und Bildungsinitiativen vor Ort entstehen. Nur die Existenz selbstbestimmter Jugendgruppen und alternativer Kulturprojekte wird den rechten Mainstream dauerhaft in Frage stellen können.

Anders als in Großstädten, in denen es eine lange Geschichte von Bürgerinitiativen und selbstverwalteten Kulturprojekten gibt, haben die Jugendgruppen in den Brandenburger Kleinstädten oft wenig Bezugspunkte, auf die sie bei ihrer Arbeit zurückgreifen können. Das liegt zum einen daran, dass es so genannte 'zivilgesellschaftliche Akteure' in kleineren Orten meist schwerer haben; zum anderen, dass in der DDR selbstbestimmte Gruppen von unten nur geringe Spielräume besaßen und die Jugendlichen deshalb nicht einfach an bestehende Projekte anknüpfen können.

Das Ziel der Bildungsoffensive ist es deshalb, die Jugendlichen beim Aufbau eigener politisch-kultureller Projekte und Initiativen (z. B. ein Jugendzentrum, regelmäßig stattfindende Konzerte, eine Kinoreihe, Bildungsveranstaltungen usw.) zu unterstützen. Sie vermitteln know how, was Finanzierung und Verwaltung solcher Projekte betrifft, stellen Kontakte zu Fachkräften und anderen Projekten her, organisieren Bildungsseminare, in denen auch über die inhaltliche Ausrichtung der Projekte mit den Jugendlichen gesprochen wird und fördern die Vernetzung von Brandenburger Initiativen untereinander. Die Bildungsoffensive will mit dieser Arbeit auch Werte vermitteln: Jugendliche sollen die Möglichkeit bekommen, eigene Erfahrungen mit Selbstbestimmung, Eigenverantwortlichkeit, Demokratie und sozialer Verantwortung in Gruppen zu machen. Sie sollen das Verhältnis zwischen Jungen und Mädchen kritisch reflektieren, an der eigenen Persönlichkeitsentwicklung arbeiten und einen solidarischen Umgang untereinander erlernen. Und natürlich: im Alltag Zivilcourage übernehmen, sich für Schwächere engagieren und ein tolerantes, kritisches Bewusstsein entwickeln. Kurzum: Ziel ist, dass aus den Jugendlichen mündige, aufmerksame, vielleicht auch „unangenehme“ Bürger werden, die sich dem Prinzip menschlicher Solidarität verpflichtet fühlen. Die Bildungsoffensive ist ein vierköpfiges Team, dass je nach Aufgabenstellung flexibel und themenbezogen erweitert wird. Im Umgang mit den Jugendlichen wird entsprechend dem emanzipatorisch-partizipatorischem Ansatz versucht, eine gleichberechtigte Beraterrolle auszufüllen. Für diese Art von Arbeit ist ein kontinuierlicher, vertrauensvoller Kontakt mit den Gruppen notwendig.

Konzeptionell werden zwei Schwerpunkte fokussiert. Einerseits gruppenbezogene Unterstützungen und Begleitungen einzelner Initiativen vor Ort und andererseits themenspezifische Projekte, auf Vernetzung und Austausch der Initiativen zielende Veranstaltungen, Seminare und Beratungstreffen. Bei beiden Schwerpunkten stehen die Stärkung eigener Ressourcen und die Vernetzung der einzelnen Initiativen untereinander im Mittelpunkt. Eine wirkliche Unterstützung von Initiativen kann nur die Stärkung eigener Ressourcen sein, die sich als Hilfe zur Selbsthilfe multipliziert. D.h. Jugendinitiativen wissen um die Erfahrungen anderer Initiativen und sind vernetzt in der Lage diese auszutauschen und zu vermitteln. Eigene Handlungsfähigkeit entsteht, indem die Jugendlichen selbst auf Fachkräfte oder Ressourcen zugehen und sie in Anspruch nehmen.

Im Jahr 2000 und 2001 hat die Bildungsoffensive an Dutzenden von Basisprojekten in 14 Städten im Land Brandenburg unterstützend mitgewirkt. Stärkung und Ausschöpfung der eigenen Ressourcen einzelner Jugendgruppen wurden durch kontinuierliche Beratungsgespräche der MitarbeiterInnen gewährleistet und gefördert. Sei es beim Erlangen von Selbstsicherheit im Umgang mit kommunalen Trägern, das Auftreten für eigenen Interessen in der Öffentlichkeit, wie z.B. eigene Treff- und Veranstaltungsräume einzufordern oder inhaltliche Auseinandersetzungen mit gesellschaftsrelevanten und jugendspezifischen Themen innerhalb der Kommune anzuschließen.

Insgesamt zeigte sich, dass mit diesem Ansatz der Unterstützungsarbeit viele Jugendgruppen in ihrem Handeln gestärkt werden konnten, so dass sie sich zu ernstgenommenen Akteuren in ihren Kommunen entwickelten. Ein Interesse an Eigenengagement muss bei Jugendlichen nicht geweckt werden, es bedarf lediglich einer kleinen Chance, sich zu entfalten.

Eine Forderung an die Kommunen, sich demokratischen Jugendinitiativen mit mehr Offenheit und realer, praktischer Unterstützung zuzuwenden, wie auch eine Forderung an die Jugendpolitik mehr Möglichkeiten und Räume – reell wie finanziell – zur Unterstützung solchen Engagements zu schaffen, lassen sich ableiten.

REINHARD WIENKE LOKALE BÜNDNISSE GEGEN RECHTS- EXTREME AKTIVITÄTEN IN DER KOMMUNE VERSUCH EINER VERGLEICHENDEN BETRACHTUNG ZU ERFOLGEN UND GRENZEN DER „BÜRGERBÜNDNISSE GEGEN RECHTS“

In den vergangenen Jahren wurden auch in der Region Barnim/Uckermark lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus und Gewalt und für Toleranz und Weltoffenheit gegründet. Durch meine Arbeit als Leiter der RAA Angermünde konnte ich die Entstehung und das Wirken mehrerer dieser Bündnisse mitverfolgen. Das "Netzwerk Eberswalde" und das "Angermünder Bürgerbündnis" sind mir dabei am besten vertraut. Thesenhaft möchte ich zwischen diesen beiden Vereinigungen die Gemeinsamkeiten aufzeigen, um Grenzen und Möglichkeiten von Bürgerbündnissen besser zu benennen. Nicht jedem wird geläufig sein, dass das Eberswalder Netzwerk die offizielle Bezeichnung "Für ein tolerantes Eberswalde, Netzwerk gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit" trägt und dass das Angermünder Bürgerbündnis sich bei seiner Gründung den Namen "Bündnis für eine weltoffene, tolerante und gewaltfreie Stadt Angermünde" gab. An der gewählten Formulierung ist der jeweils kleinste gemeinsame Nenner sehr gut ablesbar. Beide Bündnisse sind mit dem formulierten Anspruch angetreten, im kommunalpolitischen Raum zu agieren, um rechtsextreme, rassistische und fremdenfeindliche Tendenzen zurückzudrängen und die Mitbürger für mehr "Weltoffenheit und Toleranz" zu mobilisieren, den jugendlichen Teil der Bevölkerung mit einzuschließen. Sie tun das im wesentlichen mit einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit.

Selbstverständlich gibt es zwischen der 46 Tausend Einwohner zählenden Kreisstadt Eberswalde und der Kleinstadt Angermünde mit 10 Tausend Einwohnern gravierende Unterschiede, die auch in beiden örtlichen Zusammenschlüssen gegen rechte Gefahren hinsichtlich der Entstehungsgeschichte, ihrer Mitgliederzusammensetzung, der vorhandenen Ressourcen, Struktur und Handlungsstrategien deutlich werden.

Nach meiner Überzeugung kommt den "Bündnissen gegen Rechts" vor allem eine wichtige ideelle Funktion zu. Sie sind ein "moralisches Barometer" in der Kommune. Deren Existenz zeigt, dass Bürger aktiv in die Geschicke ihrer Kommune eingreifen können.



„Zivilcourage und Bürgergesellschaft“ sind – obwohl bereits überstrapaziert – die Stichworte. In diesen Zusammenschlüssen erfolgt eine erfolgversprechende interdisziplinäre Zusammenarbeit. Lehrer, Polizisten, Sozialarbeiter und Journalisten greifen das gemeinsame Problem aus verschiedenen Blickwinkeln auf. Die Mehrzahl der Aktiven sind beruflich mit der Zunahme rechter Gesinnung konfrontiert und kommen aus Verwaltungen oder gesellschaftlichen Organisationen. Dies ist eine Quelle des Erfolgs, aber auch wiederum eines der Probleme. Die Akteure besitzen eine große Sachkompetenz aber oft nur sehr wenig Zeit. Auch gewährt die lockere, informelle Struktur den Mitwirkenden zwar eine hohe Eigenverantwortlichkeit, aber ständige Aktionen sind so nicht zu koordinieren.

Besonders das Eberswalder Netzwerk, wie sicher auch andere „Bündnisse gegen Rechts“, wurde immer wieder mit überzogenen Erwartungshaltungen von außen konfrontiert. Weder gelang es, „die Mehrheitsbevölkerung“ dauerhaft zu mobilisieren, noch wurden sie „Plattform aller Kräfte gegen Rechtsextremismus“. Allgemein fiel mir auf, dass die anfangs noch mit arbeitswilligen Jugendlichen früher oder später das Interesse an den Netzwerk-Treffen verloren. Ähnliches konnte ich auch in Angermünde beobachten.

Dennoch sind die Erfolge nicht von der Hand zu weisen. Bürger finden hier ein Podium für unbürokratisches persönliches Engagement. Die lockeren, informellen Strukturen bündeln Engagement, Erfahrung und Sachkompetenz der Mitwirkenden, ohne sie in ihrer Entscheidungsfreiheit einzuengen. Die Bündelung von unterschiedlichen Kompetenzen führte zu neuen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, führte zu gegenseitiger Unterstützung bei Einzelprojekten. Das diffuse Klima der Angst und die Scheu, in der Kommune Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit zu thematisieren, konnte überwunden werden. Und auch das konnte ich beobachten: In Eberswalde sind neue Kräfte und Interessenvereinigungen entstanden, die besser in der Lage sein werden, strukturelle Probleme (wie z.B. Alltagsrassismus) zu thematisieren, als die lokalen Bündnisse mit ihrem sehr viel unschärferen Profil. Aber auch in dem viel kleineren Angermünde bemerke ich eine größere Vielfalt des demokratischen Spektrums. Die lokalen Bündnisse gegen Rechts haben dafür den Boden gebnet.

Bei Bürgerbündnissen gegen Rechtsextremismus ist ein Interessenunterschied zwischen Berufsbetroffenen und den kommunalen Entscheidungsträgern tendenziell vorhanden aber ein Konflikt nicht zwangsläufig.

Allgemein sind Bürgerinitiativen zweckbezogen, auf einen konkreten Mangel fixiert, der eigene Interessen berührt. Es geht zumeist um ein Aktivwerden bei Bedarf. Politische Parteien spielten bisher keine vordergründige Rolle in diesen Zusammenschlüssen.

Auch das Engagement in „lokalen Bündnissen gegen Rechts“ wird aus unterschiedlichen Alltagserfahrungen und unterschiedlichen Interessenlagen gespeist, auf denen sich die persönliche Gegnerschaft zu rechtsextremen Wertvorstellungen manifestiert. Die Spannbreite reicht von moralischen, machtpolitischen bis hin zum pragmatisch, ökonomischen Erwägen. Dabei fällt auf, dass Kommunalpolitiker ihr Engagement gegen Rechtsextremismus auch heute noch oft mit dem

Image-Aspekt und dem guten Ruf der Stadt begründen. Während das Eberswalder Netzwerk den Kontakt zur Stadtverwaltung erst suchen musste, war die Angermünder Stadtverwaltung maßgeblich am Zustandekommen und dem Fortbestehen des Angermünder Bürgerbündnisses beteiligt.

Für das Eberswalder Netzwerk aber vielmehr noch für das Angermünder Bürgerbündnis sind vor allem die organisatorischen Potenzen der Verwaltung oder der mitarbeitenden Parteienvertreter von Interesse. Hilfen in dieser Hinsicht wurden bisher gern angenommen.

Insgesamt scheint es bei der Wirkung und dem Ansehen der Bürgerbündnisse sehr von Bedeutung zu sein, wie souverän und sachkompetent der jeweilige Bürgermeister ist und wie aktiv er innerhalb des örtlichen Bündnisses eingebunden ist. Das Verhältnis der Bürgerbündnisse zu linksalternativen Jugendzusammenschlüssen wurde in der Öffentlichkeit bisher wenig thematisiert. Es gibt in Eberswalde und in Angermünde zwiespältige Erfahrungen. Manchmal gewinnt man den Eindruck, es gäbe eine Konkurrenzsituation. Woran liegt das? Gibt es gar einen Generationskonflikt? Oder geschieht das Ausgrenzen und das Abgrenzen nur unbewusst?

Warum gehen beide Seiten so bedenkenlos mit dem Etikett „Antifa“ um? Sich antifaschistisch definierende Jugendliche gerade im kleinstädtischen Milieu haben mit der Berliner Autonomen Szene kaum Gemeinsamkeiten. Doch zum Abbau von Klischees und Vorurteilen auf beiden Seiten müsste man das Gespräch suchen, vorausgesetzt es gibt bekannte Ansprechpartner und Kommunikationswege. Punktuell erfolgreich war in Eberswalde die Mittlerfunktion von Studenten der dortigen Fachhochschule.

Wie in allen lokalen Bündnisgruppen besteht auch das Eberswalder Netzwerk auf dem Grundkonsens zur Gewaltfreiheit. Aber schon das gibt Anlass zu Diskussionen, denn jungen Menschen von der „Antifa Eberswalde“ definieren Gewalt ganz anders, als die mehr oder minder gesellschaftlich etablierten Erwachsenen im Netzwerk. Vielleicht auch deshalb sind Kooperationen und gemeinsame Aktionen eher die Ausnahme als die Regel.

Eigentlich wäre die selbstüberschätzende und kompromisslose Haltung der Jugendlichen und das Denken in Freund-Feind-Kategorien nicht sonderlich tragisch. Zur Eindämmung rechts extremistischer Tendenzen benötigen wir aber auch Alte und Junge, Aktion und Diplomatie, Kontinuität und spontanes Reagieren, Unerbittlichkeit und Verständnis.

KAY WENDEL DAS PRINZIP OPFER- PERSPEKTIVE

„Das mit der Gewalt gegen die Ausländer, das wird doch nur von den Medien hochgespielt. Wenn ein Deutscher von einem Ausländer angegriffen wird, da regt sich keiner drüber auf.“ Ist rechte Gewalt, sind Rechtsextremismus und Rassismus nur Medienthemen, die dazu dienen, die Ostdeutschen schlecht zu machen?

Die Situation hat sich gewandelt, zumindest oberflächlich. Es ist noch nicht allzu lange her, dass rechtsextreme Angriffe nur stereotype Reflexe auslösten. Am besten verschweigen, weil sonst der Ruf der Stadt in Mitleidenschaft gerät. Wenn verschweigen nicht geht, dann verharmlosen. Bestimmt hatte der Angriff keinen rassistischen Hintergrund, vermutlich war es ein privater Streit, der Ausländer wird provoziert haben. Was hat der auch nachts um die Uhrzeit auf der Straße verloren? Die Situation hat sich gewandelt, aber nur auf der Oberfläche. Es ist mancherorts von Toleranz und Weltoffenheit die Rede, die Täter werden nicht mehr als Opfer der Verhältnisse entschuldigt, sondern von der Justiz bestraft, Opfer rechter Gewalt berichten im Fernsehen von ihren Traumata. Und die Angriffe gehen weiter.

Eigentlich ist der Rechtsextremismus heute lächerlich, nicht ernst zu nehmen. Grüppchen und Parteien, die von einer deutschen Volksgemeinschaft fabulieren und ein Viertes Reich herbeiphantasieren. Lächerlich wäre der Rechtsextremismus, wenn die Rechtsextremen nicht Menschen tot schlagen würden. Denn Rechtsextremismus ist keine Meinung; Rechtsextremismus ist eine real existierende Macht mit potenziell tödlicher Wirkung.

GUBEN IST ÜBERALL Die Situation hat sich nicht grundlegend gewandelt. Das rassistische Einstellungspotenzial in der Bevölkerung, dessen Vollstrecker die rechtsextremen Schläger sind, zeigt sich wenig beeindruckt von Toleranzappellen und der Rechnung, dass der Standort nützliche Ausländer brauche. Aufschlussreich ist das Beispiel von Guben. Die Hetzjagd von Guben, bei der der Algerier Farid Guendoul im Februar 1999 in den Tod getrieben wurde, löste zwar einen Aufschrei der Betroffenheit aus; in der Bevölkerung Gubens und im Gerichtssaal, bei den Verteidigern, wirkten jedoch die alten Mechanismen. Die Umkehrung von Tätern und Opfern funktionierte noch. Die Verteidiger erzählten die Täterversion, wie sie in Guben schon einen Tag nach der Tat kursierte. Danach seien die angeklagten Jugendlichen gar keine Rechtsextreme sondern eher „neutral“. Sie seien es gewesen, die zuerst von Vietnamesen in einer Disko provoziert wurden, und dann sei einer von ihnen von einem Schwarzen mit einer Machete verletzt worden. Den hätten sie nur suchen und dann der Polizei übergeben wollen. Das sei eine „völlig normale, sozial adäquate Verhaltensweise“, wie sich ein Verteidiger ausdrückte. Die wahren Opfer seien die Jugendlichen selbst, die zudem noch von den Medien als Rechtsextreme stigmatisiert würden. Auf der anderen Seite die angeblichen Opfer, die zumindest eine Mitschuld treffe. Warum rannten sie denn weg, hatten sie vielleicht etwas vor der Polizei zu verbergen? Waren sie etwa in Drogenhandel verstrickt? Und überhaupt: Wenn der so bekloppt ist und durch die Scheibe läuft! Vielleicht wussten die Ausländer ja nicht, dass man in Deutschland eine Tür mit der Klinken aufgemacht.

Diese Reaktionsweisen, die von einer Mehrheit der Gubener Bevölkerung geteilt wurden, zeigen, wie das rassistische Weltbild konstruiert ist. Auf der einen Seite das deutsche Volk als Opfergemeinschaft – immer unschuldig, immer missverstanden, von allen betrogen, beraubt und verletzt – auf der anderen Seite die „PC-Diktatur“, zusammengesetzt aus kriminellen Ausländern, rachsüchtigen feministischen Nebenklagevertreterinnen, System-Medien, die eine Charakterwäsche am deutschen Volk betreiben, und Antifa-Schlägern. Widerstand dagegen ist Notwehr.

Der Aufschrei der Betroffenheit über die Hetzjagd führte nicht zu einer Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Bedingungen, die diese Tat möglich gemacht haben. Der Aufschrei erstickte bald und ging in selbstmitleidiges Jammern über. Und Gubens Bürgermeister wurde im November 2001 abgewählt, weil er sich „mehr um die Polen und die Asylbewerber als um uns gekümmert“ hat. Der neue Bürgermeister gibt zu verstehen: „Das war doch keine Hetzjagd, sondern eher eine Verkettung unglücklicher Umstände.“ Rassisten möchten mit unbequemen Fragen nicht weiter behelligt werden.

ES GEHT WEITER. Unter der Oberfläche medialer Toleranzdiskurse lebt das rassistische Weltbild fort. Die rechtsextreme Gewalt ist sein bisweilen tödlicher Ausdruck, auch die stereotypen Reaktionen auf rechtsextreme Gewalt sind in ihm angelegt. Erst im Zusammenspiel mit dem öffentlichen Verharmlosen und Verdrehen entfalten die Taten die von den Rechtsextremen beabsichtigte Wirkung: „Scheiß Ausländer! Verpiss dich aus unserem Land!“

Andere Zeit, anderer Ort, selber Mechanismus. Nicht mehr Guben sondern Schwedt im Jahr 1993. Ein Lehrer, der offen gegen Rechte auftritt, wird vor dem Café „Lisa“ von Nazi-Skinheads verprügelt. Es gelingt ihm zu fliehen, doch ein paar Straßen weiter holen ihn maskierte Schläger ein. Sie treten ihm ins Gesicht und schlagen auf ihn ein. Als das Opfer schon regungslos am Boden liegt, streicht einer der Täter über dessen Kopf und sagt fast freundlich: „Halt dich raus bei der Antifa, sonst kommen wir wieder.“ F. wird ins Krankenhaus eingeliefert. Sein linkes Auge ist vollständig zugeschwollen. Die Diagnose: Nasenbeinbruch und Gehirnerschütterung. Niemand, kein einziger Lehrer, kein Schulleiter, kein Vertreter der Elternschaft solidarisierte sich öffentlich mit dem zusammengeschlagenen Lehrer. Die Wirkung auf ihn: er hat sich von politischem Engagement zurückgezogen, noch heute spricht er nicht mit der Presse.

Das Nicht-Verhalten gegenüber einer rechtsextremen Gewalttat bedeutet für die Opfer eins: praktische Entsolidarisierung. Erst das befestigt die Macht der Täter, erst das bewirkt die Ausgrenzung.

Wie würde eine Strategie gegen die Täterversion der rechtsextremen Angriffe aussehen? Was lässt sich dem rassistischen Weltbild, dem breiten rassistischen Einstellungspotenzial entgegensetzen?

Einen Versuch haben wir gestartet. Die „Opferperspektive“ ist nicht nur ein kleiner Verein in Brandenburg, der Opfer rechtsextremer Gewalt berät. Die Opferperspektive ist eigentlich ein Prinzip, das mit der konsequenten Parteinahme auf Seiten der Opfer anfängt und mit praktischer Unterstützung weitergeht. Das bedeutet zuallererst: auf die Angegriffenen zugehen und ihnen zeigen, dass sich nicht alle entsolidarisiert haben. Dass es Menschen gibt, die nicht achselzuckend am Unrecht der Angriffe vorbeigehen, sondern sich so empören, dass sie auch eingreifen würden, die Anteil nehmen, aber nicht vor Betroffenheit gelähmt sind, sondern den Versuch unternehmen, die Sichtweise der Angegriffenen nachvollziehen. Nur so kann gemeinsam mit den Angegriffenen überlegt werden, was helfen könnte.

Ziel der Unterstützung ist es, den Angriffen so weit wie möglich ihre Wirkung zu nehmen. Also den Angegriffenen Wege zu organisieren, so dass sie nicht in einer passiven Opferrolle verharren und sich aus dem Leben zurückziehen. Ihnen Instrumente an die Hand geben, mit denen sie ein Stück weit die Kontrolle über ihr Leben zurückgewinnen und wieder selbstbestimmt Handelnde werden können. Konkret bedeutet das, ihnen vermitteln, welche Rechte sie haben und wie sie



diese Rechte durchsetzen können. Oder nach AnwältInnen für eine Nebenklage suchen. Oder nach Therapieplätzen suchen, falls sie unter einer Traumatisierung leiden; sie in Konflikten mit Behörden unterstützen, falls die Behörden sie zwingen, weiter am Ort des Angriffs zu leben; sie bei Polizei und Gericht begleiten.

LERNPROZESSE DER UNTERSTÜTZERINNEN.

Das Interesse der Opfer rechter Gewalt ist es jedoch nicht nur, so gut wie möglich die Folgen eines Angriffs zu verarbeiten. Der Angriff hätte nicht geschehen dürfen und darf nicht wieder geschehen. Die gesellschaftlichen Bedingungen, die den Angriff möglich gemacht haben, müssen sich ändern. Die rassistische Stimmung in der Bevölkerung, die von den Tätern schlagend umgesetzt wurde, muss sich ändern. Doch wo anfangen? Die Perspektive der Opfer ermöglicht wichtige Aufschlüsse und Lernprozesse für die UnterstützerInnen.

Die erste Erfahrung ist, wie lebensfeindlich der Angriff ist. Der Täter beansprucht alle Macht über das Leben, selbst wenn der Angriff objektiv nicht lebensbedrohlich ist. Das Opfer muss mit der Möglichkeit eines tödlichen Ausgangs rechnen, und sei es nur bei einem einfachen Schlag. Es ist eine extreme, existenzielle Erfahrung von Macht und Ohnmacht. Selbst in dieser Situation wehrt sich etwas im Opfer, und sei es nur, indem es sich vor Zerstörung schützt und überlebt. Wer diese Erfahrung nachvollzieht, den lassen die Angriffe nicht mehr kalt, der überlegt, was gegen rechtsextreme Gewalt getan werden könnte. Es ist wie eine Übung für das eigene Vorstellungsvermögen und für eine humane Sensibilität. Die zweite Erfahrung ist, dass sich die Gewalt nicht von ihrem Kontext trennen lässt. Eine der ersten Fragen, die sich Opfer nach einem Angriff stellen, ist: „Warum ist mir das passiert? Ich habe ihnen doch gar nichts getan, die kennen mich ja nicht mal.“ Die Antwort kann nur lauten: Ja, der Angriff hat nichts mit dir als Person zu tun, die irgend etwas getan oder nicht getan hätte. Der Angriff ist keine Strafe für irgend etwas. Der Angriff hat allein mit den Vorstellungen der Täter zu tun, und in diesen Vorstellungen lebst du nicht als besonderer Mensch mit Name, Gesicht und Geschichte, sondern du kommst nur vor als Exemplar eines Kollektivs. Nur weil sie dich wahrnehmen als Exemplar einer „Feindgruppe“, greifen sie dich an. Was sie über diese Gruppe denken, welche Schlechtigkeiten sie ihr unterstellen, das hat nun ganz und gar nichts mit dir zu tun. Sie haben nur ihr Feindbild auf dich projiziert, weil sie irgendeinen Gewinn davon haben, und sei er nur eingebildet. Genau darin liegt die Gewalt des rassistischen Denkens, das jede Individualität zerstört. Damit lässt sich das Unrecht des Rassismus erkennen, jedes Rassismus.

Die Erfahrung geht noch weiter. Nicht nur MigrantInnen werden aus Rassismus angegriffen, auch andere Minderheiten, seien es Hiphopper, Linke, Schwule oder Obdachlose, werden aus einem ähnlich gestrickten Feindbild-Denken angegriffen. Der Zusammenhang der Feindbilder öffnet Einblicke in den Rechtsextremismus. Rechtsextremismus ist unter diesem Aspekt ein Projekt zur gewaltsamen Vereinheitlichung gesellschaftlicher Vielfalt nach sozialdarwinistischen Kriterien. Diese Erkenntnis könnte ein Ausgangspunkt für eine gegenseitige Solidarisierung der angegriffenen Minderheiten sein, Brücken zwischen communities und Szenen, die ansonsten aneinander vorbei leben.

Die Erfahrung der Opfer ist noch umfassender. Es sind nicht nur die gewalttätigen Angriffe, die das Klima vergiften und zur Ausgrenzung von Minderheiten beitragen. Viele Opfer erleben die feindseligen Blicke auf der Straße, die verletzenden Beschimpfungen und Beleidigungen als Schläge mit eben solcher Wirkung. Und nicht nur die gewalttätigen Neonazis, auch die scheinbar normalen, sich selbst als „neutral“ bezeichnenden Bürger stricken mit an der Ausgrenzung. In Schwedt wurde eine afghanische Flüchtlingsfamilie drei Jahre lang mit einem Kleinterror überzogen – die 13-jährige Tochter wurde als „Ausländersau“ beschimpft und verfolgt, die Mutter als „Bettlerin“ diffamiert, auf die Fußmatte vor der Wohnungstür wurde uriniert, Steine und Knallkörper wurden auf den Balkon geworfen. Ein bekannter rechtsextremer Jugendlicher verdächtigte den Vater, im Supermarkt gestohlen zu haben, und die Verkäuferin führte eine Durchsuchung des Vaters vor allen Kunden durch. Fast jede Woche Demütigungen und Anfeindungen, das warf die Familie auf ihre Wohnung zurück, die sie wie ein Gefängnis fast nicht mehr verließen, schon gar nicht nachts. Ihr Vertrauen zur deutschen Gesellschaft war nachhaltig gestört, die soziale Isolation warf sie in Depressionen. Bis endlich, nach langem Kampf, die Ausländerbehörde einen Umzug in eine andere Stadt erlaubte.

Die Opfererfahrung umfasst den Rassismus auf der Straße unterhalb der Gewaltschwelle ebenso wie die Diskriminierungen durch Behörden und Gesetze, die besonders Flüchtlinge zu einer unsicheren Lebensperspektive oder zu perspektivloser Untätigkeit verdammen. Manchmal ist schwer zu entscheiden, welche Gewalt verheerender ist: die Gewalt der Neonazis oder die Gewalt der Ausgrenzung durch institutionellen Rassismus. Die Verweigerung gleicher Rechte trägt zur Vorstellung der Minderwertigkeit der Flüchtlinge bei und macht sie zu bevorzugten Angriffsobjekten. Diese Zusammenhänge zu erkennen wäre der erste Schritt, um die Ursachen der rechtsextremen Gewalt zum Thema zu machen und zu bekämpfen.

SELBSTORGANISIERTE GRUPPEN GEGEN RECHTS

Wir haben nie die Hoffnung aufgegeben, dass sich in den Orten, wo rechtsextreme Gewalttaten stattgefunden haben und wir die Opfer unterstützen, Gruppen finden, die bereit sind, sich diesen Erfahrungen auszusetzen und sich mit den Opfern und den potenziell von der Gewalt Betroffenen zu solidarisieren. Denn sie können eine Basis sein, um das Engagement gegen Rechtsextremismus aus dem beliebigen Toleranzgerede herauszuhalten und die Täterversion zurückzuweisen. Das heißt zuallererst, die Angriffe zu dokumentieren und in einen Zusammenhang zu stellen, Öffentlichkeit zu schaffen für die Perspektive der Opfer auf Rechtsextremismus und Rassismus. Werden diese Erfahrungen in die kommunalen Bündnisse gegen Rechts eingebracht? Bieten sie die Chance zu einer wesentlich konkreteren Verortung und Handlungsperspektive als der kleinste gemeinsame Nenner, unter dem sich viele dieser Bündnisse konstituiert haben: für den guten Ruf der eigenen Stadt bzw. gegen Extremismus und Gewalt. Warum schrecken manche Opfer z.B. vor Anzeigen zurück? Haben sie Angst vor der Rache der Täter, kann hier ein wirksamer Schutz organisiert werden? Oder haben sie schlechte Erfahrungen mit der Polizei, die sie abgewiesen hat, wenn sie alleine und ohne Dolmetscher Anzeige stellen wollten? Wie kann diese Situation verbessert werden?

Oder ein anderes Feld: wie kann sich eine nicht-rechte Jugendgruppe organisieren, wenn sie sich nicht durch die einschüchternde Präsenz von Rechtsextremen aus den Clubs und dem öffentlichen Raum verdrängen lassen will? Wie kann eine solche Gruppe gestärkt werden, damit sie nicht in der fatalistischen Opferrolle verharrt, sondern neue Bündnispartner gewinnt und handlungsfähig wird?

Wir haben nie die Hoffnung aufgegeben, dass es möglich ist, Gegenpole zur rechten Hegemonie zu stärken und das Klima vor Ort zu verschieben. Eine Schlüsselrolle dabei spielt, wie mit Opfern umgegangen wird. Kein bloßes Medienthema.



DIE INITIATIVE IM GESPRÄCH

ADRESSE

Flüchtlingsinitiative
Brandenburg
Eisenhart Str. 13
14469 Potsdam
Tel: 03 31/71 64 99
E-Mail: fluchtling-
brandenburgini@yahoo.de
Spendenkonto:
Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam
BLZ: 160 500 00
Kontonummer: 350 1010 000

**RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS
GEGENSTRATEGIEN. SEITE 48**

BETHI MURIITHI AKTIVITÄTEN DER „FLÜCHTLINGSINITIATIVE BRANDENBURG“

Die Mehrheit der Menschen in dieser Gesellschaft sind sich der Notlage der AsylbewerberInnen, die in ihrer Mitte leben, nicht bewusst. Damit meine ich, dass manche sie als Teil des sozialen Problems sehen, als etwas, dass sie nichts angeht, wohingegen andere sie fälschlicherweise als Menschen ansehen, die nur das Sozialsystem der Bundesrepublik ausnutzen wollen. Es gibt jene, die sie als Verbrecher einordnen. In jeder Gesellschaft gibt es unterschiedliche Menschen und meiner Meinung nach ist es ungerecht, Menschen als schlecht zu klassifizieren, einfach nur, weil sie ‚anders‘ sind oder aussehen.

Auf der anderen Seite sind auch bei AsylbewerberInnen eigene Vorurteile in Bezug auf die deutschen Menschen und Behörden entstanden. Sie betrachten die Mehrheit als Rassisten und beschweren sich, dass die meisten noch immer eine gewisse Nazi-Mentalität haben. Zugegeben, einige dieser Behauptungen begründen sich in den rassistischen Angriffen und Beschimpfungen, unter denen die meisten der AsylbewerberInnen und AusländerInnen zu leiden haben. Genauso ist es hier nicht gerechtfertigt, ausgehend von bestimmten Menschen, Schlussfolgerungen auf die gesamte Gesellschaft zu ziehen.

Das wirkliche Problem liegt meiner Meinung nach im Ausländergesetz Deutschlands und diese Ansicht teile ich mit meinen KollegInnen von der „Flüchtlingsinitiative Brandenburg“. Das ist eine Initiative selbstorganisierter politisch aktiver AsylbewerberInnen aus dem ganzen Land Brandenburg mit Mitgliedern, die jeden Landkreis und jedes Asylbewerberheim repräsentieren. Die Gruppe greift Themen, wie bspw. die unmenschlichen Bedingungen, unter denen die AsylbewerberInnen hier leben müssen, auf. Hierbei arbeiten wir Hand in Hand mit Gruppen wie „ProAsyl“, dem „Flüchtlingsrat“ oder dem „Pfeffer & Salz e.V.“, z.B. auch wenn es darum geht, in Schulen über die Probleme von AsylbewerberInnen Vorträge zu halten oder an Integrationsprogrammen, sowie an vielen Seminaren in verschiedenen Teilen des Landes teilzunehmen.

Durch Memoranden, Demonstrationen, Podiumsdiskussionen, Workshops, Seminare, Ausstellungen und Integrationsprogramme macht die „Flüchtlingsinitiative Brandenburg“ der deutschen Gesellschaft und den Behörden klar, welche Probleme es gibt. Unter den vielen Aktivitäten der Gruppe befindet sich die Kampagne zur Abschaffung der Residenzpflicht. Die AsylbewerberInnen sind der „Residenzpflicht“ unterworfen, d.h. sie dürfen sich nur in den ihnen zugewiesenen Landkreis bzw. Stadt aufhalten und sie dürfen diesen/diese nicht ohne die Erlaubnis der Ausländerbehörde verlassen. Diese Erlaubnis ist kein Recht und wird nach Ermessen der Beamten der Ausländerbehörde bewilligt. Manche der Asylbewerber müssen bis zu 20 DM bezahlen, um deswegen zu der zuständigen Ausländerbehörde zu gelangen. Die Flüchtlingsinitiative Brandenburg engagierte sich bei der Organisation einer riesigen Demonstration, an der Flüchtlinge aus dem ganzen Land teilnahmen und an einem Memorandum an das deutsche Kanzleramt, das dieses Gesetz kritisiert.

„Stoppt Schilys rassistisches Gesetz“ ist eine kürzlich ins Leben gerufene Kampagne, die zum Ziel hat, dass Schilys Gesetzesvorschlag nicht angenommen wird, aufgrund der ausgrenzenden Inhalte für AsylbewerberInnen und auch für AusländerInnen im Allgemeinen.

Wir haben Petitionen an verschiedene Ämter geschrieben, um unsere missliche Lage zu unterstreichen, wie z. B. die der Einkaufsgutscheine, mit denen wir nur bestimmte Dinge in bestimmten Geschäften kaufen können.

Wir erzählten von unseren Lebensbedingungen in Heimen, wo einer Person eine Fläche von 6m² zusteht und in diesem Falle das Zimmer mit Fremden teilen muss, mit denen sie nichts verbindet.

Es geht um die Zukunft unserer Kinder, denen es nicht möglich ist, ihre Zukunft zu planen, aufgrund von Bildungsbeschränkungen AsylbewerberInnen gegenüber und wegen einer permanenten Ausweisungsbedrohung, die ihnen ständig im Hinterkopf sind.

Des weiteren kritisieren wir die Einschränkungen unserer Arbeitsmöglichkeiten. Selbst wenn wir einen Arbeitsplatz gefunden haben, den keiner sonst bereit wäre anzunehmen, erhalten wir keine Arbeitserlaubnis. Diese Bedingungen, nur in dem zugewiesenen Landkreis bzw. Stadt arbeiten zu können und das auch nur dann, wenn der Arbeitsplatz nicht von einem Deutschen, einem Ausländer aus der Europäischen Union oder einem anderen Einwanderer, dessen Einwanderungsstatus es ihm erlaubt, zu arbeiten, besetzt werden kann, sind einfach diskriminierend und für die AsylbewerberInnen bedeutet dies eine Benachteiligung gegenüber Deutschen und anderen AusländerInnen in Bezug auf Arbeitsplatzsuche. Die rassistischen Angriffe auf den Strassen, die einige unserer FreundInnen als Krüppel oder tot zurücklassen, stellen nur einige Nöte dar.

Diese und andere Probleme, mit denen die Asylbewerber konfrontiert sind, werden nur von wenigen verkräftet. Die meisten Asylbewerber bekommen schließlich Depressionen von diesem Zustand nervlicher Belastung und Passivität. Auf lange Sicht werden viele aggressiv, verfallen dem Alkoholismus oder nehmen Drogen. Das hat zu Selbstmorden, Kriminalität und Inhaftierung geführt. Die „Flüchtlingsinitiative Brandenburg“ ist sich bewusst, dass das Halten von Reden und die Demonstrationen zwar Zeichen des guten Willens sind, aber leider keine Verbindlichkeiten enthalten. Wir hoffen, dass durch diese Aktionen die Not der AsylbewerberInnen der Gesellschaft bewusst gemacht werden können, die keine Ahnung von der Situation haben, und dass die Behörden etwas tun können, um diese Gesetze zu verbessern, die in Wirklichkeit sogar im Widerspruch zu der Internationalen Menschenrechtsvereinbarung stehen. Artikel I der allgemeinen Menschenrechtsdeklaration besagt, dass alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren werden. Auch die deutsche Regierung ist Unterzeichner dieser Deklaration. So drückt der Artikel I des deutschen Grundgesetzes sehr gut aus: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Es bleibt die Frage, warum die deutsche Regierung in Bezug auf AsylbewerberInnen diesen Gesetzen zuwiderhandelt.

Die „Flüchtlingsinitiative Brandenburg“ besucht verschiedene Asylbewerberheime überall in Brandenburg, um das Interesse der Asylbewerber für Aktionen zu wecken und sie zu mobilisieren, ihnen Informationen zu übermitteln und um von ihren Erfahrungen in verschiedenen Bereichen zu lernen. Im Gegenzug berät die Gruppe und vermittelt Kontakte von Menschen und Organisationen, die hilfreich bei den verschiedenen Problemen sind. Zusätzlich veröffentlicht sie die Flüchtlingszeitschrift „The Voice“, die sich aus Artikeln von den Asylbewerbern zusammensetzt, die ihre Gefühle zur Lage ihrer Lebensbedingungen und täglichen Erfahrungen auf den Strassen, in den Geschäften, Büros etc. ausdrücken.

Seit etwa einem Jahr haben wir in Prenzlau eine eigene kleine Gruppe – die Flüchtlingsinitiative Prenzlau. Wir fahren gemeinsam zu Aktionen und Demonstrationen, haben mit dem Verein „Pfeffer und Salz e.V.“ eine Ausstellung mit dem Titel „Der Nummer einen Namen geben“ erarbeitet und bereiten für das nächste Frühjahr eine Demonstration und ein großes Solidaritätskonzert vor. Im Evangelischen Jugendhaus Prenzlau richten wir uns zur Zeit ein eigenes Büro ein. Es ist gut, für die eigenen Rechte selbst eintreten zu können und nicht nur darauf zu warten, das sich in diesem Land etwas ändert.

In Anerkennung für die Bemühungen der Flüchtlingsinitiative Brandenburg im Kampf für die humanitären Rechte der Asylbewerber verlieh die „Internationale Liga für Menschenrechte“ der Gruppe die „Carl-von-Ossietzky-Medaille 2000“.

Die Flüchtlingsinitiative Brandenburg ist auf die Unterstützung von Organisationen und individuelle Spenden angewiesen, um ihre Arbeit fortzusetzen. Um der Gruppe bei der Weiterführung dieser humanitären Arbeit zu helfen, wird ihre Unterstützung hoch geschätzt.

MICHAEL SKOWASCH **DAS BEISPIEL: AKTIONSTAG „JUGEND FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ“**

Es begann damit, dass das Bundespresse- und Informationsamt 300.000 DM für die Ausrichtung von 10 Aktionstagen „Für Demokratie und Toleranz“ in ostdeutschen Städten bereitstellte. Dieses Geld bekam die „Deutsche Gesellschaft“ und wandte sich unter anderem an uns [„Pfeffer und Salz e.V.“] für eine Veranstaltung in Angermünde. Die erste Recherchebroschüre hatte sie auf uns aufmerksam gemacht. Auf einmal hatten wir die Möglichkeit, an einem Tag 25.000 DM zu verbrauchen, eine Summe, die wir sonst das ganze Jahr nicht zur Verfügung haben. Nach einigen Diskussionen stellten wir der Deutschen Gesellschaft folgende Bedingungen:

- 01.** Wir wollen nicht nur feiern, wie tolerant wir sind, sondern zeigen, dass es auf diesem Gebiet noch sehr viel zu tun gibt.
- 02.** Betroffene wie AsylbewerberInnen, Jugendliche und Obdachlose sollen nicht vorgeführt werden, sie sollen selbst zu Wort kommen und Probleme aus ihrer Sicht schildern können.
- 03.** Es soll keine Prestigeveranstaltung für Politiker werden.
- 04.** Die Wirkung der Projekte soll nach Möglichkeit nicht auf einen Tag beschränkt sein.

Die „Deutsche Gesellschaft“ ließ sich darauf ohne Diskussion ein. Also konnten wir anfangen zu organisieren. Nun ist die Ausrichtung eines solchen Tages mit einem enormen organisatorischen Aufwand verbunden. Deshalb war es sehr wichtig, dass sich rund 20 Jugendliche im Alter von 14-17 Jahren zusammen fanden, um diesen Tag vorzubereiten und durchzuführen. Dieser Fakt ist besonders bedeutsam, da sie ja zu den Betroffenen der Probleme gehörten, die wir ansprechen wollten. Außerdem wollten wir zeigen, dass es keiner hauptamtlichen Fachkraft und erst recht keines „Anführers“ bedarf, sondern einzig des Willens, etwas zu bewegen. Und wenn uns auch niemand so recht ernst nehmen wollte, wir haben es geschafft!

Wir haben es bei allen Problemen geschafft, eine Veranstaltung zu organisieren, die in Angermünde ihresgleichen sucht. Wie wenig Anerkennung uns dafür von den „Erwachsenen“ zuteil wurde, zeigt ziemlich deutlich, welche Akzeptanz Jugendliche in Angermünde genießen.

Ich will einige Beispiele für Projekte und Veranstaltungen nennen, die beispielhaft verlaufen sind. Da waren die Workshops zu „Armut und Reichtum in Europa“ und zur Ausstellung „Entwicklungsland Deutschland“, die sich exemplarisch mit gesellschaftlichen Denk- und Verhaltensmustern, Vorurteilen und Entwicklungsbegriffen auseinander setzten. Für viele Schüler war es das erste Mal, dass sie sich auch auf ungewöhnliche Weise solchen Fragestellungen näherten. In den beiden Podiumsdiskussionen zu den Fragen „Wie rassistisch ist der Alltag von Flüchtlingen in Brandenburg“ und „Wie wird nicht-rechte, emanzipatorische Jugendarbeit in der Region unterstützt?“ haben gewollt die Betroffenen das Wort gehabt. Einige Schüler fühlten sich sogar angegriffen, doch darum ging es ja, wir wollten zeigen wo Rassismus anfängt und wo er herkommt. Wir ziehen nur eine andere Schlussfolgerung, als die LehrerInnen, die das beklagten. Es ist aus unserer Sicht eigentlich nötig, dass eigene Rassismen immer wieder benannt und in Frage gestellt werden. Und wenn dies die meisten SchülerInnen noch nie getan haben, zeigt dies eher die Situation an unseren Schulen. Ein ganz wichtiges Projekt war die Arbeit mit unserer Ausstellung „Der Nummer einen Namen geben“, bei der Asylbewerber als Menschen wie du und ich mit all ihren Träumen, Vorstellungen, Problemen und Meinungen zu Wort kommen. Die Ausstellung wurde über ein Jahr von deutschen Jugendlichen und Flüchtlingen aus Prenzlau gemeinsam erarbeitet, zuerst im Gymnasium Angermünde im Rahmen des Projekttages gezeigt und wandert zur Zeit durch die Schulen der Uckermark. Sie ist ein Beispiel für die Langfristigkeit unseres Projektansatzes. Ein Höhepunkt war sicherlich der Auftritt des Obdachlosentheaters.



ters „Freund der Ratten 07“. Dabei war nicht nur der Inhalt des Stückes wichtig, sondern der für viele SchülerInnen vorhandene Widerspruch: Obdachlose spielen Theater und zwar auf eine Weise, die neu, beeindruckend und authentisch zugleich ist. Rund 30 Leute wollten nach der Vorstellung noch lange mit den Schauspielern diskutieren. Bewusst haben wir im jugendkulturellen Teil eine Subkultur aufgegriffen, die einerseits einen Gegenpol zu rechtsextremer Alltagskultur darstellt, andererseits zur Zeit eine große Anziehungskraft auch auf eigentlich eher unpolitische Jugendliche hat: Hip-Hop. Die Workshops „Graffiti“ und „Breakdance“ kamen bei den Jugendlichen sehr gut an und das abendliche Konzert mit Phillie MC war mit 300 begeisterten Jugendlichen sicherlich der Höhepunkt des Tages. Als diese alle beim Titel „Unkraut“ begeistert mitsangen, hatte dies durchaus symbolische Wirkung: Hier und heute dokumentieren Angermünder Jugendliche: „Kampf den Nazis in unserer Stadt“. Die rund 20 Jungkameraden am Bahnhof haben sich deshalb auch recht schnell von der Polizei überzeugen lassen, lieber nicht hinzugehen.

Das ist vielleicht das wichtigste Ergebnis: Auch nach dem Projekttag hat sich das Bild in Angermünde langsam gewandelt. Viel mehr Jugendliche trauen sich, anders zu sein. Es gibt auf einmal viel mehr Differenzierung und Individualität. Ein bisschen haben wir dazu beigetragen, nicht-rechte Überzeugungen und Lebenseinstellungen in der Stadt zu stärken. Die Nazis haben an diesem Tag nichts zu sagen gehabt und das haben viele hier gespürt – die Einen mit Wut, aber nicht wenige mit Überraschung und Freude.

Was bleibt? Wir haben unangenehme Fragen gestellt. Wir haben über Dinge informiert, die viele sonst nie hören, auch in der Schule nicht. Wir haben bewiesen, dass es möglich ist, ein solch großes Projekt mit Eigeninitiative durchzuführen. Wir haben inhaltliche Auseinandersetzung und Spaß miteinander verbunden. Und wir haben für einen Tag ein Sprachrohr geschaffen für die Probleme und Sichtweisen von Minderheiten.

**RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS
GEGENSTRATEGIEN. SEITE 10**

PROJEKT TAG



Deshalb ist es im Folgenden wichtig, einige Probleme zu benennen und auszuwerten, aber das kann insgesamt die Beispielfähigkeit dieses Tages nicht schmälern. Ein großes Problem war, dass ein Großteil der Schüler an diesem Tag wahllos auf die einzelnen Workshops und Seminare aufgeteilt wurde, ohne Berücksichtigung der Fähigkeiten und Interessen. Meist waren sie nur mangelhaft vorbereitet. Sie wussten nichts mit der Methode der Workshops anzufangen, hatten noch nie etwas vom Asylrecht gehört und hatten keine Motivation, ohne den Druck von Zensuren und Strafandrohung zu arbeiten. Das hatten wir ehrlicherweise nicht bedacht. Themen und Methoden waren unseren Alltagserfahrungen und Vorstellungen entlehnt. Dies zeigte sich zum Beispiel am Kreativworkshop. Es sollten eigene Plakate und Flugblätter für selbstorganisierte Veranstaltungen gestaltet werden.

Abgesehen davon, dass die Schulen zum Teil SchülerInnen einteilen, die noch nicht einmal mit einem Computer umgehen konnten, zeigte es sich eben, dass für die meisten Selbstorganisation nicht zum Alltag gehört. Sie konnten einfach nichts mit dem Grundansatz anfangen; Plakate hängen doch schon da, man liest sie, um zu sehen, was man am Wochenende konsumieren kann. Oft sind das genau die Jugendlichen, die dann schimpfen, das doch nichts los ist in Angermünde. Worauf warten sie, frage ich mich. Doch nicht wirklich auf jemanden, der für sie zuständig ist? Es ist an diesem Tag offensichtlich geworden, dass Jugendliche in dieser Stadt so gut wie keine Möglichkeit haben, zu lernen, selbst etwas zu tun und zu organisieren. Niemand bringt ihnen bei, ihre Interessen wahrzunehmen, sich selbst zu organisieren und sich mit Konflikten kulturvoll auseinander zu setzen. Vielleicht kann man damit ja kein Geld verdienen oder man hat Angst, das sich wirklich etwas ändert in dieser Stadt.

Wir haben im Nachhinein überlegt, ob es besser gewesen wäre, den Schulen Bedingungen der Vorbereitung zu stellen oder statt uns darauf einzulassen, noch mehr Schulen kurzfristig einzubeziehen, lieber auf Qualität statt Masse zu setzen. Ein letztes Problem, das aber zugleich ein Blick auf die Realität zugleich war: Es hat sich ziemlich deutlich gezeigt, dass die Mehrheit der eigentlich oft als neutral eingeschätzten SchülerInnen sehr wohl Werte vertritt, die ausgrenzend, diskriminierend und vorurteilsbelastet sind. Dies zeigte sich ebenfalls in einigen Projekten.

Kritik kam auch von Seiten des Angermünder Bündnisses „Für eine tolerante, weltoffene und gewaltfreie Stadt“. Dabei wollen wir betonen, dass Kritik immer etwas Hilfreiches hat. Aber einige Formen sind uns inzwischen hinlänglich bekannt und zeigen eher, wie wenig Akzeptanz in dieser Stadt auch weiterhin für jugendliches Engagement und deren Formen aufgebracht wird. So wurde ein Symbol auf unseren Einladungen bemängelt, das ein kleines Männchen zeigt, welches ein Hakenkreuz zerschlägt. Gewaltverherrlichend und extremistisch sei dies. Ich sehe darin einfach ein Beispiel für den Versuch, das Problem Rechtsextremismus auf zwei rivalisierende Jugendbanden zu reduzieren und somit die Arbeit engagierter Jugendlicher zu kriminalisieren. Wir haben uns dieser Symbolik bedient, da es für uns die Forderung der Jugendlichen nach einem konsequenten Umgang mit Rechtsextremismus zum Ausdruck bringt. Die Annahme, Jugendliche könnten dies als Aufruf zur Gewalt verstehen, hat mit der Realität in unserer Stadt absolut nichts gemein.

Zum Abschluss möchte ich alle Initiativen ermutigen, solche Tage zu organisieren. Sie können einen erheblichen Einfluss auf das Klima in der Kommune haben. Themen, die sonst nie Gehör finden, haben auf einmal selbst in den Lokalmedien Platz. Vor allem aber haben wir gezeigt, dass Jugendliche in der Lage sind, selbst etwas zu organisieren. Wenn man sie lässt, ihren Aktionsformen Raum gibt und Lernprozesse akzeptiert. Davon sind wir allerdings in Angermünde noch weit entfernt.

POSITIVLISTE

BEISPIELE FÜR ERFOLGREICHE PROJEKTE AUS DER UCKERMARK

Bei all den kritischen Analysen wollen wir unbedingt auch aufzeigen, dass es in der Uckermark immer wieder interessante und erfolgreiche Projektansätze gab und gibt, die sich mit Rechtsextremismus und Rassismus auseinandersetzen. Einige seien hier exemplarisch genannt, ohne allerdings Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

01. AKTION NOTEINGANG IN ANGERMÜNDE UND SCHWEDT: 1999 haben Jugendliche in Angermünde und Schwedt selbstorganisiert die bundesweit bekannt gewordene Aktion Noteingang ins Leben gerufen und durchgeführt. Die interessanten Ergebnisse sind in einer Broschüre veröffentlicht worden, die beim Herausgeber zu beziehen ist. Die positive Wirkung lässt sich u.a. daran ablesen, dass sich bis heute Kommunen und Firmen (Gartz/O.) melden, die sich dieser symbolischen Aktion ebenfalls anschließen wollen. Außerdem gab und gibt es direkte und indirekte Nachfolgeprojekte. Dazu gehört die Projektgruppe des Einstein-Gymnasiums „Für Zivilcourage und gegen Gewalt – ich sehe nicht weg“, die Postkarten und Plakate zum Thema in den Geschäften der Stadt Angermünde anbrachten. Die Aktion Analyse des DJB ist im Rahmen des Artikels „Was tun?“ genauer erläutert.

02. AFRIKASEMINARE IN SCHWEDT: Insgesamt fünfmal fanden in Schwedt die „Afrikaseminare“ statt. Jeweils ein ganzes Wochenende erwartete die BesucherInnen ein Programm mit Seminaren, Workshops, Gesprächsrunden, Begegnungen und Kultur. Eine ständig wachsende Zahl von TeilnehmerInnen (beim 4. und 5. Jeweils über 200!) honorierte den Ansatz, interkulturelle Begegnungen mit antirassistischer Bildung und einer durch Schwedter Jugendliche selbstorganisierte Veranstaltung zu verbinden. Vorbereitet und durchgeführt wurden die Afrikaseminare von der RAA, selbstorganisierten Schwedter Jugendinitiativen und den Schulen.

03. AUSSTELLUNGEN ZUR THEMATIK „AUSLÄNDER IN DER UCKERMARK“: Es gab und gibt in der Uckermark mehrere, sehr verschiedene Ausstellungen, welche die Situation von „Fremden“ darstellen. Jede für sich stellt für uns einen Beitrag für ein anderes gesellschaftliches Klima in der Uckermark dar. Außerdem sind sie Beispiele für Langfristigkeit, Selbstorganisation und Partizipation. Solche Ausstellungen sind „Fremde in der Uckermark“, entwickelt durch ein StudentInnenprojekt der Europäischen Akademie im Schloss Wartin, die Ausstellung des Vereins Pfeffer und Salz „Der Nummer einen Namen geben“ über Asylbewerber in der Uckermark und ganz aktuell die Fotoausstellung „Weltoffen – Ausländer in der Uckermark“ der Fotografin Angela Fensch, organisiert durch die RAA.

04. ELTERNAKADEMIE IN ANGERMÜNDE: Der Verein TOPP e.V. aus Angermünde hat neben anderen interessanten Projekten einen Ansatz entwickelt, den wir für ganz wichtig halten: Mit den Eltern ins Gespräch zu kommen. Im Rahmen dieser „Elternakademie“ finden die unterschiedlichsten Gesprächsrunden statt, in denen auch die Themen Rechtsextremismus und Rassismus ihren Platz haben. Die Kontinuität dieser Runden und der psychologische Ansatz bieten die Möglichkeit, Einfluss auf die Sozialisationsinstanz „Eltern“ zu nehmen, von der alle wissen, wie stark sie an der Wertebildung ihrer Kinder beteiligt ist. Es bestanden bisher aber keine Konzepte, die diese Auseinandersetzung vorantreiben konnten.

05. SELBSTORGANISIERTE JUGENDINITIATIVEN: Leider gibt es in der Uckermark nur sehr wenige selbstorganisierte Jugendinitiativen, die auf der Grundlage emanzipatorischer Jugendarbeit ihre Projekte organisieren. Das Beispiel Schwedt zeigt aber, welche Wirkung solche Gruppen auf die Jugendszene einer Stadt haben kann. SOS (Soul of Schwedt) oder PUKK (Politik und Kritische Kultur) haben es in den letzten Jahren geschafft, die rechtsextreme Hegemonie zu schwächen. Es ist in Schwedt wieder möglich, HIP-HOPper oder Raver oder Punk zu werden. Es gibt ein Konzert- und Veranstaltungsangebot, das vielen Lebensentwürfen und Jugendkulturen Raum gibt. Es ist wieder möglich, antifaschistische Straßenfeste zu organisieren oder Graffitiaktionen. Das alles ist in der Regel nicht das Ergebnis kommunaler Jugendpolitik, sondern jugendlichen Engagements.

06. EVANGELISCHES JUGENDHAUS PRENZLAU: Wir haben uns entschieden, dieses kirchlich getragene Projekt beispielhaft aufzuführen. Fast wie zu DDR-Zeiten sind kirchliche Räume in der Uckermark nicht selten die letzten und einzigen Rückzugsräume für nicht-rechte Jugendliche, so wie in Templin oder Brüssow. Im Evangelischen Jugendhaus in Prenzlau wurden schon länger vor allem die Jugendlichen unterstützt, die selbst etwas machen wollten, egal ob eigene Musik oder politische Projekte. Jetzt in dem neuen (Übergangs)Haus hat auch die Flüchtlingsinitiative Prenzlau Zuflucht gefunden – selbstverständlich.

07. AUSSCHUSS „TOLERANTE UCKERMARK“: Dieser Kreistagsausschuss, der vor allem auf Initiative des Mobilen Beratungsteams der RAA entstand, sucht in Brandenburg sicher seinesgleichen. Kontinuierlich wird durch diesen Ausschuss gewährleistet, dass sich die Abgeordneten mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus beschäftigen (müssen). Die Wiederaufnahme der Diskussion über die Versorgung von AsylbewerberInnen mit Wertgutscheinen ist diesem Ausschuss zu verdanken. Sehr viele der oft vereinzelt AktivistInnen in den Regionen, die wir interviewten, haben auf die Arbeit dieses Ausschusses als beispielhaft verwiesen.

Bei Fragen zu den Projekten kann man sich an die im Anhang genannten Vereine und Initiativen wenden.



AKTION ANALYSE

RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS
ANHANG. SEITE 51

ERWACHE

WAS TUN?

EINE UNVOLLSTÄNDIGE LISTE MÖGLICHER AKTIONEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND RASSISMUS

RECHERCHEBROSCHÜRE
RECHTSEXTREMISMUS
ANHANG, SEITE 52

Das Fahrrad muss nicht neu erfunden werden. In vielen Jahren der Auseinandersetzung mit Nazis und Rassisten wurden die unterschiedlichsten Aktionsformen erdacht, ausprobiert, wieder verworfen oder bestätigt. Eine kleine Auswahl sei an dieser Stelle dokumentiert. Nicht ohne zu vergessen, darauf hinzuweisen, dass wir an dieser Stelle keinerlei Wertung vornehmen, beziehungsweise die eine oder andere Aktionsform empfehlen oder ablehnen. An jedem Ort, in jeder Situation muss neu nachgedacht werden, was möglich und angebracht ist und was nicht.

01. INFOSTÄNDE BLOCKIEREN: Eigentlich eine ganz einfache, wirksame Sache. Notwendig sind nur große Müllsäcke, ein kleines Flugblatt (*siehe Vorlage 1*), ein bißchen Faschingszeug wie Luftschlangen und Konfetti und ein paar engagierte Leute. Die NPD-, DVU-Kader an den Ständen sind meist genervt und sauer, weil sie ernsthaft etwas vermitteln wollen, können wegen der Öffentlichkeit aber nicht mit Gewalt gegen GegnerInnen vorgehen. Wichtig ist ein guter Kontakt zum Ordnungsamt, um angemeldete Termine rechtzeitig zu erfahren.

02. „ERLEBNISFAHRTEN“ VERHINDERN: Zu den vielen Aufmärschen der rechtsextremen Szene fahren diese meist mit vorher angemieteten Bussen großer Unternehmen. Diese können verständlicherweise meist nicht wissen, wer, wann, warum bei ihnen Busse bestellt. Regelmäßige Informationsbriefe (*siehe Vorlage 2*) helfen ihnen dabei, eine andere Entscheidung zu treffen. All denjenigen, die den Gewinn vorziehen, hilft manchmal der Hinweis auf eine zu informierende kritische Öffentlichkeit auf die Sprünge.

03. ÖFFENTLICHKEIT SCHAFFEN: Überhaupt ist Öffentlichkeitsarbeit in verschiedenen Formen ein wichtiges Mittel antifaschistischer Aktionen. Flugblätter, Aufkleber, Plakate und Transparente lassen sich mit moderner Technik relativ leicht herstellen. (Wer dazu noch technische Fragen hat, kann sich gerne an eine der angegebenen Kontaktadressen wenden.) Wichtig ist Öffentlichkeit vor allem dann, wenn öffentliche Institutionen und Einrichtungen Rechtsextremisten und ihrer Propaganda Raum geben. Man kann über Kneipen als Treffpunkte (*siehe Vorlage 3*), Zeitschriftenläden, die Nazizeitungen verkaufen oder Schulen, in denen ein Klima von Ausgrenzung und Vorurteilen herrscht, informieren.

04. RÄUME „BESETZEN“: Wenn selbst dies nichts nützt, kann man überlegen, solche Räume selbst zu „besetzen“. Wenn in einer Kneipe, in der sich die Kameradschaft treffen will, plötzlich eine Menge anderer Leute sitzen und vielleicht noch einen Journalisten (Öffentlichkeit ist Schutz!) dabei haben, klappt das für die Kameraden nicht mit dem gemütlichen Abend. Wenn bei einem Aufmarsch von Rechtsextremisten deren Demonstrationsroute durch eigene Veranstaltungen besetzt ist, kommen sie nicht da lang. Bei solchen eigenen Veranstaltungen heißt es schnell sein bei der Anmeldung, kreativ sein in der Durchführung und Ausdauer zu beweisen. Die Formen der „Besetzung“ hängen von den lokalen Bedingungen, der Zahl der Leute und natürlich den politischen Sichtweisen der Beteiligten ab. Sie können von Kulturveranstaltungen, Gestaltung der Straße mit eigenen Positionen und Meinungen bis hin zu Sitzblockaden reichen. Diese sind laut Gesetz Ordnungswidrigkeiten vergleichbar wie bspw. falsches Parken.

05. AKTION ANALYSE: In Fortsetzung der bundesweit bekannt gewordenen Aktion Noteingang hat der DJB die „Aktion Analyse“ ins Leben gerufen. Dabei geht es darum, die Situation in der jeweiligen Kommune in bezug auf Rechtsextremismus und Rassismus zu analysieren und zu dokumentieren. Die Ergebnisse werden veröffentlicht und die besten Dokumentationen (Filme, Broschüren, Hörspiele, Zeitungen etc.) prämiert. Gerade für Jugendgruppen, die gerade anfangen, sich zu engagieren bietet diese Aktion Unterstützung durch ein großes antirassistisches Jugendbündnis, Bereitstellung von Finanzen und Öffentlichkeit. Mehr Infos und Materialien gibt es über den DJB.

06. GUTSCHEINE UMTAUSCHEN: Wer AsylberwerberInnen bei der Bewältigung ihres Alltags von Ausgrenzung und Diskriminierung unterstützen möchte, kann ihre Gutscheine, mit denen sie einkaufen müssen und großen Beschränkungen beim Warensortiment unterliegen, in Bargeld umtauschen. Das Prinzip ist ganz einfach: Man gibt einem Flüchtling den Zettel für den großen Wochenendeinkauf, dieser geht mit seinem Gutschein einkaufen und danach wird die Summe in Bar ausgezahlt. Keiner macht minus und die AsylberwerberInnen haben Geld zur freien Verfügung. Natürlich kann man auch gemeinsam einkaufen gehen und in der Gruppe macht jede Aktion sowieso mehr Spaß.

07. DIE ROLLE DES BGS HINTERFRAGEN: Wenige Menschen sehen bis jetzt einen Zusammenhang zwischen dem Auftrag und der Arbeit des BGS, Flüchtlinge aufzuspüren und rassistischen Orientierungen der Bevölkerung. Deswegen halten wir es für dringend geboten, die Rolle des BGS besonders in der 20-km-Zone an der deutsch-polnischen Grenze zu thematisieren. Dabei gibt es sicherlich verschiedene Möglichkeiten, öffentliche Diskussionen in Gang zu setzen oder Flüchtlingen zu helfen. Man kann bspw. dem BGS bei öffentlichen Veranstaltungen, zum Beispiel Dorf- und Stadtfesten mit eigenen Informationen und Plakaten Paroli bieten oder Gedenktafeln für die Opfer an der deutschen Grenze anbringen.

NAZIPROPAGANDA IN DEN MÜLL!

Eigentlich gehören Nazis schon länger auf den Müllhaufen der Geschichte. Doch seit einiger Zeit kommt er wieder hoch der Ungeist von Herrenmenschentum, Gewalt und Intoleranz. Die Rechtsextremisten von heute glauben, wenn sie ihre Propaganda in andere schöne Worte kleiden, würde keiner merken, wessen Geistes Kind sie sind. Deshalb fordern wir Sie auf, zeigen sie ihnen, das wir sie durchschaut haben. Nazipropaganda gehört auch heute in den Müll.

RECHTSEXTREMISMUS IST KEINE MEINUNG, SONDERN EIN VERBRECHEN!

Nutzen Sie die bereitgehaltenen Müllsäcke und entsorgen Sie die das Zeug, das ihnen die Kameraden der NPD andrehen wollen. Und noch besser, sagen Sie ihnen deutlich, was sie von diesem Müll ausgerechnet in Ihrer Stadt halten.

Dies ist eine Empfehlung der

VORLAGE 1

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN!

Am wird in eine Demonstration rechtsextremer Organisationen stattfinden. Zu der Demonstration ruft der auf, weitere Unterstützer sind „Kameradschaften“ und „Freie Aktivisten“ aus Nord- und Mitteldeutschland. In sind Plakate aufgetaucht, auf denen auch rechtsextreme Organisationen aus den Landkreisen zu dieser Demonstration mobilisieren. Deshalb ist davon auszugehen, dass bekannte Rechtsextremisten auch aus dieser Region an der Demonstration teilnehmen werden. In der Regel fahren diese Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen nicht mit der Bahn, sondern mieten sich Busse. Dies ist schon mehrfach von uns beobachtet worden.

Wir fordern Sie deshalb auf, rechtsextreme Organisationen nicht noch dadurch zu unterstützen, indem sie ihnen Busse zur Verfügung stellen!!! Solche Demonstrationen dienen der rechtsextremen Szene dazu, ihre jugendlichen Sympathisanten zu mobilisieren (bei solchen Aufmärschen haben schon 12-13 jährige teilgenommen!), Werbung für ihre menschenverachtenden Werte zu machen und mögliche Gegner einzuschüchtern.

Die Demonstration in beginnt bereits um Uhr. Treffpunkt ist der Abfahrtsorte sind meist die Bahnhöfe in den einzelnen Städten. Wenn Sie also Anfragen und Buchungen auch von Privatpersonen an diesem Tag, zu den genannten Zeiten und mit diesem Zielpunkt haben, sollten Sie genau überlegen, wen Sie sich da als Kunden aufgeladen haben. Oft kommt es bei solchen Aufmärschen auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, in die ihre Busse und Fahrer sicher nicht hineingezogen werden sollen.

Sollten Sie trotz dieser Informationen mögliche finanzielle Vorteile höher einschätzen, als das Leben in einer toleranten und weltoffenen Region, machen wir Sie darauf aufmerksam, das wir in Zukunft alle Unternehmen, die auf solche Art Gewalt und Rechtsextremismus unterstützen, öffentlich machen werden. Wir werden genau wissen, mit welchen Busunternehmen die Rechtsextremisten zu der Demonstration fahren. Und wir verfügen über genügend öffentliche und mediale Kontakte, um eine ausreichende Öffentlichkeit zu informieren. Seit der Sommerdebatte im letzten Jahr ist diese ohnehin dafür sensibilisiert.

Wenn Sie Fragen haben, können Sie sich natürlich ebenfalls an uns wenden.
In der Hoffnung auf Ihr Verständnis,

VORLAGE 2

LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER!

Als demokratische und weltoffene Menschen beobachten wir seit einiger Zeit mit großem Unbehagen, dass sich in Rechtsextremisten treffen. Dort fanden auch bereits mehrere Veranstaltungen statt, so

Wir haben den Eigentümer bereits auf seine ungebetenen Gäste angesprochen- leider ohne Ergebnis. Vielleicht ist ihm ja seine Einnahmequelle wichtiger oder er sympathisiert mit ihren Werten.

Solche Treffpunkte dienen Rechtsextremisten als Möglichkeit, neue, oft sehr junge Menschen in ihre politischen Aktivitäten einzuführen, nicht selten werden dort Aktionen, auch Gewalttaten geplant und natürlich ist ein solcher Ort wichtig, um öffentliche Hegemonie zu demonstrieren.

Wir glauben nicht, dass Sie dies so wollen. Deshalb fordern wir sie auf, die Eigentümer der auf dieses Thema anzusprechen. Fordern sie sie auf, die Rechtsextremisten aus den Räumen zu verweisen. Und zeigen sie ihnen deutlich, dass Sie sich bis das Problem nicht geklärt ist, dort nicht wohl fühlen.

Wir denken, das diese Information ausreichend ist, um sie als Anwohner und Nutzer zum Handeln zu bewegen. Allerdings wissen wir auch, das sich bereits Medien und verschiedene antifaschistische Gruppen für diesen rechtsextremen Treffpunkt interessieren. Es liegt also in ihrem Interesse, das angesprochene Problem selbst zu lösen, ehe ihr in öffentliche Auseinandersetzungen und Schlagzeilen gerät.

Selbstverständlich sind wir gern bereit, ihnen weitere Informationen zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen,

VORLAGE 3

AUTOR/INNEN- VERZEICHNIS

SUSANNE LANG, Sprecherin des DJB,
Bildungsoffensive 2000

REINHARD WIENKE, Leiter der RAA Angermünde

KAY WENDEL, Opferperspektive e.V. Brandenburg

ANKE GUTERMUTH, Studentin, Jugendinitiative PUKK Schwedt/O

BETHI MURIITHI, Asylbewerberin, Flüchtlingsinitiative Prenzlau

KATJA ALTENBURG, Studentin, Pfeffer und Salz e. V.

CHRISTIN MEILE, Studentin, Pfeffer und Salz e.V.

CHRISTIAN THEUERL, Student, Pfeffer und Salz e.V.

MONIKA KOCH, Studentin, Pfeffer und Salz e.V.

ANNE SCHRÖDER, Schülerin, Pfeffer und Salz e.V.

MICHAEL SKOWASCH, Auszubildender, Pfeffer und Salz e.V.

HOLGER ZSCHOGHE, Lehrer, Pfeffer und Salz e.V.

ABKÜRZUNGEN

DVU	Deutsche Volksunion
JN	Junge Nationaldemokraten
NS	Nationalsozialismus
REP	Republikaner
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NF	Nationalistische Front
DLVH	Deutsche Liga für Volk und Heimat
DDR	Deutsche Demokratische Republik
BRD	Bundesrepublik Deutschland
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
FDJ	Freie Deutsche Jugend
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
NVA	Nationale Volksarmee
KPD	Kommunistische Partei Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
BerlZ	Berliner Zeitung
MAZ	Märkische Allgemeine Zeitung
PNN	Potsdamer Neueste Nachrichten
JW	Junge Welt
TSP	Tagesspiegel
ND	Neues Deutschland
FR	Frankfurter Rundschau
taz	tageszeitung
MOZ	Märkische Oderzeitung
UK	Uckermark Kurier
ZDK	Zentrum Demokratische Kultur
NGO	Non governmental organization
MBT	Mobiles Beratungsteam
RAA	Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V.
DJB	Demokratisches JugendForum Brandenburg
PUKK	Jugendinitiative Politik und Kritische Kultur
SOS	Soul of Schwedt (Jugendinitiative aus Schwedt/O)
MEGA	Mobile Einsatzgruppen gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit.
BGS	Bundesgrenzschutz
ÜWH	Übergangswohnheim
IT	Informationstechnologie
PC	political correctness
RE	Rechtsextremismus
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
SAM	Strukturanpassungsmaßnahme
AGAG	Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt
FU	Freie Universität Berlin
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
JHA	Jugendhilfeausschuss
AWO	Arbeiterwohlfahrt
EU	Europäische Union
MBJS	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
ADB	Arbeitskreis Deutscher Bildungsstätten
TDM	Tausend DM
Antifa	antifaschistisch-

ADRESSEN

Hier haben wir eine Liste von Vereinen und Initiativen, die bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus helfen und Unterstützung leisten, zusammengestellt.

REGIONALE ARBEITSSTELLE FÜR AUSLÄNDERFRAGEN, JUGENDARBEIT UND SCHULE E.V.

Büro Angermünde, Berliner Strasse 72, 16278 Angermünde
Telefon 03331-25 20 81/82, Fax 03331-25 20 80
E-Mail: raa-ang@t-online.de
www.raa-brandenburg.de

ZENTRUM DEMOKRATISCHE KULTUR

Chausseestrasse 29, 10115 Berlin
Telefon 030-2829627
E-mail: info@zdk-berlin.de
www.zdk-berlin.de

OPFERPERSPEKTIVE E.V.

Lindenstr. 53, 14467 Potsdam
Telefon 0171-19 35 669, Fax 01212-511559889
Email: info@opferperspektive.de
www.opferperspektive.de

FLÜCHTLINGSRAT BRANDENBURG

August Bebelstrasse 88, 14482 Potsdam
Tel. 0331-716499
E-mail: fluechtlingsratbrb@jpberlin.de

MOBILES BERATUNGSTEAM BARNIM/UCKERMARK

Telefon 03334/28 90 00, Fax 03334 / 38 03 28
Lessingstrasse 7, 16225 Eberswalde
E-Mail: bsw-team3@jpberlin.de

BÜNDNIS „FÜR EINE WELTOFFENE, TOLERANTE STADT ANGERMÜNDE“

c/o Stadtverwaltung Angermünde
Am Markt, 16278 Angermünde

„BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND GEWALT“ GARTZ/O.

R. Maschke, Stadtverwaltung Gartz, 16307 Gartz

FLÜCHTLINGSINITIATIVE PRENZLAU

c/o Evangelisches Jugendhaus,
Grabowstraße 50, 17291 Prenzlau
Telefon: 03984-719142

DEMOKRATISCHES JUGENDFORUM BRANDENBURG E.V. (DJB E.V.)

Breitscheidstrasse 41, 16321 Bernau
Telefon 0173/4262187,
E-Mail: vorstand@djb-ev.de
www.djb-ev.de

AKTION ANALYSE c/o DJB e.V.
Breitscheidstrasse 41, 16321 Bernau
Telefon 0173/4262187
E-mail: analyse@djb-ev.de
www.aktion-analyse.org

PUKK - POLITIK UND KRITISCHE KULTUR

Alternative Jugend Schwedt/O
Postfach 100304, 16286 Schwedt/O
E-mail: pukk@yahoo.de
www.pukk.de

DER VEREIN „PFEFFER UND SALZ“ E.V.

Der Verein hat seinen Hauptsitz in der uckermärkischen Kleinstadt Angermünde und zählt zur Zeit 18 eingetragene Mitglieder im Alter von 14-40 Jahren in Angermünde, Berlin und Potsdam sowie eine Vielzahl von UnterstützerInnen bundesweit. Alle MitarbeiterInnen engagieren sich ehrenamtlich. Der Verein hat den Status der Gemeinnützigkeit, einzelne Teilprojekte werden öffentlich gefördert.

Die meisten Vereinsmitglieder arbeiten bereits seit 1993 kontinuierlich in verschiedenen Projekten zusammen und verfügen über einen reichen Erfahrungsschatz auf den Gebieten der Flüchtlingsarbeit, alternativer emanzipatorischer Jugendarbeit und der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Das Hauptwirkungsfeld unserer Projekte liegt bewusst in der Uckermark und im Land Brandenburg. Mit seinen Inhalten will der Verein die Menschen in den neuen Bundesländern sensibilisieren für gesellschaftliche Problemfelder wie Rassismus, Rechtsextremismus, die Probleme von Flüchtlingen, Jugendlichen und Minderheiten. Wir wollen damit in Ostdeutschland einen Beitrag für ein fortschrittliches, weltoffenes, tolerantes Klima leisten und eine lebenswürdige friedliche Zukunft schaffen.

Im Gegensatz zu herkömmlichen Ansätzen in der Sozialarbeit, die auf dem Konsum von Angeboten aus der Erwachsenenwelt basieren, setzen wir auf emanzipatorische Projektarbeit, d.h. Selbstbestimmung und Selbstorganisation. Mit unseren Projekten unterstützen wir jede Form von Eigeninitiative und Engagement, durch die (junge) Menschen ihre Bedürfnisse äußern und an deren Realisierung arbeiten, Probleme reflektieren und Lösungen entwickeln.

Zu allen den hier kurz dargestellten Projekten können ausführliche Projektdokumentationen beim Verein bezogen werden.

RECHTSEXTREMISMUS

Als eine unserer Hauptaufgaben sehen wir es an, im Sinne einer Zivilgesellschaft latenten und manifesten Erscheinungen eines erstarkenden Rechtsextremismus mit unterschiedlichen Projektansätzen zu begegnen. Zum einen bieten wir kompetente Beratung und Hilfe bei der inhaltlich-theoretischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus an und beteiligen uns an antirassistischen und antifaschistischen Initiativen wie der mehrfach ausgezeichneten „Aktion Noteingang“ und dem Nachfolgeprojekt „Aktion Analyse“, zum anderen haben wir eine Reihe von Projekten selbst entwickelt.

DIE RECHERCHEBROSCHÜRE RECHTSEXTREMISMUS

Diese durch den Verein herausgegebene Informationsbroschüre verfolgt das Ziel, Sachinformationen zu rechten und rechtsextremistischen Phänomenen und Strukturen zu vermitteln und die konkrete Situation im Land Brandenburg zu analysieren. Analyse ist die Voraussetzung für die Diskussion und Erarbeitung von Gegenstrategien. Die Recherchebroschüre soll informieren und in der Auseinandersetzung nutzbar sein, sie soll aufklären und beim Erkennen helfen, sie soll Öffentlichkeit herstellen und zu Diskussionen anregen.



ZEITSCHRIFT CULT



RECHERCHEBROSCHÜRE #1

DAS FLÜCHTLINGSPROJEKT

In diesem Projekt wurde die Wander-Ausstellung „Der Nummer einen Namen geben“ erarbeitet, in der Flüchtlinge in Lebensgeschichten und Berichten über ihre Heimatländer und die dortige politische Situation Einblick in ihre Lebensumstände geben. Neben Fluchtgründen und bewegenden persönlichen Schicksalen berichten die AsylbewerberInnen über ihr Leben in Deutschland, ihren Alltag, ihre Probleme und Gefühle. Außerdem bietet die Ausstellung Sachinformationen zum deutschen Asylrecht und zur Asylgesetzgebung. Mit dieser Form der Flüchtlingsarbeit unterstützen wir ein Selbsthilfeprojekt von AsylbewerberInnen, in dessen Mittelpunkt die Betroffenen selbst stehen. Flüchtlinge haben sich entschlossen, ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen, wir stehen ihnen zur Seite. Ziel ist es, uns selbst und anderen Formen gesellschaftlichen Rassismus' bewußtzumachen, Menschen zu bewegen, sich mit den Problemen von Flüchtlingen zu befassen, eigene Vorurteile, Stereotype und Schranken zu überwinden, Kommunikation anzuregen und ausgegrenzte Minderheiten zu integrieren, ihnen zu helfen.

DAS ZEITSCHRIFTENPROJEKT „CULT“

Das Zeitschriftenprojekt thematisiert aus Sicht junger problembewusster Menschen kritisch gesellschaftliche Probleme, analysiert Ursachen und zeigt Lösungsstrategien auf. Die InitiatorInnen haben sich ein Medium geschaffen, das sie bei der Auseinandersetzung mit eigenen Lebens- und Wertvorstellungen, bei der Verarbeitung von Erlebnissen und Problemen und der Selbstreflexion und Kanalisation von Emotionen unterstützt. Darüber hinaus befähigt das Projekt Jugendliche, ihre Gefühle und Alltagsprobleme, ihre Lebens- und Kulturvorstellungen und ihre Kritik an gesellschaftlichen Zuständen zu artikulieren und öffentlich zur Diskussion zu stellen. Dieser Ansatz hat nicht nur die gesellschaftliche Auseinandersetzung in der Region mit jugendspezifischen Problemen, Rassismus und Rechtsextremismus gefördert, er hat jungen Menschen vor allem ein Werkzeug in die Hand gegeben, um mitzureden und so demokratisch Einfluss auszuüben. Zudem haben sich die Beteiligten im Zeitschriftenprojekt umfangreiche praktische Fähigkeiten auf den Gebieten Recherche, Journalismus, Stilistik, Fotografie, Layout, Satz und Druck angeeignet und aus ihren Erfahrungen heraus eine Reihe von Zukunftsprojekten entworfen.

ALTERNATIVE JUGENDKULTUR -

DAS KONZERTPROJEKT „SKANDAL!?“

Dieses Projekt umfasst eine Reihe von Konzertveranstaltungen unterschiedlichster Genre, eingebettet in einen thematischen Kontext im Rahmen der Inhalte und Projekte des Vereins. Damit soll unterschiedlichen, nicht-rechten Jugendkulturen Möglichkeiten der öffentlichen Darstellung, Selbstverwirklichung und Werbung gegeben werden. Ziel ist es, rechtsorientierter kultureller Hegemonie in ländlichen Regionen der neuen Bundesländer und dem Fehlen von jugendkulturellen Alternativen zu begegnen, eine Vielfalt an kulturellen Ausdrucksformen zu erreichen und differenzierten politischen Meinungen Raum zu geben.

UMWELTSCHUTZ

All unsere Projekte sind zukunftsorientiert, wir engagieren uns für ein friedliches, gleichberechtigtes, menschenwertes und gesundes Leben für alle Menschen. Unser Engagement gilt in diesem Sinne auch dem Umweltschutz. Wir praktizieren eine ökologische Lebensweise, arbeiten in Initiativen des Natur- und Tierschutzes mit. Vor allem setzen wir uns für einen Ausstieg aus der Atomenergie ein und unterstützen friedliche Proteste gegen Castortransporte als Symbol unseres Widerstandes gegen die bisherige Atompolitik.

DAS WOHN- UND LEBENSPROJEKT

Nach einer durch Studium und Ausbildung bedingten räumlichen Trennung der Vereinsmitglieder wird angestrebt, durch ein komplexes Wohn- und Lebensprojekt, als unser zentrales Zukunftsprojekt, wieder zusammenzufinden, um gemeinsam durch einen ganzheitlichen Ansatz langfristig und kontinuierlich an unseren Themen zu arbeiten, die Effektivität der einzelnen Projekte zu steigern und so unseren hohen inhaltlichen Ansprüchen gerecht zu werden.

ÜBRIGENS: Die in dieser Broschüre reproduzierten Graffiti und Schmiererein stammen – bis auf Seite 01 – aus der Hand von Rechtsextremen. Die Menge in diesem Heft illustriert ihr häufiges Vorkommen an Uckermärker Wänden und die zur Bedrohung gewordenen Symbole rechter Gedanken und Gewalt.

DAITSCHE

